

TAGESSCHAU

POLITIK

Kandidatur: Die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süssmuth, kandidiert bei der Bundestagswahl 1987 für die CDU im Wahlkreis Göttingen. Der Göttinger CDU-Kreisverband votierte mit 21 von 31 Stimmen für die Ministerin, die sich ursprünglich im Wahlkreis Herford/Ruhr bewerben wollte.

Anstiege: Die Zahl der Kirchenaustritte aus der rund 3,4 Millionen Mitglieder umfassenden Evangelischen Kirche im Rheinland hat 1984 mit 16.556 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Gegenüber 1983 bedeutet das eine Zunahme um 15 Prozent. (S. 4)

Leere Kassen: Die UNO ist durch die laxe Zahlungsmoral der Mitglieder wieder einmal in finanzielle Schwierigkeiten geraten. UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar hatte die Februar-Gehälter von 15.000 Angestellten nicht zahlen können, wenn die USA nicht eingespart hätten. (S. 5)

Guatemala: Nach einer drei Jahrzehnte überspannenden Herrschaft rechter Militärs erhält das größte Land Mittelamerikas eine zivile Regierung links von der Mitte. Morgen übernimmt der 43-jährige Vinicio Cereno das Präsidentenamt. (S. 5)

Ziel verfehlt: Die Ölförderung in der Sowjetunion ist nach amtlichen Angaben 1985 das fünfte Jahr hintereinander hinter dem Planziel zurückgeblieben. Erste Ergebnisse aus diesem Jahr ließen befürchten, daß auch 1986 eine Erhöhung der Fördermenge nicht erreicht werde. Im Februar vergangenen Jahres war der für die Ölförderung zuständige Minister ausgetauscht worden.

Bürokrat: Die USA haben Griechenland offiziell den Verkauf von 40 F-16-Abfangjägern bestätigt, die zur Modernisierung der griechischen Luftwaffe benötigt werden. Washington hatte mit dem Verkauf gezögert, weil man um die Geheimhaltung der Rüstungstechnologie gefürchtet hatte. Im Dezember hatten beide Staaten ein diese Frage regelndes Abkommen geschlossen.

„Solidarität“: Als einen empfindlichen Schlag für die Arbeit des verborgenen polnischen Gewerkschaftsbundes wird die Festnahme des seit vier Jahren im Untergrund lebenden „Solidaritäts“-Führers Bogdan Borusewicz angesehen. Borusewicz war von der Polizei in Danzig aufgespürt worden. Ihm werden Verstöße gegen die „vitalen Interessen“ des Staates angelastet.

ZITAT DES TAGES



„Die Vereinten Nationen sollten Staaten, die sich mit dem Terrorismus einlassen, nicht als UNO-Mitglieder dulden.“

Papst Johannes Paul II. beim Neujahrsempfang für die in Vatikan akkreditierten Diplomaten. (S. 8)

WIRTSCHAFT

Tourismus: Auch 1986 ist wieder ein heftiger Kampf um die Gunst der deutschen Touristen zu erwarten. Die ausländischen Ferienregionen rechnen für den Sommer mit mindestens fünf Prozent mehr Urlaubern aus der Bundesrepublik als 1985, wie auf der Internationalen Ausstellung für Caravan, Motor und Touristik in Stuttgart bekannt wurde. (S. 9)

China: Trotz staatlicher Maßnahmen zur Abkühlung lief die chinesische Wirtschaft im vergangenen Jahr auf Hochtouren. Die Industrieproduktion stieg um 17,7 Prozent - mehr als doppelt so hoch wie im Wirtschaftsplan vorgesehen. (S. 9)

Ölförderung: Im Milliarden-Dollar-Streit mit Penzance hat der US-Konzern Texaco einen Zwischenstopp erzwungen. Ein Einzelrichter in White Plains (New York) reduzierte die von Texaco aufzubringende Sicherheitsleistung für ein Berufungsverfahren von zwölf auf eine Milliarde Dollar. (S. 9)

US-Aktien: Die Nervosität an den amerikanischen Börsen hielt auch in der vergangenen Woche an. Nachdem der Dow-Jones-Index am Dienstag mit 1565,71 Punkten einen neuen Rekord aufgestellt hatte, fiel er am Mittwoch um 33,10 Punkte. Viele entwerfende Kleinanleger beginnen auszuscheiden. (S. 9)

KULTUR

Bitburger Gespräche: Was ist möglich auf dem Gebiet der „Biotechnologie“, und was könnte und sollte man rechtlich einschränken? Dieser Frage ging bei den 18. Bitburger Gesprächen ein illustrierter Gelehrtenkreis nach, ohne allerdings überall zu einem Konsens zu kommen. (S. 13)

Ausstellung: Gemälde, Zeichnungen und Druckgraphiken von 15 Künstlern und Künstlerinnen der jüngeren und mittleren Generation aus Dresden werden in der Ausstellung „Dresden heute“ im Kunstverein Ulm gezeigt. Es ist in dieser sorgfältig angelegten Schau kein Name zuviel. (S. 13)

SPORT

Fußball: Jörg Berger (41), ebendieser Trainer beim Zweitligaklub Hessen Kassel, übernahm das Traineramt beim Bundesliga-Aufsteiger Hannover 96. Er tritt damit die Nachfolge von Werner Biskup an. (S. 6)

Fechten: Alexander Pusch gewann in Taubertschloßheim zum siebten Mal den Titel eines deutschen Meisters im Degenfechten. Zuvor hatte es der verstorbenen Erwin Casimir auf sieben Titel gebracht. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Raumfahrt: Im achten Anlauf ist gestern der Start der US-Raumfähre „Columbia“ in Cape Canaveral geglückt. Um 12.55 Uhr MEZ hob die Fähre mit sieben Astronauten zu ihrem auf fünf Tage angesetzten Flug ab.

Magier: Angesichts wachsender Zuschauerzahlen und eines regen Nachwuchses haben die deutschen Zauberkünstler keine Existenzsorgen, wie auf einem Fachkongreß in Böttingen deutlich wurde. Unbehagen bereiten ihnen allenfalls „Zauberer“ wie Uri Geller, die durch Vortäuschung übernatürlicher Kräfte die Zunft in Verruf bringen. (S. 14)

Wetter: Trüb und regnerisch. 2 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die andere FDP - Leitartikel von Wilfried Bertsch. S. 2

Medien: Politischer Wirbel um Frankreichs „Spaghetti-Kanal“ - Von Peter Ruge. S. 3

Niedersachsen: Werden die Richter in Karlsruhe „Scheiß Albrecht“ zur Kasse bitten? S. 4

Strauß: Spanien braucht modernisierte Marine zur Erfüllung seines NATO-Auftrages. S. 5

Eiskunstlauf: Claudia Leistner nach einem langen Leidensweg doch wieder Weltklasse. S. 7

Konjunktur: Auch die Bauwirtschaft dürfte die Talsohle bald durchschritten haben. S. 9

Fernsehen: Spielfilm-Trilogie aus Sri Lanka: „Dorf im Wandel“ - Ferne Familien-Saga. S. 12

Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 12

Pankraz: Milan Kundera und die neuen Medien - Über das „System des Vergessens“. S. 13

Berlin: Eine „capitale“ Presseballnacht - Kein Tempolimit für das Amtselement. S. 14

Bonn gibt DGB Mitschuld an Angriff auf Wallmann

Kanzler hofft auf besonnene Kräfte in den Gewerkschaften / Kritik an Rau

fac. Bonn Die tätlichen Angriffe auf den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) während eines DGB-Neujahrsempfangs haben in Bonn die Frage aufkommen lassen, in welchem Maße die kriegerische Sprache führender Gewerkschafter in der Auseinandersetzung um den Streikrechtsparagrafen 116 eine Mitschuld trifft.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ließ erkennen, daß er den Deutschen Gewerkschaftsbund trotz dessen Distanzierungen nicht aus der Verantwortung entläßt. Seit Wochen, erklärte Blüm, habe der DGB versucht, die Arbeiter „mit Lügen auf die Barrikaden zu treiben“. Das habe zu Haß geführt.

Beim Neujahrsempfang des DGB-Kreises in Frankfurt hatten etwa 80 Personen, die zu den Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier gehören sollen, den Oberbürgermeister und stellvertretenden CDU-Bundvorsitzenden massiv bedrängt. Sie riefen Parolen wie „Hände weg vom 116 - sonst knallt's“ sowie „Wallmann und Kapital - raus aus unserem Saal“. Wallmann konnte sich nur mühsam einen Weg durch die Menge bahnen,

dabei erhielt er einen Schlag in den Nacken und wurde getreten.

Der Angriff auf den prominenten Unionspolitiker wurde von Parteien und Verbänden verurteilt. Dabei fiel auf, daß der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau sein Bedauern mit einer Attacke gegen die Bundesregierung verband. Rau wertete die Vorfälle „als ein Zeichen dafür, wie schnell die von der Bundesregierung beabsichtigte Schwächung der Rechtsstellung der Arbeitnehmer das politische Klima in der Bundesrepublik vergiftet“.

SEITE 4: Zauberkunst

tet“ habe. Rau identifizierte sich damit im wesentlichen mit den Thesen der Gewerkschaften.

Regierungssprecher Friedhelm Ost zur WELT: „Hier ist ein hohes Maß an Heuchelei am Werk“. Auch Rau sollte klar sein, daß es bei der Präzisierung des Paragraphen 116 ausschließlich um die finanzielle Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen gehe. Der Regierungssprecher zeigte sich besorgt wegen der gezielten Emotionalisierung. Er führte den Vorsitzenden der Gewer-

schaft Handel, Banken und Versicherungen, Günter Volkmar, an, der einen Tag nach den Vorgängen in Frankfurt öffentlich von einem „heißer Frühjahrs“ gesprochen hatte.

In der „Bild“-Zeitung bezeichnete Ost die Frankfurter Ereignisse als einen „Hauch von Weimar“. Der Bundeskanzler hoffe, daß sich die besonnenen Kräfte in den Gewerkschaften durchsetzen. Als Zeichen einer verbotenen Radikalisierung wurde der Auftritt des zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, in Frankfurt gewertet. Steinkühler sprach von der Gefahr „englischer Verhältnisse“ wie brennender Städte und revoltierender Jugendlichen.

Eine solche Emotionalisierung, „die dem sozialen Frieden abträglich ist“, habe bereits im Oktober Bundeswirtschaftsminister Bismarck (FDP) befürchtet. In einem Thesenpapier zur damaligen Protestwoche des DGB schrieb Bismarck, die Sprache des DGB bestärke ihn in dieser Sorge, „denn Worte wie Attacke, Arbeitskampf, Angriffsaussparung, Trommelklang, Antikriegstag, eine Waffe in Händen, Kampfschlossenheit, klingen, als befänden wir uns im Kriegszustand.“

„Nur Funktionäre sind mobilisiert“

Koschnick im WELT-Gespräch: Streit um Paragraph 116 ist eine taktische Frage

PETER PHILIPPS, Bonn Das SPD-Präsidiumsmitglied Hans Koschnick steht in dem politischen Streit um die Novellierung des Streikparagrafen 116 im Arbeitsförderungsrecht (AFG) im Zentrum der Streikaktionen der Gewerkschaften. In einem Gespräch mit der WELT sagte der ehemalige Bremer Bürgermeister: „Wenn ich das Gefühl hätte, die Gewerkschaften würden allein sehen darin eine zentrale Frage ihrer Sicherung einer mitgestaltenden Chance im wirtschaftlichen Geschehen, könnte ich verstehen, wenn die Gewerkschaften mehr tun, als nur die politische Auseinandersetzung zu führen. Ich sehe das nicht.“

Für Koschnick handelt es sich bei der Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 allerdings in hohem Maße um eine „taktische Frage“, weil auf jeden Fall nun „die Vertrauensleute der Gewerkschaften“ in den Betrieben, „die Funktionäre“, mobilisiert seien. Dies werde „durchschlagend“ bis zur Bundestagswahl. Und er

verstehe nicht, warum „die CDU als Volkspartei dies angestrebt hat“. Daß die FDP dies getan habe, mache hingegen „noch Sinn, denn damit stabilisierte sie ihren Einfluß in bestimmten Bereichen der Wirtschaft“.

Koschnick, der als Bremer Spitzenkandidat dem nächsten Bundespräsidenten als Abgeordneter angehört wird, will aber ungeschickt solcher zentralen Auseinandersetzungen „in Fragen

SEITE 5: Vorzeichen

der sozialen Ordnung“ für sich eine Hauptaufgabe darin sehen, daß im Parlament wieder vermehrt über grundsätzliche und weniger über tagespolitische Fragen debattiert wird, auch, daß nicht „neue Gräben aufgerissen“ werden. Trotz des längst bekannten Wahlkampfes unterstrich der SPD-Präsident: „Es gibt einige Fragen, wo die beiden großen Parteien wirklich dicht beieinander sind,

und das sollte man auch deutlich machen. Da dürfen eben keine künstlichen Brüche gemacht werden.“

Als Beispiele zählte er unter anderem auf, daß man „in Fragen von Friedenssicherung und Außenpolitik versuchen muß, den Weg gemeinsam zu gehen“, daß das „Problem Renteinrichtung am ehesten und überzeugendsten für alle zu lösen ist, wenn es uns gelingt, hier die beiden großen Parteien zusammenzuführen“. Wenn es sich, wie auch bei der „Modernisierung der deutschen Wirtschaft“, um grundsätzliche Veränderungen handle, „dann müssen die langfristige Vorbereitung werden, im Dialog“.

Die Grünen nannte Koschnick „nicht abschreckend“. Und: „Deshalb kann keine Regierung auf Bonner Ebene daran denken, mit den Grünen eine Koalition zu bilden.“ Es werde „keine Regierung mit Johannes Rau geben, die nicht getragen wird durch eine Mehrheit im Bundestag“.

Saudis kommen Khadhafi zu Hilfe

Dollar-Kredite in unbegrenzter Höhe / Arabische Zusagen beim Erdölgeschäft

PETER M. RANKE, Athen Saudi-Arabien, Kuwait und das arabische Finanzzentrum Bahrain haben Libyen Dollar-Kredite in unbegrenzter Höhe zugesagt. Damit soll die Sperrung der libyschen Bankkonten in den USA und libyscher Gelder bei amerikanischen Banken im Ausland wirkungslos gemacht werden. „Eingefroren“ sind etwa 400 Millionen Dollar.

Die arabischen Hilfszusagen wurden in persönlichen Telefongesprächen zwischen Khadhafi und König Fahd vereinbart. Als Gegenleistung verlangen Saudi-Arabien, Kuwait und Bahrain, daß Khadhafi keine Terror-Aktionen in diesen Ländern unterstützt und dort keine Jagd auf libysche Exilpolitiker unternimmt.

Der „totale“ Wirtschaftsboykott der USA gegen Libyen wird von den arabischen Staaten auch dadurch umgangen, daß sie Libyen Unterstützung bei der Vermarktung libyschen Erdöls und die Lieferung von Ersatzteilen für die amerikanisch ausgerü-

stete Erdöl-Industrie zugesagt haben. Etwa ein Drittel der libyschen Produktion von knapp einer Million Barrel am Tag wird durch US-Gesellschaften vermarktet, die dieses Geschäft ebenso wie die Verarbeitung libyschen Erdöls in europäischen Raffinerien wegen der Washingtoner Boykott-Anweisung aufgeben müssen. Das als provokativ und proamerikanisch geltende Saudi-Arabien hat Khadhafi auch angeboten, libysches Rohöl in den eigenen Raffinerien zu verarbeiten. Algerien soll ein ähnliches Angebot gemacht haben. Aber in Fachkreisen heißt es, die nationalen Raffinerien in Italien und Frankreich reichten für das libysche Rohöl aus. Frankreich und Italien beteiligten sich nicht am amerikanischen Wirtschaftsboykott gegen Libyen, der durch die arabischen Opec-Staaten nun voll unterlaufen wird.

In den USA und auf amerikanischen Banken im Ausland liegen nun etwa ein Zehntel der libyschen Währungsreserven von gut vier Milliarden

Dollar. Das libysche Regime benötigt die Gelder für Lebensmittel- und Ersatzteile-Einfuhr, nachdem Khadhafi angeordnet hatte, Devisen zu sparen und den Konsum einzuschränken.

Da die noch in Libyen arbeitenden tausend amerikanischen Erdöl-Ingenieure und Experten wegen der Sperre für libysche Gelder in den USA Schwierigkeiten beim Transfer ihrer Verdienste haben können, hat die libysche Regierung Ausweisungskonten mit arabischen Banken in den USA und in Westeuropa vereinbart. Die amerikanischen Fachleute sind schwer zu ersetzen, und Libyen unternimmt alles, um die von Washington angeordnete Rückkehr zu verhindern.

Bis zum Wirtschaftsboykott durch Präsident Reagan arbeiteten in Libyen noch die OASIS-Gesellschaft mit drei amerikanischen Partnern und die amerikanische Occidental. Die Mehrheit hält immer der libysche Staat.

Gegensätze beim Thema Sanktionen

DW. Bonn In der Frage, ob sich Bonn an den amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Libyen beteiligen soll, hat sich der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in Gegensatz zur Bundesregierung gestellt. Im Deutschlandfunk sprach sich der bayerische Ministerpräsident dafür aus, daß Regime Khadhafi wegen seiner Unterstützung des internationalen Terrorismus mit einem Wirtschaftsboykott zu bestrafen. Bonn habe dies abgelehnt und auf die besonderen deutschen Interessen in Libyen verwiesen.

Differenziert, aber nicht generell ablehnend, äußerte sich der CSU-Chef auch zu einer militärischen Aktion gegen Tripolis. Er glaube nicht, so Strauß, daß die USA denselben Fehler wie im Libanonkonflikt begehen würden. Wenn Washington sich doch dazu entschließen sollte, dann müsse so etwas gründlicher vorbereitet sein.

Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

SED verschweigt US-Forderung

DW. Berlin Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat in seiner ausführlichen Berichterstattung über das Treffen des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit elf US-Politikern die Forderung der Amerikaner nach Abriß der Mauer nicht erwähnt. In dem über zwei Seiten verteilten Leitartikel hieß es lediglich im vorletzten Absatz, der Abgeordnete Ben Gillman habe bei einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit Honecker auf Darlegungen von Mitgliedern der Delegation zum Reiseverkehr, zur Religionsfreiheit und hinsichtlich der Staatsgrenze zu Westberlin“ verwiesen.

Tom Lantos aus Kalifornien hatte zu Honecker gesagt, die 750-Jahr-Feier Berlins im nächsten Jahr sei ein geeigneter Zeitpunkt, die Mauer abzubauen. Er erhielt die Antwort, die Mauer bleibe so lange stehen, wie die Umstände, die zu ihrer Errichtung geführt hätten, andauerten.

Seite 4: „Historisches Treffen“

NATO erprobt Luftkissen-Schiff

DW. Brüssel Fünf NATO-Länder - die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada und Spanien - werden in den nächsten Monaten in europäischen Gewässern einen im Auftrag der US-Marine hergestellten Prototyp eines Luftkissen-Schiffes erproben. Nach Angaben der US-Verbindungen die militärischen Verwendungsmöglichkeiten selbst testen.

Das „Surface Effect Ship“ (SES) genannte Boot ähnelt einem Katamaran mit zwei Rümpfen, die an Bug und Heck verbunden sind und durch ein Luftkissen angehoben werden. Das 200 Tonnen schwere amerikanische Testfahrzeug erreicht eine Geschwindigkeit von 28 Knoten (52 km/h). Es ist ein maßstabgetreues Modell eines 1500 Tonnen-Schiffes, das 50 Knoten (92 km/h) schnell sein soll. Vom 16. Januar bis zum 24. August wird das Schiff unter anderem in Eckernförde getestet.

DER KOMMENTAR

Gewalt in Frankfurt

DANKWART GURATZSCH

Ein Gast wird getreten und geschlagen - das ist in zivilisierten Staaten ein nicht mit einer lapidaren „Entschuldigung“ zu bagatelisierender Vorgang. Daß diese Behandlung einem führenden Repräsentanten unseres Staates und mit dem Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann auch noch einem Politiker zuteil wurde, der sich in seiner Amtsführung stets um einen fairen politischen Stil und um Ausgleich bemüht hat - trotz absoluter CDU-Mehrheit in Frankfurt - hält er bis heute SPD-Politiker in seinem Magistrat - macht die Sache noch schlimmer. Erinnerungen an unselige Szenen in der Weimarer Republik werden beschworen.

Das eigentlich Anstößige aber ereignete sich im Umfeld dieser Vorgänge. Daß das halbe rotgrüne hessische Kabinett beim Apfelwein und schaute sich das Spektakel wie ein Theaterstück an. Da ging anschließend der zweite IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler als Mikrophon, drohte mit „brennenden Städten und revoltierenden Jugendlichen“ und

bramabasierte über die „Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften in der bestehenden Gesellschaft“ - ohne jedes Gespür und jedes klare, entschiedene Wort dazu, daß diese Funktion gerade im Saal auf das schändlichste und flegelhafteste parodiert worden war.

Daß dann auch noch Johannes Rau, der Kanzlerkandidat der SPD, die Verantwortung für die Vorfälle indirekt der Bundesregierung in die Schuhe schob, die „das politische Klima vergiftet“ habe und mit ihrem „provokativen Vorhaben“ der Änderung des Paragraphen 116 „den sozialen und inneren Frieden aufs Spiel“ setze, das allerdings setzt den Vorgängen die Krone auf.

Der Schritt zur gefährlichen Argumentation der Grünen, die Schuld für Gewalttaten liege nicht bei den Tätern, sondern bei der „strukturellen Gewalt“ von Staat und Regierung, scheint für führende SPD-Politiker etwas Verführerisches zu haben. Rau, der doch immer beteuert, die Grünen stünden ihm fern, zeigt sich anfällig.

Strauß fühlt sich von der FDP getäuscht

DW. Bonn

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sieht sich und seine Partei durch den Kabinettschluß über die Beteiligung am US-Weltraumfahrtprojekt SDI offenbar getäuscht. Im Deutschlandfunk sagte Strauß gestern, Innenminister Friedrich Zimmermann sei noch am Tage vor der Entscheidung ein Papier gezeigt worden, das der CSU-Position in dieser Frage entsprochen habe. Das letztendlich beschlossene Papier habe jedoch „fast das Gegenteil“ dargestellt. Strauß machte Außenminister Hans-Dietrich Genscher für die Veränderung verantwortlich.

Die CSU-Kritik richtet sich dagegen, daß die Kabinettsentscheidung nur Verhandlungen über ein allgemeines Technologie-Abkommen vorsieht, nicht aber eine konkrete Vereinbarung über eine SDI-Beteiligung, die von der FDP abgelehnt wird. Seite 8: Limonadenbeschluss

Geißler: Eine „makabre Vision“ Egon Bahrs

vi. Bithurg

„Die Demokratie kann auch zugrundegehen durch die Faulheit und Feigheit der Demokraten, durch hündisches Kriechen vor der Drohkulisse des Kommunismus. Manche wollen heute schon nicht mehr wissen, von welcher Seite die Mauer gebaut worden ist.“ Diesen Schluß zog CDU-Generalsekretär Geißler bei den 18. Bithurger Gesprächen der Gesellschaft für Rechtspolitik.

Die Ursache von Spannungen, sagte er, sei nicht die Existenz von Waffen, sondern die Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Geißler verwurft Egon Bahrs Ansicht, daß der Friede ein „oberster Grundwert“ sei: „Eine phantastisch makabre Vision, wenn man sich vorstellt, der Nationalsozialismus hätte mit dieser Begründung sein verbrecherisches Regime ohne Gegenwehr auf der ganzen Welt ausbreiten können.“ Seite 4: Von der Feigheit

Castro lädt den Papst ein

DW. London

Der kubanische Staatschef Fidel Castro hat den Papst nach Kuba eingeladen, um „das Image seines Landes im inneren und im Ausland zu verbessern“, berichtete die Londoner „Sunday Times“. Ein Papstbesuch soll nach den Worten Fidel Castros nicht nur protokollarischen Charakter haben, er könne auch nützlich für die Kirche in Kuba sein. Castro fühle sich „von jedem Interesse, das der Papst an einem Besuch in Kuba zeigt, geehrt“, heißt es in der Zeitung. Castro hatte Johannes Paul II. bereits 1979 während seiner ersten Auslandsreise nach Mexiko zu einer Zwischenlandung in Kuba eingeladen. In diesem und im kommenden Jahr stehen zwei Papstreisen nach Lateinamerika auf dem Programm.

„Prawda“ lobt Jewtuschenko

DW. Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ hat ein Epos des Dichters Jewtuschenko gewürdigt, in dem die Stalin-Ära verurteilt. In dem autobiographischen Werk prangert der früher in der Sowjetunion wegen seines Nonkonformismus kritisierte, inzwischen aber auf die Parteilinie eingeschwenkte Dichter jene, die das Thema der (stalinistischen) Lager meiden“, an. Die „Prawda“ schrieb zu dem Essay, Jewtuschenko biete damit „unseren Gegnern keine Gelegenheit, ihn der Doppelzüngigkeit zu bezichtigen“ oder ihm vorzuwerfen, er verberge die Wahrheit. Erst Mitte Dezember 1985 hatte der Dichter auf dem Kongreß der sowjetischen Schriftsteller die Jahre der blutigen Stalin-Herrschaft angeprangert.

Kritik an liberalem Kurs in Chinas Wirtschaft nimmt zu

Spitzenpolitiker setzen sich dennoch für Beibehaltung ein

DW. Peking

Die Kritik an dem relativ liberalen Wirtschaftskurs in China nimmt offenbar wieder zu. Vor diesem Hintergrund zumindest sehen westliche Diplomaten die Reden von Parteichef Hu Yaobang und dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten Tian Jiyun. Beide Spitzenpolitiker verteidigten zwar den Kurs, warnten aber gleichzeitig vor negativen Folgen.

Ein westlicher Diplomat zog aus den Reden den Schluß, daß die Reformisten sich gegenüber ihren Kritikern mittlerweile in der Defensive befinden. Nach wie vor hätten sie allerdings eine starke Stellung. Nach seinen Aussagen wird Dengs Politik der vorsichtigen Öffnung zu westlichen Wirtschaftsformen vor allem durch Betrug, Steuerhinterziehung und Verschwendung bedroht, die nach offiziellen Angaben seit September 1983 mindestens 8,9 Milliarden Yuan (rund sieben Milliarden Mark) verschlungen haben.

Tian hatte in seiner Rede vor 8000 Funktionären in der großen Halle des Volkes in Peking zugegeben, daß der

Reformkurs zu Mißwirtschaft und enormen illegalen Gewinnen geführt habe. Allerdings müßten die vergangenen sechs Jahre in China zu den besten seit der kommunistischen Machtübernahme 1949 gerechnet werden. Seit Beginn der neuen Wirtschaftspolitik unter Deng Xiaoping habe sich der Lebensstandard rasant verbessert. Tian versicherte, daß die Reformen mit Sicherheit nicht zum Kapitalismus führen würden.

Ähnlich hatte sich Parteichef Hu auf einer Versammlung geäußert. Er wandte sich gegen „die Tendenz zu bourgeois Liberalisierung“, die den Marxismus für überholt halte; gleichzeitig aber sprach er sich gegen die irrtümliche Tendenz aus, „marxistische Theorien wie starre Dogmen zu behandeln“.

In diesem Zusammenhang muß auch die Kritik der Hongkonger Monatszeitschrift „Cheng Ming“ gesehen werden, die sich gegen die Mitarbeit der Söhne von Ministerpräsident Zhao und Parteichef Hu in zugelassenen Privatunternehmen ausgesprochen hatte.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Offenbar über Nacht

Von Peter Philipps

Franz Josef Strauß hat sich während des Wochenendes wieder einmal unwillig über die Bundesregierung geäußert. Wenn die Entscheidung über Bangemanns Technologie-Gespräche in Washington wirklich am Bonner Kabinettschisch so gefallen ist, wie es Strauß beschreibt und wie es von der Bundesregierung lediglich relativiert wird, scheint bei einer strittigen Koalitionsfrage mit merkwürdigen Methoden eine eigentlich nicht vorhandene Einigkeit erreicht worden zu sein.

Laut Strauß ist der Kabinettsbeschluss „offenbar über Nacht, wahrscheinlich unter Druck gewisser Kreise der FDP, geändert worden“. Den CSU-Ministern hat er offenbar in Kreuth schon den Kopf gewaschen, weil sie „nicht gesagt haben: Wir machen hier nicht mit“. Aber was wäre dies generell für ein Umgang in einer Koalition, die in einem Jahr ein Wahlvotum für weitere vier Regierungsjahre erhalten will?

Daß Genscher sich mit seiner SDI-kritischen Grundlinie beim Kabinettsbeschluss durchsetzte, hat diese Zeitung bereits berichtet. Daß einige CSU-Repräsentanten schon gleich nach der Sitzung den Beschluss als „Zumutung“ bewerteten, war ebenfalls bekannt. Aber inzwischen hat es eine „Elefantenrunde“ der drei Partei-Chefs dieser Koalition gegeben. Im Zentrum standen dabei die Gesetzes-Hürden aus dem Bereich der inneren Sicherheit. Doch am Ende wurde auch generell über den Beweis des Einigungs- und Handlungswillens der drei Parteien gesprochen, den man wieder einmal erbracht habe.

Für einen wichtigen Teil der Außen- und Sicherheitspolitik, der auch im Wahlkampf eine Rolle spielen wird, hat nun Strauß eben diese Fähigkeit nachträglich bestritten, wobei unklar bleibt, warum Strauß dies offenbar während der „Elefantenrunde“ nicht geklärt hat, sondern dafür den Weg über die Medien suchte. Soll auf diese Weise die nächste Bundestagswahl gewonnen werden?

Gold und Menschenleben

Von Enno v. Loewenstern

Was so eine Synode alles für Sorgen hat. Da wird Bonn zu Sanktionen gegen Südafrika aufgerufen. Da verpflichten sich Synodale, keine südafrikanischen Goldminen und kein südafrikanisches Obst zu erwerben. „Kauft keine Früchte der Apartheid.“ Denn Pretoria habe mit dem Ausnahmezustand einen „Freibrief für Willkürakte“ ausgestellt.

So was klingt in den Ohren und beweist wieder einmal Betroffenheit. Vor allem aber erspart es den frommen Resolutionsfassern das Nachdenken darüber, welche Freibriefe für Willkürakte sie selbst ausstellen. Mit großer Mehrheit nämlich beschloß die Synode der rheinländischen Kirche, der zweitgrößten westdeutschen Landeskirche, den kirchlichen Mitarbeitern bei legalen Schwangerschaftsabbrüchen weiterhin Beihilfen „entsprechend der aus dem staatlichen Bereich übernommenen Vorschrift“ zu gewähren.

Was ist das für eine Kirche, die entgegen dem klaren Gebot der Bibel Abtreibungen finanziert? Im staatlichen Bereich ist bereits Beihilfe zu einer „Notlagen-Indikation“ gewährt worden. Können Angestellte der Kirche, womöglich Pastoren, finanziell so schlecht gestellt sein, daß sie gegen das fünfte Gebot verstoßen dürfen?

Bisher, so wurde tröstlich mitgeteilt, habe noch niemand im Rheinland eine kirchliche Beihilfe beantragt. Vielleicht tut es auch in Zukunft niemand. Aber manche außerhalb des Mitarbeiterkreises mögen Gewissensbisse damit niederschlagen, daß zwar von kirchlicher Seite einerseits über die Heiligkeit des menschlichen Lebens gepredigt, andererseits aber die Vernichtung des menschlichen Lebens auf Wunsch subventioniert wird. Der zynische Spruch, gegen den einst Luther sich erhob: „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt“ – hier bekommt er eine neue, makabre Bedeutung durch Leute, die sich über Früchte der Apartheid freuen können, über die menschliche Leibesfrucht aber weniger. Heiner Geißler empfahl den Kirchen, wieder mehr von Gott zu reden. Vielleicht sollte man hinzufügen: und sogar über Gott und seine Gebote nachzudenken. Eine sittliche Autorität jedenfalls ist eine solche Kirche nicht.

Sowjet-Kontrollen bei uns?

Von Cay Graf Brockdorff

Noch in diesem Monat treffen sich NATO und Warschauer Pakt in Wien zur 38. Runde der seit 1973 erfolglos andauernden MBFR-Verhandlungen. Diese Abkürzung steht für „mutual balanced forces reductions“ (gegenseitige ausgewogene Truppen-Verringerungen). In der NATO ist allerdings eine andere, eine Spott-Version im Umlauf: „Mehr Bataillone für Rußland“. Sie trifft den Nagel auf den Kopf.

Die Wiener Verhandlungen sind ein Kind der Entspannungseuphorie der frühen siebziger Jahre. Sie sollten militärisch mehr Sicherheit in Europa bringen. Dabei wurden die Verhandlungs-Grenzen so eng gezogen, daß von vornherein die Quadratur des Kreises angestrebt war. Nur aus Polen, der Tschechoslowakei und der „DDR“ im Osten und der Bundesrepublik und den Benelux-Staaten im Westen sollten Truppen abgezogen werden. Sowjetische Truppen wurden sich 800 Kilometer in die westlichen Militärbezirke der Sowjetunion zurückziehen, US-Truppen 6000 Kilometer weit auf die andere Seite des Atlantiks. Niemand will bis heute zugeben, daß mehr Sicherheit auf dieser Grundlage nicht zu erreichen ist.

So fühlen die Parteien sich genötigt, in Wien immer neue populistische Vorschläge einzubringen. Der jüngste stammt vom Westen und sieht vor, symbolische Truppenabzüge der Amerikaner und Sowjets für einen Zeitraum von drei Jahren durch intensive Inspektionen vor Ort – 30 im Jahr auf jeder Seite – begleiten zu lassen. Weil der Westen die Sowjets bisher nicht bewegen konnte, ihre wahren Truppenstärken im Reduzierungsgebiet darzulegen, soll die „Datenfrage“ in dieser Form umgangen werden. Das Schwergewicht sowjetischer Militärkontrollen würde in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden; auf sowjetischem Territorium würde es hingegen keine Kontrollen geben. Die Bundesrepublik würde einen Sonderstatus erhalten, ihre Souveränität wäre berührt.

Kanzleramt und Auswärtiges Amt beruhigen damit, daß die Sonderkontrollen nur drei Jahre dauern sollen. Dabei wäre ein einziger Tag bereits zuviel. Annehmbar würden Kontrollen nur, wenn auch die Sowjetunion ihnen unterworfen wäre. Der Westen hat Kontrollen nicht zu scheuen, wenn das Prinzip der Gleichheit, das sowjetische Unterhändler stets betonen, gewahrt bliebe. Eine Lösung kann nur in Stockholm erreicht werden, wo Ost und West über vertrauensbildende Maßnahmen verhandeln, die vom Atlantik bis zum Ural reichen.



AUTH / PHILADELPHIAN ENQUIRER

Die andere FDP

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

In Bonn sind die Führer der FDP über die Stuttgarter Dreikönigs-Eskapade des Walter Döring hinweggegangen, als habe eine Entscheidung für Ludwig Erhards soziale Marktwirtschaft, folglich gegen die SPD.

Es hat einige Zeit gedauert, ehe kluge Köpfe in der FDP diese Schlüsselentscheidung als das Lebensgesetz ihrer Partei im parlamentarischen System der Bundesrepublik begriffen. Zwar hat Karl Hermann Flach 1971 der CDU/CSU drei „historisch einwandfrei belegbare Mardersuche“ an der FDP vorgeworfen: Adenauers Versuch, 1955/56 das „Grabenwahlrecht“ (ein gemischtes Mehrheits- und Verhältniswahlrecht) durchzusetzen; die Absicht der Union und führender Sozialdemokraten, gemeinsam unter Kanzler Kiesinger in der Großen Koalition das Mehrheitswahlrecht einzuführen; und Kiesingers Parole, die FDP aus den Landtagen hinauszukatapultieren. Doch das Motiv, die Koalition mit der CDU/CSU zu sprengen, ist älter und liegt woanders.

Bei R. Wildenmann ist nachzulesen (in „Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik“), daß es schon 1954 ein deutliches Ziel der Düsseldorfer FDP gewesen sei, sich die Möglichkeit des Wechselspiels der Koalitionen zu eröffnen. Die „Jungtürken“ mit

Wolfgang Döring an der Spitze, die 1956 den hochangesehenen CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold stürzten und in Nordrhein-Westfalen unter Fritz Steinhoff (SPD) das Modell der Bonner sozial-liberalen Koalition von 1969 schufen, sahen ihre Partei nicht als liberales Korrektiv der regierenden CDU, sondern als eigenständige „dritte Kraft“. Das konnte sie nur sein, wenn sie die Fähigkeit bewies, die Koalition zu wechseln.

Die sozial-liberale Regierung Brandt war nicht das Ergebnis eines dramatischen Ereignisses im Bonner Parlament, sondern der Bundestagswahl 1969. Diese Wahl verlor Walter Scheel mit seiner FDP mit Pauken und Trompeten, aber er machte Willy Brandt zum Bundeskanzler.

Übrigens hat Scheel nie den Höhenflug jener Liberalen in seiner Partei geteilt, die wie Mahler vom „historischen Bündnis“ mit den Sozialdemokraten schwärmten. Er dachte schon früh laut darüber nach, wie lange der Vorrat an Gemeinsamkeiten mit der SPD noch reiche. 1982 war der Vorrat erschöpft, und der Tag der Wende zur Regierung Kohl bedeutete eine bestandene Nagelprobe der FDP als der „dritten Kraft“.

Der junge Herr Döring im Südwesten weiß, daß sich Koalitionen aufheben. So war es unter Konrad Adenauer, so geschah es unter Helmut Kohl. Die Koalition Helmut Kohls wird noch manches Jahr erfolgreiche Arbeit leisten. Aber sollte sie auch erst in acht oder zwölf Jahren am Ende ihrer Energien sein, Döring wird dann im besten Mannesalter stehen. Dann mag er hoffen, in seiner Karriere die Erfüllung dessen zu erleben, was er heute als Poltergeist der „anderen FDP“ tut.

Kanzler Kohl freilich sieht das ganz anders. Döring gibt ihm Anlaß, die FDP in puncto puncti zu warnen – im Punkte des Punktes. Und darunter versteht der Letztere die Keuschheit. Für Kohl handelt es sich um die politische Keuschheit der FDP in seiner Koalition.



Im besten Juso-Alter: Döring. Was will er werden, wenn er im besten Mannesalter ist? FOTO: DPA

Das rumänische Volk grollt – oder friert nur noch apathisch

Gründet Ceausescu eine Herrscher-Dynastie? / Von Carl Gustaf Ströhm

Aus Rumänien kommen – zumindest auf „inoffiziellen“ Wegen – schlechte Nachrichten. Während Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu offenbar entrückt über seinem frierenden und von Entbehrungen geschüttelten Volk thront (Rumänien hat den niedrigsten Lebensstandard im gesamten Ostblock; der Bevölkerung geht es wesentlich schlechter als am Ende des Zweiten Weltkriegs), läuft die Gerüchtemaschine auf dem Balkan auf vollen Touren. Wer wird eines Tages die Nachfolge des bald 68-jährigen Parteichefs antreten?

Wird Ceausescu Frau Elena, die seit einiger Zeit stärker in den Vordergrund tritt, sein Erbe übernehmen? Oder steht mit Ceausescu-Sohn Nico, ähnlich wie in Nordkorea, die Begründung einer kommunistischen Dynastie ins Haus? Gibt es eine Opposition gegen Ceausescu in der kommunistischen Partei? Wie werden die Sowjets sich verhalten, wenn Krisen sich weiter zuspitzen sollten?

Festzustellen bleibt, daß der seit 1965 regierende Parteichef durch die unter seiner Führung betriebene rabiate Innenpolitik viel vom Prestige, das Rumänien seinerzeit im Westen genoß, verloren hat. Dabei spielen die ökonomischen Fehlschläge nicht die entscheidende Rolle.

Natürlich sehen westliche Wirtschaftsexperten und Politiker mit Sorge, daß die Fehlspekulationen mit petrochemischen Erzeugnissen, die Überstrapazierung der Bevölkerung durch gigantische Industrieprojekte und die sträfliche Vernachlässigung der Landwirtschaft Rumänien in einen ökonomischen Invaliden verwandelt haben – und das trotz der immensen natürlichen Reichtümer des Landes.

Ein Rumäne bemerkte jüngst sarkastisch, zuerst habe die Partiführung die Bauern massenhaft vom Lande in die Fabriken und die Städte gejagt – und jetzt jage man die Städte und Arbeiter in Massen zum Ernteeinsatz aufs Land zurück. Unter den Bewohnern Bukarests und anderer rumänischer Städte, die aus Energiemangelsgründen in kaum geheizten Räumen den Winter verbringen müssen, herrscht eine Mischung aus Apathie und Groll.

Die Arbeiterschaft igt sich ein. Sie feiert krank oder arbeitet langsam, wo sie nur kann. Die ständigen Stromausfälle führen zu weiteren Produktionsausfällen. Die Bauern wehren sich gegen die Zwangsablieferung. Es soll in einigen Landstrichen sogar zu Aufruhr gekommen sein.

Die Minderheiten – die Ungarn in Siebenbürgen, aber auch die Deutschen – fühlen sich unterdrückt. Die Ungarn reagieren mit passivem Widerstand gegen die Romanisierung, die Siebenbürgischen Sachsen und Banatenswabern suchen ihr Heil in der Ausreise Richtung Bundesrepublik. Sogar führende Funktionäre der deutschen Volksgruppe – Kommunisten, die bisher Ceausescu treu ergeben waren und von einem Fortbestand der volksdeutschen Position in Rumänien unter der roten Fahne träum-

ten – haben sich Richtung Westen abgesetzt.

Es ist ein psychologisches Rätsel, wie das rumänische KP-Regime unter Ceausescu alle Voraussetzungen für ein positives „Image“ im Westen – und damit auch für eine von der breiten westlichen Öffentlichkeit getragenen Unterstützung – zerschlagen hat. Zu allem Überfluß hat jetzt die KP-Führung damit begonnen, den historischen Stadtkern von Bukarest mit seinen unersetzlichen nationalen und religiösen Baudenkmalern niederzureißen.

Und schon ist eine weitere herostratische Tat, womöglich von noch größerem Ausmaß, geplant: Das Donau-Delta, eines der großen Naturwunder und eine der letzten unberührten Fluß- und Umlandchaften Europas, soll trockengelegt werden. Die Bukarester Führung weiß offenbar nicht, daß solche Demolierungsaktionen ihrem Ansehen in der breiten Öffentlichkeit des Westens mehr schaden können als kommunistische Gewaltakte.

IM GESPRÄCH Hassanein Heikal

Neue Sorgen für Mubarak

Von Peter M. Ranke

Das Oberste Verwaltungsgericht in Kairo hat entschieden, daß es verfassungswidrig sei, wenn politische Parteien in Ägypten den Friedensvertrag mit Israel anerkennen und vertreten müßten. Damit ist der Weg frei für eine neue Oppositionspartei und für einen Mann, der seit 1977 der erbitterte Gegner des Friedenspräsidenten Sadat und der Abmachungen von Camp David ist: Hassanein Heikal (62).

Wenn sich die Anhänger des früheren Präsidenten Gamal Abdel Nasser (1952-1970) und seiner Politik nun als Partei konstituieren, wird Heikal einer der tonangebenden Köpfe sein. Sein Buch über Sadat, eine kritische Abrechnung, darf in Kairo bereits seit einem Jahr verkauft werden. Er schrieb auch in dem linken Oppositionsblatt „Al-Ahram“ scharfe und bis-sige Kommentare, den Herausgeber kennt er seit der Militärrevolte von 1952. An dem neuen Magazin der Nasseristen, das „Juli“ (nach dem Putschmonat von 1952) heißt, soll Heikal mitarbeiten, wenn er nicht sogar Chefredakteur wird. Auch andere Zeitungsblätter stehen ihm wieder offen.

Als Reporter der großen Zeitung „Al-Ahram“ und als Chefredakteur des offiziellen „Al-Ahram“ hatte Heikal unter dem Nasser-Regime seine beste Zeit. Nie schrieb er damals gegen Menschenrechtsverletzungen, die Konzentrationslager in der Wüste oder die Übergriffe der Geheimpolizei, die erst Sadat abschaffte. Dafür war er immer ein Befürworter der politischen Abenteuer seines Chefs und Freundes Nasser, dem er auch als Berater diente.

Wie der Name Nasser für arabischen Nationalismus, Sozialismus und Ausfälle gegen feudale Herrscher steht, auch für Krieg im Jemen, gegen Israel und für Abhängigkeit von Moskau, so steht der Name Heikal für die Säuberung der ägyptischen Presse von Oppositionellen oder prowestlichen Journalisten. Wer Heikal politisch nicht folgte wie seine Lehrmeister, die Brüder Ali und Mustafa



Nassers Freund will Moslems und Marxisten einen: Heikal FOTO: NERSON/STUDIO X

Amin, oder der Wirtschaftsjournalist Adel Sabat, landete leicht im Gefängnis. Für Korrespondenten war Heikal stets ein wichtiger Ansprechpartner, weil er Hintergrund-Nachrichten und Desinformation gut zu mischen wußte, weil er logisch argumentieren konnte und weil der Weg zu einem Interview mit Abdel Nasser durch sein Zimmer führte.

Unter Präsident Sadat war Heikal der Luxuswohnungen in London, Paris und Kairo besitzt, ebenfalls Berater und sogar Informationsminister. Bei dann aber mit dem Sturz des sowjetischen Gegenspielers Ali Sabri in Ugnade. Danach schrieb er kenntnisreiche Bücher über Ägypten, die arabische Welt und das Ayatollah-Regime in Teheran.

Wenn er jetzt wieder auf die politische Bühne in Kairo tritt, so ist dies ein von Präsident Mubarak einzukalkulierendes Risiko. Heikal will extreme Moslems und marxistische Politiker durch einen neuen „Nasserismus“ verbinden. Er wird wieder für die Nasser-Politik werben, die den Ägyptern Blockfreiheit als führende arabische Macht, Sozialismus und Wohlstand verkündete, wenn sie sich nur von den USA und von einem Frieden mit Israel abwendeten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt meint zur Bonner Koalition:

Sollten die Parteivorsitzenden tatsächlich den Stein der Weisen gefunden haben, der es ermöglicht, sowohl dem internationalen Selbstbestimmungsrecht als auch den Notwendigkeiten der inneren Sicherheit gerecht zu werden? Und das auch noch auf eine Weise, die Zimmermann zufriedenstellt und die Bangemann frohlocken läßt, das Paket trage die „liberale Handschrift“? ... Der Konflikt ist wohl nur vertagt.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung schreibt zur Gewalt in Südafrika:

Die Ankündigung des Afrikanischen Nationalkongresses ANC, daß eine neue militärische und politische Offensive in Südafrika unvermeidlich immer mehr zivile Verluste mit sich bringen wird, kann für die belagerte Regierung in Pretoria keine Überraschung sein. ANC-Präsident Oliver Tambo hat für 1986 ... von der Schaffung einer „Befreiungsarmee der Massen“ gesprochen. ... Es kann keinen Zweifel geben, daß Tambo Rede von Lusaka tatsächlich eine Kriegserklärung war. Der Kampf soll aus den Städten ins Land getragen werden. Damit wird klar, daß die Bombenexplosion in einem Supermarkt in der Nähe von Durban vor Weihnachten nur ein Vorgeschmack von dem war, was kommen wird.

Tambos Geschwätz, dies sei die un-disziplinierte Aktion einer Splittergruppe gewesen, überzeugt niemand.

NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung kommentiert Bangemanns USA-Reise:

Für eine friedliche Erforschung des SDI-Projekts, die im Vordergrund steht, spricht außerdem die massive Option der deutschen Industrie und Wissenschaft. Im Gegensatz zu Europa kommt hier ein Technologietransfer in Bewegung, auf den die deutschen Firmen nicht verzichten können. Nur so verlieren sie den Anschluß an die Weltspitze nicht. Bonn muß also Farbe bekennen, denn mit einem SDI-Rahmenabkommen allein ist es längst nicht mehr getan. Schon jetzt reicht sich jene Hinhaltetaktik, an der auch der Kanzler Schuld trägt. Nach der Bangemann-Reise sollte es keine Halbheiten mehr geben.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Pariser Zeitung stellt einen Nachschub bei bangemanns Libyen-Reise fest:

Das Wirtschaftsembargo der USA zwingt selbst die gemäßigten und mit Washington verbundenen arabischen Staaten, solidarisch gegenüber Libyen zu sein. Zahlreiche arabische Regime, angefangen bei Tunesien und Ägypten, sehen zwar eine Ablösung Khadafis herbei, doch fürs erste bleibt ihnen nichts anderes übrig, als angesichts der amerikanischen Sanktionen Solidarität mit Libyen zu zeigen.

„Wir müssen den Raum haben, mit vorzudenken“

Zwanzig Jahre lang hieß seine politische Aufgabe Bremen, künftig soll sie für Hans Koschnick in Bonn liegen. Aus der Beschaulichkeit eines „vorläufigen Ruhestands“ heraus denkt der führende Sozialdemokrat im Gespräch mit der WELT zurück und voraus.

Von PETER PHILIPPS

Na, großer Meister“, dröhnte es frühlich in das kleine Biedermeier-Zimmer in einem Geschäftshaus am Bremer Markt, in dem wir uns trafen. Zwei Meter und zwei Zentner Koschnick füllten den Raum aus und wenig später den ganzen Raum. In legerer Kombination, mit einem weiten Pullover zusätzlich gegen die winterliche Kälte in der alten Hansestadt gewappnet, die Haare straff wie ein Seil, die Seite gekümmert, demonstrierte Deutschlands einstmaliger dienstältester Regierungschef, daß er eine „Institution im vorläufigen Ruhestand“ ist – und dies genießt.

Er ist mit sich und seiner Heimatstadt nach zwanzig Jahren an der Spitze des Senats (die ersten zwei als stellvertretender Bürgermeister) und dem freiwilligen vollzogenen Rücktritt im September vergangenen Jahres im reinen. Völlig ungenutzt gehen wir später über den alten Marktplatz, der nach der originalgetreuen Restaurierung wieder die ehrwürdige Pracht der Hansestadt so unaussprechlich repräsentiert. Der mit 56 Jahren nun schon „Alt-Bürgermeister“ wird beläufig begrüßt, nirgends ein Aufdau, statt dessen zu einem der Passanten ein joviales: „Na, Burkhard, bleib ein guter Mensch.“

„Buten un binnen, wagen un winnen“

Hans Koschnick, der sich durchaus als „typischen Bremer“ sieht, „auch wenn ich vielleicht untypisch schnell spreche“, hat auch noch ein Büro im Rathaus: „Aber da gehe ich nie hin, da sitzt nur eine Sekretärin.“ Denn von den Kaufleuten, mit denen die Sozialdemokraten in den Hansestädten seit alterer tragfähiger Bündnisse eingegangen sind, hat er eines gelernt: Wenn man die Firma verläßt, sollte man nicht so häufig dort wieder auftauchen und es „dem Nachfolger schwer machen“.

„Buten un binnen, wagen un winnen“ steht unverändert über dem Eingang der alten bremischen Börse. Der Arbeitersohn aus dem Werftenviertel Gröppelungen, dessen kommunistisch-organisierter Vater von den Nazis inhaftiert wurde und 1944 in Finnland gefallen ist, hat dies immer auch als Wegweisung für sich selbst genommen. Zum letzten Mal, als er den bequem gewordenen Sessel des Präsidenten des Senats mit der Option tauschte, als Bundestagsabgeordneter nach Bonn zu gehen, „noch mal was Neues zu beginnen“.

Vierzehn Jahre nach Kriegsende sind die einstmaligen armen süddeutschen Regionen die Blütenstände der Republik, der einstmalig blühende Norden hingegen welkt. Zwanzig Jahre davon, wie gesagt, hat Hans Koschnick Verantwortung in Bremen getragen. Können die Sozialdemokraten nicht wirtschaften? Ist dies nicht ein Beweis dafür?

Der „große Manitou“, wie er so lange an der Weser hieß, strafft sich, greift tief in die Geschichte hinein, spricht von „Versäumnissen von Generationen“. Württemberg habe bereits seit den Zeiten „des alten Karl-Bogen eine sehr gute Struktur“ gehabt,

„Entwicklungen vom Tüftler zur nun hochmodernen Wirtschaft“. Und die früheren Potentaten im heutigen Baden-Württemberg und in Bayern hätten sich außerdem „in hohem Umfang als Universitätsgründer betätigt“, die Keimzellen, um die herum sich nun ein großer Teil der „High-Tech-Industrie“ angesiedelt habe. Dort, wo die Infrastruktur vergleichbar gut war, „nämlich im mittel- und süddeutschen Raum“, habe es auch gleiche Entwicklungen gegeben.

Doch er wäre nicht der auch bei allen politischen Gegnern hochgeschätzte „ehrliche Hans“, wenn er es dabei beließe: „Ganz eindeutig hat der süddeutsche Raum, vielleicht mutiger als wir im Norden, auf die moderne Wirtschaft gesetzt.“ Während man im Norden zu lange optimistischen Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten vertraut und auf den Niedergang von Wertbau und Stahlindustrie zu spät reagiert habe, hätten im Süden die Zukunftstechnologien Fuß gefaßt. Und „wir haben eine Frage nicht gesehen: daß die Form des jetzigen Länderfinanzausgleichs allmählich zu einem Ausbluten führt bei den Ländern, die mit alten Strukturen zu tun haben und ihr eigenes Geld in die Strukturhaltung und Strukturveränderung reinstecken müssen, während andere über den Länderfinanzausgleich aus dem Lande heraus mitfinanzieren und zusätzlich unterstützt Neues aufbauen konnten“. Der „Bund hat versagt“ bei der vom Grundgesetz ihm aufgegebenen Strukturpolitik, „Ich sage aber nicht, diese Bundesregierung hat versagt“.

Die Worte kommen wie ein Stakato – so schnell, daß er manchmal halbe Sätze verschluckt, indem er sie in einem Halbwort zusammenzieht. Nur bei dem Wort „Sozialdemokraten“ läßt er sich immer genügend Zeit. Und zwischendurch geht regelmäßig die Zigarre aus.

Ob er ein „Kompromiß-Virtuose“ sei? Kompromiß ja, Virtuose – und hier zuckt es wieder einmal ironisch um seine Mundwinkel – da gäbe es sicher eher welche in Bonn. „Ich habe mich immer bemüht, nicht neue Gräben aufzuweisen, sondern möglichst viele zu einem gemeinsamen Handeln – manchmal nur Gedankenaustausch, manchmal auch Tun – zu bringen. Ich will mich auch in Bonn darum kümmern.“ Der Horror vor der Bundeshauptstadt ist nicht so ausgeprägt wie beim sozialdemokratischen Kanz-



„Wir gehen im Parlamentarismus an den Tagesfragen kaputt“, Hans Koschnick im Gespräch mit Peter Philipps. FOTO: PETER MEYER/FORUM

lerkandidaten Johannes Rau, aber auch bei Koschnick ist Reserve spürbar gegenüber der Stadt, in der nicht – wie in anderen Hauptstädten oder „Berlin, München, Stuttgart, auch Karlsruhe“ – ein Austausch stattfindet, sondern sich immer nur dieselben Akteure um dieselben politischen Themen drehen.

Er sieht aus der Erfahrung seines bisherigen politischen Lebens die Gefahr, daß „wir kaputtgehen im Parlamentarismus an den Tagesfragen“. Immer stärker sei die Tendenz geworden, daß die grundsätzlichen Weichenstellungen nicht im Ringen um den richtigen Weg im Bundestag vorgenommen würden, sondern „die Stabsstellen der Administration entscheiden“.

Garant für absolute SPD-Mehrheiten

Der Mann, der auch in schwierigen Situationen in Bremen ein Garant für absolute Mehrheiten der SPD war, sieht für seine Partei durchaus Möglichkeiten, nach 1987 diese Fragen auch von der Regierungsbank aus in Angriff zu nehmen. Zwar sei das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle auch auf das Erscheinungsbild der SPD zu übertragen, aber „die Partei hat eine Riesenchance, weil Johannes Rau stark in Nordrhein-Westfalen verankert ist, wo ein Drittel der Wähler lebt. Und Johannes Rau hat es geschafft, auch aus dem katholischen Arbeitnehmer-Milieu viele an sich zu binden.“ Ist dies parteiamtlicher Zweioptimismus im begonnenen Wahlkampf oder Überzeugung?

Wie auch immer – Ansprüche auf ein Amt für den Fall eines Wahlsiegs hat er nicht angemeldet. Hans Koschnick, dies zeigte nicht erst sein Rücktritt vom Bürgermeisteramt, ist nach der langen Wegstrecke niemand, der sich an Ämter klammert. Seiner Partei hat er dies schon 1979 gezeigt, als er völlig überraschend den stellvertretenden Vorsitz niederlegte, weil er sich ganz auf Bremen konzentrieren wollte. Seine damalige Erklärung hält er auch heute noch aufrecht, doch irgendwann im Verlauf unserer Unterhaltung kommt er darauf zurück: Es hatte natürlich auch damit zu tun, daß er und Helmut Schmidt „in einer zentralen Frage ein unterschiedliches Parteiverständnis“ haben: „Helmut gehört zu den Sozialdemokraten, die die Parteien als Wahlvehikel haben wollen, dann aber Regierung und Parlament die Politik gestalten lassen. Und ich gehöre zu denen, die sagen, die Parteienlandschaft in Deutschland ist anders als in Amerika, wir sind mehr als nur ein Wahlvehikel, sondern in grundsätzlichen Fragen müssen wir den Raum haben, mit vorzudenken.“

Nein, zu seinen „Vorbildern“ gehört der ehemalige Kanzler nicht, den er aus gemeinsamen Innensenatorzeiten kennt. Dieser werde sicher einmal seinen Platz in der deutschen Geschichte als „gestaltender Kanzler“ haben, der „mehr war als ein Mächer“, einer, der „ein brillanter Politiker“ war, „ein Mann, der umsetzen kann mit einer ungewöhnlichen Energie, der die Strukturen von Ökonomie und staatlichem Handeln wieder zusammengeführt hat, ein brillanter Analytiker“. Aber aus „dem anderen Verständnis, was soll die Partei, hat die Partei ihre Probleme mit Helmut wie auch Helmut welche mit der Partei hatte“. Allerdings, wenn man heute „mit den Leuten spricht, auch die damals sehr kritisch waren, stellt man plötzlich fest, daß manche aus der zeitlichen Distanz heraus sagen: Na, haben wir damals vielleicht doch nicht ganz richtig gesehen.“

Aber wie gesagt, Vorbild ist Schmidt-Hamburg für den Bremer nicht: Der legendäre Nachkriegsbürgermeister „Kaiser Wilhelm“ Kaisen und der Württemberger Carlo Schmid – sie haben ihn am meisten politisch geformt, und zu Willy Brandt hatte er politisch schon immer eine Affinität.

Wir gehen um den Bremer Dom herum,

der in seiner Trutzigkeit auch weiter östlich, etwa in Polen stehen könnte. Hans Koschnick erzählt von seinem persönlichen Engagement für Menschen gerade in den Ländern des Ostblocks, für die Genugtuung, wenn er wieder einmal einigen zur Freiheit verhelfen könne. Seine besondere Beziehung zu Polen – sie rührt nicht nur von der alten hansestädtischen Verbindung seiner Vaterstadt in jene Region her, sondern hat auch etwas zu tun mit der Prägung durch das Elternhaus, mit den Erfahrungen 1945: „Nicht zurücklehnen nach dem Motto: Ich war nicht schuld“, „anpacken“, „etwas für die Menschen tun“, die „Freiheit verteidigen“ – dies sind seine Stichworte.

Er ist in solchen Momenten wirklich ein typischer Bremer, eher wortkarg, wenn es um solche menschlichen Fragen geht. Dann überspielt er dies mit der kurzen Feststellung, daß „Elternhaus kein Verdienst ist“, und läßt die Frage unbeantwortet schweben: „Was wäre denn gewesen, wenn mein Vater ein SA-Führer gewesen wäre?“

Der Mann für die Außenkontakte der Partei

Immer war Hans Koschnick während seiner politischen Laufbahn jeweils der Jüngste im Amt – auch jetzt als zeitweiliger Ruhestandler. Sicher, er ist im SPD-Präsidium derjenige, der wegen Parteichef Brandts Belästigungen die Außenkontakte der Partei zu gestalten hat, der sich bei Reisen um „menschliche Erleichterungen“ kümmert und der nun vom nächsten Januar an in Bonn Politik mitgestalten will. Aber Bremen profitiert weiterhin von ihm. Noch immer betätigt sich der ehemalige Bürgermeister als erster Handlungsweisen der seiner Stadt in der Welt.

Von den Vorzügen der süddeutschen Regionen hatte er vorhin gesprochen, daß Universitätsgründungen ihren wirtschaftlichen Aufschwung befeuert hätten. Hatte nicht einst auch Koschnick sich als Gründer einer Hochschule betätigt, die später den Ruf der „roten Kaderschmiede“ hatte? Es erscheint wieder das typische Zucken um die Mundwinkel, wenn der alte Fahrersmann mit sich zufrieden ist. Natürlich habe man Fehler bei der Gründung der Uni gemacht. „Wer nach so langer Regierungszeit sagen würde, er habe keine Fehler gemacht, der hätte auch die ganze Zeit nur gepennt.“ Aber ohne Öffentlichkeit und damit wohl um so wirkungsvoller habe man die Hochschule eben umstrukturiert, so daß sie inzwischen von der Wirtschaft angenommen werde.

Hans Koschnick zieht den Handschuh aus, um sich zu verabschieden. Wir stehen neben dem Roland. Ebenso fest wie der scheint der Alt-Bürgermeister in sich zu ruhen.

Politischer Wirbel um Frankreichs „Spaghetti-Kanal“

Erst am 20. Februar will Frankreichs erstes privates Fernsehen auf Sendung gehen, doch längst ist der Fünfte Kanal in aller Munde – weil er von einem Ausländer geführt wird, weil er für die Opposition ein politisches Instrument der Sozialisten darstellt, weil das Damoklesschwert schon über ihm schwebt.

Von PETER RUGE

Silvio Berlusconi, 48 Jahre, ehemals Baulöwe in Mailand und heute Italiens privater Fernseh-gigant, wird die Leitung des französischen Fünftens Kanals übernehmen. Er kommt damit seinem Ziel wieder einen Schritt näher, ein europäisches Fernseh-Imperium von Italien, Spanien, Frankreich, den Benelux-Ländern bis nach England, zur Bundesrepublik und nach Skandinavien auszu-dehnen.

Der Coup des Italiens steht im Widerspruch zu den Versicherungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, beim Privat-Kanal werde die ausländische Mitwirkung begrenzt. Dies gilt anscheinend nur für die finanzielle Basis des „Spaghetti-Fernsehens“ – wie der neue Kanal inzwischen spöttisch von den Franzosen genannt wird. So entfallen auf Berlusconi 40 Prozent der Kapitalanteile, 60 Prozent stammen von französischen Geldgebern – es sind die Industriellen des Schlumberger-Konzerns, Jérôme Seydoux und Jean Riboud, der inzwischen verstorben ist und dessen Beteiligung sein Sohn Christoph, Direktor des Meinungsforschungsinstituts IFOP, übernommen hat.

Dem Dreigestirn werden nicht nur Sympathien für die Linken nachgesagt, jeder soll auf seine Weise sogar den Sozialisten Wahlhilfe geleistet haben. Die bürgerliche Opposition in Frankreich spricht davon, daß der Staatspräsident mit der Lizenz-Vergabe wohl eine Dankeschuld abzutragen habe, da andere Bewerber, wie RTL oder die französische Filmwirtschaft, aus dem Rennen geflohen seien. Mitterrand bestreitet jedoch, daß es diese Bewerbungen überhaupt gab.

Nur stückweise wurde der Vorhang gelüftet

Als am 27. Dezember „Le Monde“ einen Geheimvertrag aufdeckte, der schon am 18. November von den Beteiligten mit dem Generaldirektor des französischen Fernsehens, François Schoeller, geschlossen worden war, sah sich die Opposition in ihrer Ansicht bestätigt, der neue Fernsehkanal werde als künftiges Propaganda-Instrument der Linken aufgebaut. So wolle sich die regierende Sozialistische Partei für die Zeit nach den Parlamentswahlen im März ein Sprachrohr in der Medienlandschaft Frankreichs sichern. Denn die bestehenden staatlichen Sender TV 1, Antenne II und FR 3, daneben noch der von bisher etwa 800 000 Fernseh-schauern abonnierte „Canal +“, dürften nach dem voraussehbaren Sieg der Bürgerlichen von unerwünschten Programmen und Personen gesäubert werden.

Stückweise wurde bis heute der Vorhang vor dem Geheimvertrag gelüftet. Was zutage kommt, erstaunt selbst die Experten. Es sind vor allem drei Kriterien, die eine regierungsamtliche Förderung des sogenannten Privat-Kanals bestätigen: da ist ein-

mal das Kapital „Technische Nutzungsgebühren“, zum zweiten werden technische Manipulationen bekannt, die die Ausstrahlung des Fünftens Kanals bevorzugt unterstützen werden. Drittens sind es staatliche Subventionen, die den privaten Programmherstellern zufließen sollen.

Die Zahlungsvereinfachungen für den Fünftens Kanal sehen so aus: 1986 rund 52 Millionen Franc, dagegen müssen die staatlichen Stationen folgende Ausstrahlungsgebühren für die Nutzung der Senderketten zahlen: TV 1 rund 514 Millionen Franc, Antenne II rund 519 Millionen Franc, FR 3 rund 455 Millionen Franc. Die unabhängige „Aufsichtsbehörde für audiovisuelle Kommunikation“ hatte deshalb den Vertragsunterhändler, den TGF-Generaldirektor Schoeller, zur Einvernahme über diese ungleiche Behandlung bestellt.

Die staatlichen Sender müssen zurückstecken

Seinen Angaben zufolge wird der Fünfte Kanal vorerst nur in „mehreren Großstädten“ zu empfangen sein, von rund 17,5 Prozent aller Haushalte. Was der Generaldirektor des französischen Fernsehens erst auf hartnäckiges Nachfragen offenzulegen bereit war: die technische Zurückgezogenheit der bisherigen Sender wird, örtlich unterschiedlich, zurückgenommen, um den Fünftens Kanal auf den neuen Frequenzen überhaupt sichtbar zu machen. Nach dem Start des privaten „Spaghetti-Fernsehens“ dürften viele Franzosen daher nicht einmal mehr einwandfrei die staatlichen Programme empfangen. Die Eile, mit der auch in Paris der Eiffelturm „verstaatlicht“ wurde, um die Antennen für den Fünftens Kanal zu montieren, geben weiteren Aufschluß über die offensichtlichen Manöver der Staatsführung.

Das Labyrinth, das um die Geburt des Fünftens Kanals errichtet wurde, hat noch eine dritte Nische staatlicher Hilfe: die Programm-Subventionen. Es bestehen zwei staatliche Fonds und ein sogenanntes „laufendes Konto“. Der erste Fonds sieht zum Beispiel Programmzuschüsse des Kultur-Ministeriums in Höhe von 25 Millionen Franc für 1986 vor. Ein zweiter Fonds für die „neuen Programme“ wird gespeist aus Mitteln der Post, wiederum aus dem Kultur-Etat und durch Zuschüsse der Industrie. Damit wurden allein 1985 rund 380 Programme produziert, für die ein Etat von 160 Millionen Franc zur Verfügung stand.

Die dritte Finanzquelle, das „laufende Konto“, speist sich aus 4,5-Prozent-Abschöpfung der Zuschauergebühren, um neue Programme zu subventionieren. Für 1986 werden rund 250 Millionen Franc veranschlagt. Der italienische Partner des Fünftens Kanals dürfte sich die Hände reiben: sein Programm-Vorrat wird sich auf diese Weise gut verzinsen.

Die nächsten Kapitel im Polit-Thriller um den französischen „Spaghetti-Kanal“ sind schon angekündigt: am 20. Januar will Vize-Präsident Berlusconi sein Programm-sche-ma vorstellen. Ob er jedoch über die Uraufführung im Februar hinauskommt, ist fraglich: Gaullisten-Führer Chirac hat bereits angekündigt, daß es im Falle einer Änderung der politischen Mehrheitsverhältnisse nach den Wahlen vom 16. März zu einer Einziehung der vergebenen Lizenzen an Berlusconi, Riboud und Seydoux kommen werde.



Abschied nach 20 Jahren: Straßenbahn-Sonderzug „Hans“ fuhr Hans Koschnick am letzten Arbeitstag als Bremer Bürgermeister Mitte September 1985 nach Hause. FOTO: DPA/REHDER

Weiter so:

Wir haben 213.000 Metalller mehr.

GESAMMETALL Die Arbeitgeber der Metallindustrie · Postfach 25 01 25 · 5000 Köln 1

Im Maschinenbau 48.000.
72.000 in der Elektroindustrie.
43.000 in der Automobilbranche.
Und weitere 50.000 Arbeitsplätze in den übrigen Branchen der Metallindustrie.
Weil höhere Aufträge mehr Produktion und mehr Arbeitsplätze brachten.

Auch eine gemeinsame Leistung der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter.

Wallmann reagiert gelassen auf die Tötlichkeiten von Gewerkschaftern

„Ich werde der Gewalt nicht weichen“ / Frankfurter OB erinnert DGB an den Zauberteilnehmer

D. Guratzsch, Frankfurt
Der hessische CDU-Vorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann beabsichtigt nicht, wegen der Tötlichkeiten auf ihn beim Neujahrsempfang des DGB-Kreises Frankfurt Strafanzeige zu erstatten. Er werde auch im nächsten Jahr wieder an der traditionellen Veranstaltung teilnehmen, falls er eingeladen werde, sagte Wallmann im Anschluß an den Empfang, bei dem er von Gewerkschaftsmitgliedern getreten und geschlagen worden war. Allerdings sei er „bedrückt und betroffen“. Demokratie und Gewalt schlossen sich einander aus.

Zu den Handgreiflichkeiten war es gekommen, als Wallmann den Saal im Frankfurter Gewerkschaftshaus betreten wollte. Dabei bildeten Teilnehmer der Veranstaltung eine immer enger werdende Gasse und versuchten, dem Oberbürgermeister Beine zu stellen, um ihn zu Fall zu bringen. Der Frankfurter DGB-Kreisvorsitzende Manfred Kieseewetter, der Wallmann begleitete, schilderte später der WELT, er habe mit eigenen Augen gesehen, daß der Oberbürgermeister Fußtritte und Boxhiebe erhalten habe. Die Schläge seien so stark gewesen, daß Wallmann „den einen oder anderen blauen Fleck“ davongetragen haben werde.

Kieseewetter, der sich anschließend öffentlich bei Wallmann entschuldigte, sprach von „bisher schwersten Zwischenfällen bei einer derartigen Veranstaltung“. Unter den „20 bis 30 Chaoten“ hätten sich auch Gewerkschaftsmitglieder befunden. Der DGB müsse künftig seine Ordnungsmäßigkeiten verstärken, denn es sei „kein Zustand, daß andere den Ablauf unserer Veranstaltungen bestimmen“. Die Störer hätten eine „völlig unpolitische Haltung“ eingenommen. Nach Darstellung der Deutschen Presse-Agentur handelte es sich bei den 60 bis 80 Demonstranten jedoch „zu meist um Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall und der IG Druck“. Sie hätten Wallmann auch bei seiner anschließenden Ansprache „regelmäßig niedergeschrien“, als Arbeiterfeind tituliert und Sprechbühre, intoniert: „Wallmann und das Kapital – raus aus dem Saal“. Aus diesen Kreisen sei die Gewerkschaftsführung schon vor Tagen auf-



Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann mußte Spielstrafen laufen. FOTO: HR / LATZKE

gefordert worden, den Empfang abzusagen. Dazu Kieseewetter: „Wir hatten Hinweise, daß es Unruhe und Protest geben würde, hatten aber einen solchen Verlauf nicht erwartet.“

Wallmann selbst erklärte anschließend der WELT: „Ich weiche nicht der Gewalt und habe noch immer gedurft“. Er habe sich selbst dann nicht aus der Fassung bringen lassen, als Megaphone und Trillerpfeifen eingesetzt wurden und ihm ein Transparent vor das Gesicht gehalten wurde. Auch wenn man ihn nicht angeht, habe er in seiner improvisierten Ansprache „mit großer innerer Ruhe“ geredet, um Frieden nicht nur zu reden, sondern bei sich selbst zu beginnen und die Auseinandersetzung rational zu führen.

Gerade die Leistungen seiner Stadt Frankfurt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit könnten sich sehen lassen. Hier seien in 18 Monaten 15 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Zahl der Konjunktur sei um 24 Prozent gestiegen, während sie im Lande Hessen noch um fünf Prozent gestiegen sei.

In diesem Zusammenhang warf Wallmann dem Zweiten IG Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler in seiner anschließenden Rede vor, der Bundesregierung den guten Willen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und

sozialverantwortlichem Handeln abgesprochen zu haben. Mit solchen Äußerungen würden „die handelnden Menschen in diffamierender Weise dargestellt“. Ein solches Vorgehen sei „nicht erlaubt“, denn hier werde „das richtige Maß der Auseinandersetzung verlassen“. Wer so handle, der schüre nicht nur Emotionen, wie sie in Frankfurt zum Ausdruck gekommen seien. Zwar wolle er niemandem unterstellen, daß er die Tumulte und tätlichen Übergriffe gewollt habe. Aber die Atmosphäre müsse für Sachlichkeit und für den Standpunkt des anderen offenbleiben, sonst entstehe die „Situation des Zauberteilnehmers“.

Tatsächlich hatte Steinkühler, der völlig ungehindert sprechen konnte, die vorausgegangenen Handgreiflichkeiten nur mit einem Nebensatz erwähnt: „Das war kein gutes Beispiel“. Er unterstellte der Bundesregierung, zwar die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu propagieren, „in Wirklichkeit aber mit den Resultaten von Massenarbeitslosigkeit recht gut leben“ zu können. Steinkühler: „Man kann so eine Zeitlang regieren, aber am Ende einer solchen Politik werden englische Verhältnisse, werden brennende Städte und revoltierende Jugendliche stehen.“

Die ausgedehnte Unterredung mit den in der anhaltenden Versuche Ost-Berlins ein, zu einem besseren Verhältnis zu Washington zu gelangen. Den USA wiederum ist an der „DDR“-Rolle eines Dialog-Partners zwischen Warschauer Pakt und NATO gelegen. Honeckers Fernziel bleibt, wie schon mehrfach in Kreisen der Bundesregierung analysiert worden, noch zu Amtszeiten eine Visite im Weißen Haus zu unternehmen.

Honecker und seine Gäste erörterten nach Angaben der Amerikaner eine breite Themenpalette. Sie reichte vom Westzins über die Bedeutung der Menschenrechte bis zur alten US-Forderung nach einer Entschädigung in Höhe von 15 Millionen Dollar für enteignetes US-Vermögen auf dem heutigen Boden der „DDR“. Dabei handelt es sich unter anderem um Grundstücke, Gebäude und Konten beispielsweise des US-Konzerns Woolworth und anderer großer Unternehmen in Mitteldeutschland.

Nach Angaben von Lantos, der dem außenpolitischen Ausschuss im Repräsentantenhaus angehört und unter anderem Experte für Menschenrechtsfragen ist, hätten die Gäste den SED-Chef auch umfänglich aufgefordert, die 1975 in Helsinki übernommenen Verpflichtungen humanitärer Art auch strikt einzuhalten.

An der Unterredung, die auf „DDR“-Seite fast ausschließlich von Honecker bestritten wurde, nahmen auch Außenminister Oskar Fischer und der wichtigste Fachmann für den gesamten „DDR“-Westhandel, Staatssekretär Gerhard Beil, teil.

Die Zahl der Kirchenaustritte aus der rund 8,4 Millionen Mitglieder umfassenden Evangelischen Kirche im Rheinland hat 1984 mit 16 355 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Dies bedeutet eine Zunahme im Vergleich zu 1983 um 15 Prozent, wie aus der neuesten Statistik hervorgeht. Der Vorsitzende des Lutherischen Konvents im Rheinland, Superintendent Ernst Volk (Theol.), sagte in einer Stellungnahme dazu, der Hauptgrund für die Austritte liege in einer „wachsenden Glaubenslosigkeit der Menschen“. Diese habe aber damit zu tun, daß in der Kirche „vielleicht nur noch Innerweltliches gepredigt wird“.

Volk wies darauf hin, daß er zunehmend Anfragen besorgter Christen erhalte, die es aus Glaubensgründen ablehnen, daß aus dem Bereich der rheinischen Kirche Kirchensteuer-mittel an den Sonderfond des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates gezahlt werden.

US-Politiker sprechen von „historischem Treffen“

hrk, Berlin

Eine Gruppe amerikanischer Kongreß-Abgeordneter brachte die „DDR“-Presse in Verlegenheit. Die Politiker hatten in einem Gespräch mit dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker gefordert, die Mauer um und durch Berlin 1987 abzureißen. Das 750. Stadtgründungsjubiläum Berlins im kommenden Jahr böte sich für diesen Schritt an. Die Zeitungen drüben verschwiegen diese Passage nicht, berichteten jedoch sehr verklausuliert darüber. Es hieß, es sei auch über „Reiseverkehr, Religionsfreiheit und die Staatsgrenze zu Westberlin gesprochen worden“.

Bei dem Meinungsaustausch mit den US-Parlamentariern mußte sich der SED-Chef zum ersten Mal seit geraumer Zeit des Mauerbaus wegen wieder grundsätzlich gegenüber westlichen Gesprächspartnern rechtfertigen. Er sagte, die Mauer bleibe stehen, solange die Umstände andauern, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Honecker bekräftigte damit die angebliche Bedrohungs- und Kriegsgefahr, die vom Westen gegenüber der „DDR“ ausgehe, was vor 25 Jahren neben der Ausplünderung der „DDR“ ausgehe, als offizielle Begründung für die Anlage des Todesstreifens herhalten mußte.

Besuch in Washington?

Nach der ausgiebigen Unterredung – der ersten derartigen Begegnung Honeckers mit hochrangigen US-Politikern – sprach Delegationschef Lantos von einem „historischen Treffen“. Die Atmosphäre sei so beschaffen gewesen, „wie sie besser nicht hätte sein können“. Der Gast aus Washington sah in Dauer, Inhalt und den Umständen des Gesprächs den Beginn besserer Beziehungen zwischen den USA und der „DDR“. Amerikas Botschaft im anderen Teil Deutschlands ist mit Rücksicht auf den alliierten Status Groß-Berlins „bei und nicht „in“ der „DDR“ eingerichtet, wobei Ost-Berlin außerdem mehrere geheimen Zusatzgesprächen zustimmen mußte.

Die ausgedehnte Unterredung reichte sich in der anhaltenden Versuche Ost-Berlins ein, zu einem besseren Verhältnis zu Washington zu gelangen. Den USA wiederum ist an der „DDR“-Rolle eines Dialog-Partners zwischen Warschauer Pakt und NATO gelegen. Honeckers Fernziel bleibt, wie schon mehrfach in Kreisen der Bundesregierung analysiert worden, noch zu Amtszeiten eine Visite im Weißen Haus zu unternehmen.

Honecker und seine Gäste erörterten nach Angaben der Amerikaner eine breite Themenpalette. Sie reichte vom Westzins über die Bedeutung der Menschenrechte bis zur alten US-Forderung nach einer Entschädigung in Höhe von 15 Millionen Dollar für enteignetes US-Vermögen auf dem heutigen Boden der „DDR“.

Dabei handelt es sich unter anderem um Grundstücke, Gebäude und Konten beispielsweise des US-Konzerns Woolworth und anderer großer Unternehmen in Mitteldeutschland.

Nach Angaben von Lantos, der dem außenpolitischen Ausschuss im Repräsentantenhaus angehört und unter anderem Experte für Menschenrechtsfragen ist, hätten die Gäste den SED-Chef auch umfänglich aufgefordert, die 1975 in Helsinki übernommenen Verpflichtungen humanitärer Art auch strikt einzuhalten.

An der Unterredung, die auf „DDR“-Seite fast ausschließlich von Honecker bestritten wurde, nahmen auch Außenminister Oskar Fischer und der wichtigste Fachmann für den gesamten „DDR“-Westhandel, Staatssekretär Gerhard Beil, teil.

Rekordzahl an Kirchneraustritten

Die Zahl der Kirchenaustritte aus der rund 8,4 Millionen Mitglieder umfassenden Evangelischen Kirche im Rheinland hat 1984 mit 16 355 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Dies bedeutet eine Zunahme im Vergleich zu 1983 um 15 Prozent, wie aus der neuesten Statistik hervorgeht. Der Vorsitzende des Lutherischen Konvents im Rheinland, Superintendent Ernst Volk (Theol.), sagte in einer Stellungnahme dazu, der Hauptgrund für die Austritte liege in einer „wachsenden Glaubenslosigkeit der Menschen“.

Diese habe aber damit zu tun, daß in der Kirche „vielleicht nur noch Innerweltliches gepredigt wird“. Volk wies darauf hin, daß er zunehmend Anfragen besorgter Christen erhalte, die es aus Glaubensgründen ablehnen, daß aus dem Bereich der rheinischen Kirche Kirchensteuer-mittel an den Sonderfond des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates gezahlt werden.

Werden die Richter in Karlsruhe „Scheich Albrecht“ zu Kasse bitten?

Von MICHAEL JACH

Einstänndlich gelassen geben sich Niedersachsen Haushälter angesichts des bevorstehenden 14. Januar 1986. Als ob sie nicht befürchten müßten, bis zu einer Milliarde jährlicher Landeseinnahmen einzubüßen, wenn das Bundesverfassungsgericht über den Finanzausgleich der Bundesländer verhandelt. Denn zu urteilen ist in Karlsruhe nicht zuletzt auch darüber, ob und in welchem Ausmaß Niedersachsen die Erträge seines sehr wüthlich zu nehmenden Bodenschatzes Erdöl mit beglückten Nachbarn teilen muß.

Dieser nämlich beschert dem Land dank Opec-ausgelöster Ölpreis-Explosionen seit fünf, sechs Jahren einen hochwillkommenen Geldregen. 1980 sprudelten aus der Quelle des bergreichen Förderzinses (Konzessionsabgabe der hier pumpenden Ölkonzerne) schon ansehnliche 560 Millionen Mark. Die Erträge stiegerte sich auf gut 2,1 Milliarden in diesem Jahr.

So unverhofft der Segen kam, so sicher folgte die Mißgunst. Bei Spottreden über „Scheich Albrecht“ und das „Emirat Hannover“ blieb es nicht: Am Förderzins erzielte sich 1982/83 der längst schwelende Länderstreit um den Finanzausgleich zur Normenkontrollklage in Karlsruhe. Empfindlich doch das herkömmlich steuerschwache Niedersachsen bis heute von den Ausgleichsabgaben (seinerzeit vier) Geberländer Baden-Württemberg, Hessen, (Nordrhein-Westfalen) und Hamburg den Löwenanteil: 1984 waren es 832 Millionen Mark. Desgleichen von den zusätzlich ausgleichenden Bundesergänzungsausweisungen (1984 für Niedersachsen 783 Millionen). Der Förderzins indes, weil ehemals eher geringfügig, war bei der Bemessung der Bedürftigkeit zunächst nie angerechnet worden.

Doch erst einmal in den Geruch von Öl und Geld geraten, half es Hannover nichts, daß der neue Reichtum eigentlich recht bescheiden und bis zur Jahrhundertwende wohl auch erschöpft ist. Auch das verständnisvoll-schweigende Argument fruchtete nichts. Hier habe ein göttliches Geschick dem strukturalpolitischen Patienten Niedersachsen in letzter Minute die heilkräftige Finanzspritze in die Hand gegeben. Schließlich haben die lieben Nachbarn nicht geringere Sorgen.

Um dem Karlsruhe-Pranger aber vielleicht doch noch zu entgehen, fand die Regierung Albrecht sich

„freiwillig“ bereit, von 1983 an ein Drittel, mit dem kommenden Jahr die Hälfte der Öleinnahmen beim Finanzausgleich verrechnen zu lassen. Unter dem Strich bisher ein Verzicht auf bald zwei Milliarden. Mit dem Effekt immerhin, daß Baden-Württemberg diesen Klagepunkt nicht mehr vorbrachte, als die soliden Schwaben nichtsdestoweniger im September 1983 die höchsten Richter anriefen, um von „übermäßigen“ Ausgleichsleistungen für marode Nordlichter entbunden zu werden.

Fein heraus ist Niedersachsen damit freilich nicht. Denn den Stuttgarter war schon im Sommer 1983 Nordrhein-Westfalen zuvorgekommen, das eben nicht von CDU-Partei-freunden registriert wird. Das „Schutzgeld“ aus Hannover nahmen die Ge-nossen in Düsseldorf zwar hin, jedoch nicht zur Kenntnis. Ihre Klage zielt

weiterhin auf volle Anrechnung des Förderzinses. Zwar fließt, wie im hannoverschen Finanzministerium bisig angemerkt wird, seit dem vorigen Jahr keine müde Mark mehr an die Leine (oder anderswohin), weil Nordrhein-Westfalen infolge Erbschaftssteuerkraft nichts mehr abtreten muß. Doch sei dieser Zustand, hält Düsseldorf dagegen, vor dem eben durch unrichtmässige niedersächsische Ausgleichsansprüche mitverursacht worden.

Hessen setzte im folgenden Jahr noch eins drauf: Der Förderzins, so verlangt es die Wiesbadener Klageschrift, müsse nicht nur total, sondern zudem rückwirkend von 1982 an eingerechnet werden.

Entlastet sieht sich die Landesregierung in Hannover indessen durch die davon unterschiedenen Klageziele Hamburgs, Bremens und des Saarlandes, die finanziell jeweils „mehr herausholen“ sollen, prozessfaktisch aber zunächst auf Abwehr der baden-württembergischen Zahlungsansprüche hinauslaufen. „Jeder gegen jeden“ amüsiert sich Niedersachsen Finanzminister Burkhard Ritz und befindet seelenruhig: In dem kaum noch entwirrbar scheinenden Knäuel, das die Verfassungsrichter „gerichtet“ auffallen sollen, „haben sich die Klagegründe gegenseitig auf“. So habe es sich für Niedersachsen

sen entgegen ursprünglicher Absicht erübrigt, seinerseits „Abwehrklage“ einzureichen. Hannover begünstigt sich mit dem Recht auf Stellungnahme und Anhörung.

Eigentlich stehe ja gar kein verfassungsrechtliches, sondern ein verfahrensmethodisches Problem zur Verhandlung, erläutert Ministerialrat Manfred Berensköter, Referatsleiter Finanzverfassung im Hause Ritz, der WELT, die Argumentationslinie der niedersächsischen „Verteidigungsschrift“. Zwar seien aus Karlsruhe „grundsätzliche Maßgaben zum Verteilungsverfahren“ im Sinne des Grundgesetz-Schlüsselsatzes 107 zu gewärtigen. Doch anders als bei einem Grundrechtskonflikt könne das Gericht den Bundesländern als gleichrangigen Verfassungsorganen die weiten Ermessungsspielräume für Detailregelungen kaum einengen.

Solchem Juristenkalkül zufolge rechnet Hannover nicht mit einem gezielten Urteil über den Förderzins. Dessen dem Land noch verbleibende Hälfte stehe allenfalls hernach in der Konferenzrunde der Länderfinanzminister wieder zur Debatte. Dort werde Niedersachsen nötigenfalls findig genug sein, seinerseits „Sonderleistungen“ nach nordrhein-westfälischem oder hamburgischem Muster geltend zu machen. Die den Vorteil der Öleinkünfte mehr als aufwiegen. Ministerialrat Berensköter spricht vom „Basar-Prinzip“ und dem traditionellen „orientalischen Hautgout dieser Branche“.

Was aber, wenn die Karlsruher Richter nun doch Grundsätzliches über den Förderzins verfügen? Und obendrein womöglich das bereits erbrachte Opfer sei für diesen Ernst-fall erhoffte Wirkung verfehlt, nämlich das Gericht milde zu stimmen.

Dann sähen sich einerseits jene landespolitischen Kritiker des Finanzministers bestätigt, die da meinen, er hätte seinen Ölschatz eben nicht freiwillig teilen sollen. („Auf der Anklagebank sitzen wir trotzdem, aber was wir längst mitzubringen hätten anlagen können, würde uns niemand mehr wegnehmen.“) Selbst dann jedoch, denkt Burkhard Ritz, hat er noch einen Trumpf in der Manschette: Eine neuerliche Verfassungs-klage, diesmal aus Hannover. Auf volle statt bisher halbe Veranschlagung der Steuerkraft von Städten und Gemeinden. Da gebe es nämlich weiter südlich, welche, die kaum noch wüßten, wohin mit all dem schönen Geld...

Stoiber sammelt in der Partei Punkte

Unverhofftes Lob für den bayerischen Staatssekretär von Bonner CDU-Abgeordneten

PETER SCHMALZ, Krenth
Hinter den verschlossenen Türen der CDU-Tagungsdienste im einsam gelegenen Wildbad Krenth erteilte ein Politiker bei den christsozialen Bundestagsabgeordneten Befall und Anerkennung, der kein Mitglied der von Theo Waigel geführten CDU-Landesgruppe ist: Edmund Stoiber, Staatssekretär in der Bayerischen Staatskanzlei und dort engster Mitarbeiter von Franz Josef Strauß, wurde ausdrücklich gelobt für die von ihm geleistete Vorarbeit bei den Verhandlungen mit CDU und FDP, die zu dem Paket der Sicherheitsgesetze geführt haben.

Dieses Lob während der 10. Kreuth-Klausurtagung verdiente besonders Beachtung, nachdem die CDU-Bundestagsabgeordneten bislang ein eher kühles Verhältnis zu Stoiber pflegten und ihm nicht selten Einstimmigkeit in die eigentlich ihnen zustehende Bundespolitik vorwarfen. Der Stimmungswechsel könnte neue Perspektiven für Stoiber eröffnen, dem seit Jahren Ambitionen auf ein politisches Amt in Bonn nachgesagt werden, was der „große Blonde“ aus München aber stets dementierte. Allerdings wird damit gerechnet, daß Stoiber sich nach der bayerischen Landtagswahl im Oktober nach neuer Arbeit außerhalb der Staatskanzlei umsehen wird.

Optimistische Prognose

Doch dies war nicht der einzige bei „Kreuth X“ zu registrierende Stimmungswandel. Hatten die 50 Parlamentarier und ihr Parteivorsitzender vor einem Jahr noch eher depressive

Anwandlungen, wenn sie von den bayerischen Bergen aus an die Bonner Regierungskunst dachten, so beherrschte diesmal Zuversicht die Szene. „Wir gehen selbstbewußt, sachlich gut gerüstet und optimistisch in dieses Jahr“, meint Theo Waigel nach der dreitägigen Klausur. Die objektiven Daten, so der CDU-Politiker, hätten sich „ganz entscheidend“ verbessert, der konjunkturelle Aufschwung, inzwischen allen sichtbar, trage sich selbst, weil er auf den Wirkungen des Marktes beruhe und nicht von künstlichen Finanzspritzen staatlicher Programme abhängig sei. Selbst die Vollbeschäftigung sei bis Ende der nächsten Legislaturperiode erreichbar, weil sich in den nächsten Jahren zwei Entwicklungen kreuzen werden: Einmal die Schaffung neuer Arbeitsplätze, zum anderen der Einstieg der geburtsstarken Jahrgänge ins Erwerbsleben.

Die Regierungspolitik werde besser verkauft, in den Umfrageergebnissen stehe die Regierung ausgezeichnet da und nirgends sei erkennbar, „daß die Bürger besonders daran interessiert sind, von Herrn Rau, Vogel und Börsen in Zusammenarbeit mit Herrn Fischer und Schilly regiert zu werden“. Auch nicht in Niedersachsen, wo die SPD nach Waigels Meinung keine Chance hat, im Verein mit den Grünen an die Macht zu kommen.

Natürlich ist nicht alles Freud und Sonnenschein, denn wie der Kanzler SDI mit spitzen Fingern von sich hält, gefällt dem CDU-Chef keineswegs. Das aber sagt Strauß nur hinter den Kreuth-Türen. Und Theo Waigel unterschlägt diese Kritik in der

Abschlußpressekonferenz ebenso wie den Umstand, daß Strauß wieder einmal die dringliche Bitte äußerte, der Kanzler möge doch bitte schön von seiner Richtlinienkompetenz kräftiger und spürbarer Gebrauch machen.

Anspruch auf Vizekanzler
Dagegen verrät Waigel nur zu gerne, wie Strauß „natürlich“ Kritik am Koalitionspartner FDP übe und das halbe Hundert der Bonner CDU-Truppe ermahne, vor allem auf dem Feld der Wirtschaft und beim Handwerk im speziellen die Glaubwürdigkeit der CDU zu bewahren und die Initiativen zu verstärken, „damit sich nicht die FDP diese Klientel unter den Nagel reiße“.

Übrigens, so Waigel, müsse FDP-Generalsekretär Hausmann die Umfrageergebnisse doppelt gesehen haben, als er meinte, mit der CDU in Konkurrenz um die zweitstärkste Partei innerhalb der Koalition treten zu können. Nach einem Wahlsieg werde die CDU als erwartungsgemäß Zweite in der Koalition diesmal den Vizekanzler für sich reklamieren. Seine wahre Meinung über die Freidemokraten packt Waigel schließlich in eine Entschuldigung: Im Zusammenhang mit dem Stuttgarter Frankens-Kabarett politischer Schlümpfe gesprochen. Nun seien Millionen Schlümpfe empört, aber er habe sie nicht beleidigen wollen. Nur: „Schlümpfe sind etwas klein geratenen Figuren, deswegen habe ich sie in den Zusammenhang mit der FDP gebracht.“

Muß Kriele die SPD verlassen?

DW, Bonn

Die Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Leverkusen soll in den nächsten Wochen über einen möglichen Parteiausschluß des Kölner Strafrechtsprofessors Martin Kriele beraten. Wie der SPD-nahe Parlamentarische Pressedienst (PPP) in Bonn mitteilte, wird Kriele vorgeworfen, sich bei seinen Stellungnahmen zur Lage in Nicaragua parteischädigend verhalten zu haben. Der 54-jährige Hochschullehrer, der seit 1960 der SPD angehört und vor allem als Gutachter beim Zuständigkeitskommission der Ostverträge bekannt wurde, hatte den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt mitverantwortlich dafür gemacht, daß sich Nicaragua zur Diktatur entwickle. Ferner hatte er der SPD in jüngster Zeit mehrfach vorgeworfen, die Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus zu vernachlässigen.

Rebmann stellt sich vor Zimmermann

DW, Hamburg

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die heftigen Vorwürfe von SPD und Grünen gegen Bundesminister Friedrich Zimmermann und dessen Parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (beide CDU) im Zusammenhang mit Erkundungen des Verfassungsschutzes über Politiker der Grünen zurückgewiesen. In einem am Sonntag vorab veröffentlichten Interview der Zeitschrift „Weltbild“ meinte Generalbundesanwalt Rebmann, diese Angriffe hätte er für nicht berechtigt. Rebmann fügte hinzu: „Was hier angesichts früherer strafrechtlicher Verstrickung solcher Personen an Aktivitäten des Verfassungsschutzes und dessen Einschaltung geschah, ist doch nicht willkürlich. Die Verantwortlichen haben hier aus Sorge um die Sicherheit unseres Staates gehandelt.“

Höfner: Rückzug ist nicht gestattet

DW, Köln

Auf die gestalterischen Möglichkeiten Europas hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höfner, gestern in Köln hingewiesen. Die von Europa ausgehenden geistigen und politischen Bewegungen hätten auch das Leben anderer Völker bestimmt, sagte der Erzbischof. Es sei tragisch, daß der Bolschewismus die slawischen Völker aus der Christenheit herausreißen wolle. Es sei aber wichtig, daß Christen ein Beispiel gäben: Keuschheit, eheliche Liebe und Treue, Nächstenliebe, Festhalten am Christglauben bis zum Martyrium hätten schon die Christen im römischen Reich gezeigt und dadurch die Heiden beeindruckt. Die Verhältnisse damals ähnelten dem „verwirrenden Pluralismus der Gesellschaft“ heute. Höfner: „Nirgendwo ist der Rückzug in ein Ghetto gestattet.“

Albrecht erwartet knappes Ergebnis

DW, Bonn

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht erwartet für die Landtagswahl am 15. Juni ein knappes Ergebnis. In einem Gespräch mit Radio Luxemburg belegte Albrecht diese Einschätzung mit den neuesten Umfrage-Ergebnissen: danach würde die CDU 48 Prozent der Stimmen erhalten, die SPD würde „etwas über 41 Prozent“ liegen, die Grünen kämen auf sechs bis sieben Prozent. Die FDP würde nach diesen Ergebnissen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Albrecht äußerte die Erwartung, daß bei einer solchen Konstellation, „wenn die CDU allein nicht mehr Stimmen hat als die SPD und die Grünen zusammen“, sich der SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder von Grünen zum Ministerpräsidenten wählen lassen werde. Er sei bereit, darauf „hin zu wetten“.

CDU in Göttingen votiert für Süßmuth

DW, Göttingen

Die Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süßmuth, wird bei der kommenden Bundestagswahl in Göttingen kandidieren. Am Samstag votierten die 31 Wahlmänner des CDU-Kreisverbandes Göttingen nach mehrstündiger Diskussion mit 81 Stimmen für die Ministerin. Ihre Gegenkandidatin, die CDU-Kreisvorsitzende, Renate Ewers, erhielt zehn Stimmen. Als die Grundpositionen ihrer Politik nannte Frau Süßmuth eine Stärkung der Familie als Ganzes und Rücksicht auf die veränderte Lebensplanung von Frauen. Das programmatische Wort von der Wahlfreiheit müsse stärker in aktive Politik umgesetzt werden, sagte sie. Dazu gehören es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, den Frauen keine Perspektiven wegzunehmen, sondern wirklich zu eröffnen.

Grüne: „Realos“ setzen sich durch

DW, Lüneburg

Erstmals ist in einem Bundesland eine Frau zur Spitzenkandidatin der Grünen für die Landtagswahlen gewählt worden. Mit 52 der 124 Stimmen stimmte die Landesversammlung der niedersächsischen Grünen am Samstag für die 35-jährige Volkswirtschaftlerin Thea Dückert aus Oldenburg. 28 votierten dagegen, 44 enthielten sich. Sie tritt bei der Landtagswahl am 15. Juni gegen Ministerpräsident Ernst Albrecht an. Thea Dückert wird dem realpolitischen Flügel der Partei zugerechnet. Auch bei der Wahl der Landesliste, die politisch mit Männern und Frauen besetzt wurde, konnten sich die „Realos“ durchsetzen. Auf die Plätze zwei bis vier kamen Hans Mönninghoff aus Barsinghausen, Adelheid Schreiner aus Braunschweig und der Sprecher der Bürgerinitiative Lüdow-Dannenberg, Hannes Kempmann.

DIE WELT (US\$ 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$65.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood Cliffs, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Säumige Zahler bringen die UNO in Finanznot

Länder mit den geringsten Beiträgen bestimmen die Szene

GITTA BAUER, Bonn
Es ist wieder einmal soweit: Die Vereinten Nationen sind in Zahlungsschwierigkeiten. UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar hätte die Februar-Gehälter von 15 000 Angeestellten nicht zahlen können, wenn die USA ihm nicht mit 38 Millionen Dollar unter die Arme gegriffen hätten. Die schuldeten sie der UNO aber ohnehin. Sie stehen sogar für 1985 mit weiteren 32 Millionen in der Kreide. Doch geschieht dies nicht aus prinzipiellen, sondern haushaltstechnischen Gründen.

Dabei sind die USA, die immerhin ein Viertel (mehr als 400 Millionen Dollar) des Zwei-Jahres-Budgets der UNO von 1,663 Milliarden Dollar tragen, keineswegs schlechte Zahler. Nur wenn sie in einem der antizipierten Ausschüsse allzu sehr vorschieben, treten sie zurück. Alle paar Jahre bringt sie nämlich die Weltorganisation in New York in Geldnot. Die Bundesrepublik Deutschland wird von Pérez dankbar zu den pünktlichen Zahlern gerechnet. Zu den Säumigen gehört die Sowjetunion, deren Anteil (mit der Ukraine und Bjelo-Rußland) 12,5 Prozent beträgt. Sie erklärt das mit ihrer negativen Einstellung zu den Friedensoperationen, zum Beispiel im Nahen Osten, deren Kosten, der Aggressor, sprich Israel, tragen solle.

Die Bundesrepublik Deutschland wird von Pérez dankbar zu den pünktlichen Zahlern gerechnet. Zu den Säumigen gehört die Sowjetunion, deren Anteil (mit der Ukraine und Bjelo-Rußland) 12,5 Prozent beträgt. Sie erklärt das mit ihrer negativen Einstellung zu den Friedensoperationen, zum Beispiel im Nahen Osten, deren Kosten, der Aggressor, sprich Israel, tragen solle. Sie zahlt dennoch immer rechtzeitig genug, um nicht ihr Stimmrecht zu verlieren, das nach zweijähriger Säumigkeit laut Satzung erlischt.

Etat mit Nullwachstum

Pérez ist in einer prekären Lage. In seiner vierjährigen Amtszeit hat er zwar nur Haushaltsentwürfe mit Nullwachstum vorgelegt, allerdings Inflations- und Wechselkursverluste einberechnet. Das ist den Amerikanern und einer Reihe anderer Staaten, darunter auch der auf Sparsamkeit bedachten Sowjetunion, nicht genug. Diese Staaten bringen zusammen 80 Prozent des Beitragsaufkommens ein. Sie wollen ein absolutes Nullwachstum, was einer Minderung von acht bis zehn Prozent gleich kä-

me; sie haben daher gegen den gegenwärtigen Etat gestimmt. Ein solches Nullwachstum würde eine Abmagerung der Verwaltung und der Konferenzen bedeuten, nicht etwa der Hilfenmaßnahmen, die - wie die Flüchtlings- und Kinderhilfe - aus Sonderfonds kommen.

Der Haushalt selbst hängt stark vom Dollarkurs ab, da er auch UNO-Verwaltungen wie Genf und Wien einschließt. Da ist der gegenwärtige Sturz des Dollars ein Nachteil, denn die Einnahmen sind in Dollar, die Ausgaben für Genf in Schweizer Franken, für Wien in Schilling. Je höher der Dollar, um so geringer der Aufwand für die Außenstellen.

Teure Sondersitzungen

Anders als nach dem populären Spruch, wonach zu bestimmen hat, wer zahlt, bringt die UNO-Mehrheit die für den Haushalt stimmte, nur 20 Prozent der Einnahmen in die Kasse. Sie liebt die teuren Sondersitzungen über Namibia und den Nahen Osten, Kongresse in Genf, Nairobi, Mexiko, elegante Hotels, also alles Aufwendige. Nur zahlen will und braucht sie auch kaum nach dem Schlüssel, nach dem die Mitgliedsbeiträge errechnet werden, und der Bruttosozialprodukt und Bevölkerung in Beziehung stellt.

Um es noch einmal zu verdeutlichen: Über die Hälfte des Haushalts (55 Prozent) werden von den vier großen Demokratien beigebracht, den USA (freiwillig 25 Prozent), Japan (10,3 Prozent), Bundesrepublik (8,54 Prozent) und Frankreich (6,51 Prozent). Rechnet man andere westliche Staaten wie Australien, Kanada und den Rest Westeuropas dazu, kommt man auf mehr als zwei Drittel der Mitgliedsbeiträge. Doch werden diese Staaten fast regelmäßig von der Mehrheit der Mitglieder überstimmt, die jeder nicht mehr als 0,01 Prozent beisteuern. Sie haben das Sagen in der Vollversammlung, in deren Händen die Gründerväter die Festsetzung des Haushalts legten.

Die Delegation der USA muß bei Vorbesprechungen 1945 in Dumbarton Oaks schon eine prophetische Gabe getrieben haben. Sie wollte die Gewichtigkeit der Stimme bei Ausgaben von der Höhe des Beitrags abhängig machen.

Guatemalas neuer Präsident setzt auf „aktive Neutralität“ in Mittelamerika

WERNER THOMAS, Miami

Vinicio Cerezo dämpft die Erwartungen. „Ich bin nicht Gott“, sagt er, „ich kann keine Wunder vollbringen.“ Er will jedoch alles tun, um als Präsident Guatemalas diesem leidgeprüften Land eine „bessere Zukunft“ zu beschreiben.

Wenn der 43jährige Christdemokrat morgen sein Amt übernimmt, erhält die Nation nach einer drei Jahrzehnte fast ununterbrochenen Militärherrschaft wieder eine zivile Regierung. Viele Menschen verbinden mit der demokratischen Ära auch den Wunsch nach Frieden, Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt.

Die Stimmung schwankt zwischen Hoffnung und Ungewißheit. Die Zeitung „La Hora“ schrieb: „Man darf vorsichtig optimistisch sein. Niemand weiß jedoch, was uns bevorsteht.“

Eines ist sicher: Guatemala wird nun von einem resoluten und kontroversen Mann regiert. Für Mittwoch hat Cerezo eine mittelamerikanische Gipfelkonferenz einberufen. Auch der Kommandante Daniel Ortega, der Staatschef des marxistischen Nicaragua, zählt zu den Teilnehmern. Die „geheime Antikommunistische Armee“ (ESA), ein rechtes Mordkommando, verkündete bereits, Ortega werde nicht lebend das Land verlassen.

Cerezo, dessen Regierung links von der Mitte einzuordnen ist, verfolgt einen außenpolitischen Kurs der „aktiven Neutralität“. Er versteht darunter „eine aggressive Präsenz in Mittelamerika“. Er hofft auf eine friedliche Lösung der Konflikte und wirbt für die Idee eines regionalen Parlamentes. Er möchte das Gebiet aus der Ost-West-Konfrontation herausheben, denn: „Das würde eine Libanonisierung bedeuten, eine Zerstörung.“

Einsatz für Nicaragua

Im Gegensatz zur Reagan-Regierung sieht der Christdemokrat noch Aussichten für eine demokratische Öffnung in Nicaragua. Er besuchte während einer Mittelamerika-Reise nach seiner Wahl am 8. Dezember Managua und versicherte den Oppositionspolitikern: „Ich teile eure Ideale und eure Ziele.“ Er führte ein Gespräch mit Daniel Ortega, der ihm später „Aufrichtigkeit“ bescheinigte. „Nicaragua muß Fortschritte in Rich-

tung Pluralismus machen“, forderte Cerezo, „sonst drohen dem Land weitere Konflikte und Krieg.“

Manuel Ayau, der Präsident der Francisco-Marroquin-Universität in Guatemala-Stadt, warnt vor schlagzeilenrätigen außenpolitischen Initiativen. Das Schicksal der neuen Regierung werde an der Helmschmuck entschieden, besonders in der Wirtschaft.



Hoffungsträger einer Nation: Vinicio Cerezo. FOTO: AP

Ayau stellt die Frage: Vertraut Cerezo der Marktwirtschaft? Der Privatssektor befürchtet einen dirigistischen Kurs: Preiskontrollen, hohe Steuern, hohe Defizite. Am vergangenen Wochenende trat eine Luxus-Steuer in Kraft, die Cerezo ausdrücklich begrüßte. Die neue Regierung plant zwar weder Verstaatlichungen noch Enteignungen. Dennoch halten sich Gerüchte, daß Banken mit Interventionen rechnen müssen.

Cerezo übernimmt ein explosives wirtschaftliches Vermächtnis. Die 8,5 Millionen Guatemalteken leiden unter der schlimmsten Krise seit 50 Jahren. Fast 60 Prozent sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Das Realeinkommen sank auf den Stand von 1972. Ökonomen im Dienst der bisherigen Regierung meinen, daß erst um die Jahrhundertwende wieder der Stand von 1979 erreicht werden kann - wenn es nun aufwärts gehen sollte.

Cerezo muß gleichzeitig das Versprechen einlösen, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Er hält so-

ziale Veränderungen für notwendig, um der marxistischen Guerrilla den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ein diplomatischer Beobachter sieht ein Dilemma: „Cerezo kann diese Absichten nur auf Kosten der besser gestellten Bevölkerungsschichten realisieren. Er braucht aber diese Kreise, um die Wirtschaft zu sanieren.“

Die Guerrilla wird ihren Kampf fortsetzen. An einem Dialog ist sie nicht interessiert. Ihre Führer erklärten, Cerezo repräsentiere nicht das Volk. An den tatsächlichen Machtverhältnissen werde sich nichts ändern: Die Streitkräfte würden die Nation auch in Zukunft dominieren.

Mißtrauische Militärs

Vinicio Cerezo, der als Oppositionspolitiker drei Attentatsversuche überlebte und noch heute einen Revolver trägt, möchte die Militärs wohl vor Menschenrechtsprozessen à la Argentinien verschonen. Die - oft linksgerichteten - Menschenrechtsverbände bringen die Generale mit 38 000 politischen Morden in den letzten 30 Jahren in Verbindung.

„Laßt uns die Vergangenheit vergessen“, sagt Cerezo. Dennoch kennzeichnet gegenseitiges Mißtrauen das Verhältnis zwischen ihm und den Streitkräften. Der neue Generalstabschef Hector Alejandro Gramajo, 44, wird den Kampf gegen die marxistischen Rebellen nicht so schnell vergessen: Er gilt als Vater der erfolgreichen Anti-Guerrilla-Strategie, die Sozialprogramme mit militärischen Aktionen verknüpfte.

Administrative Erfahrungen fehlen Cerezo. Selbst Christdemokraten betonen, daß ihm ein Lernprozeß bevorsteht. Dabei kann die Partei hilfreich oder hemmend wirken. Sie genießt nicht gerade den Ruf, eine homogene Bewegung zu sein.

Ideologische Differenzen und persönliche Rivalitäten drohen den neuen Präsidenten zu belasten. Der innerparteiliche Rivale Rene de Leon Schlotter, der Führer der alten Garde, wollte Außenminister werden. Cerezo machte ihn dagegen zum Entwicklungsminister, gab ihm somit eines der schwierigsten Ämter.

Gelegentlich scheint Cerezo selbst das Gefühl der Ungewißheit zu spüren. Er wies in letzter Zeit öfters auf die Gefahr eines Putsches hin.

Strauß: Spanien braucht modernisierte Marine

Zur Erfüllung seines NATO-Auftrages / Die Mittel fehlen

ROLF GÖRTZ, Malaga

„Niemand erwartet, daß spanische Truppen zur Verteidigung der NATO-Landgrenzen, etwa in Deutschland, stationiert werden“, erklärte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem Gespräch mit der WELT. Strauß hielt sich im spanischen Kulturzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung bei Malaga auf.

Die Hauptaufgabe, die den spanischen Streitkräften im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft zukomme, liege vielmehr in der Kontrolle der Seeverbindungen zu den Kanarischen Inseln im Atlantik, der Straße von Gibraltar und den Verbindungen zu den Balearen im Mittelmeer. Dieser Beitrag zur Sicherung der europäischen Seewege im Atlantik und Mittelmeer deckte sich vollkommen mit der Selbstverteidigung Spaniens; sie stelle also keine zusätzliche Belastung der spanischen Streitkräfte dar.

Zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages gehöre allerdings eine „modernisierte“ Marine, betonte Strauß. Mit der Qualifizierung „modernisiert“ griff der frühere Bundesverteidigungsgeschäftsführer offensichtlich ganz bewusst eine besorgte Äußerung des Chefs der spanischen Seestreitkräfte, Admiral Salas, auf. Dieser hatte anlässlich des Jahresempfanges spanischer Botschafter durch König Juan Carlos auf die Streichung von Haushaltsmitteln hingewiesen, die für die Modernisierung der Marine dringlich seien. Eine derartige Maßnahme gefährde den strategischen Verteidigungsplan, wie ihn die Regierung beschlossen hat.

Fristen zu knapp

Kernstück dieses Planes, soweit er die Seestreitkräfte betrifft, ist die ohnehin auf ein Minimum zusammengedrückte Kampfgruppe um den Flugzeugträger „Principe de Asturias“ mit vier atlantischen Regatten, den dazugehörigen Hubschraubern zur U-Boot-Abwehr sowie einer weiträumigen Sicherung durch eigene U-Boote.

Im Rahmen dieses Flottenbauprogramms sind die ersten Einheiten, darunter der Flugzeugträger, bereits vom Stapel gelaufen. Ganz offensichtlich aber können die Fristen zur Indienststellung wegen mangelnder

Zahlungszuweisungen nicht eingehalten werden. Mit der Verzögerung der Ablieferung aber ist auch die Modernisierung selbst in Frage gestellt.

Ministerpräsident Felipe González - fest davon überzeugt, daß Spanien in der NATO bleibt -, hatte bereits kurz nach seinem Amtsantritt in einem Interview mit der WELT auf die Bedeutung der westafrikanischen Küste für die strategische Grundkonzeption des Westens hingewiesen.

Die Rolle Marokkos

Die Stabilität dieser für den europäischen Seeverkehr wichtigen Zone ist jedoch auch weitgehend von der Stärke Marokkos abhängig. Praktisch lautet die Frage, ob es den marokkanischen Streitkräften gelingt, die von der Sowjetunion und Algerien unterstützten Polisario-Rebellen von der Küste der Westsahara abzu- drängen.

Die Polisario-Front wurde seinerzeit von Libyen „aus der Taufe gehoben“, so drückte sich ein libyscher „Volks“-Diplomat in Madrid aus. Ihr Widerstand gegen die Besetzung der Westsahara durch Marokko weitete sich zu gefährlichen Terroraktionen gegen Drittländer aus. Die Versenkung mehrerer portugiesischer und spanischer Fischtrawler sowie der Abschuss eines deutschen und eines belgischen Flugzeuges bewiesen dies.

Nun gelang es zwar dem marokkanischen König Hassan durch ein aufsehenerregendes Bündnis mit Libyen im vergangenen Sommer die Polisario erheblich zu schwächen. (Seither werden die Polisarios auf dem letzten ihnen verbliebenen Küstenstreifen zwischen dem marokkanischen Hafen Dakhla und Mauretania von sowjetischen Schiffen direkt auch mit mittelschweren Waffen versorgt.)

Tatsächlich aber unterstützt Libyen sie, wenn auch in reduzierter Form.

Die Sowjetunion, die bereits auf den Kanarischen Inseln über Land- und Reparaturrechte für über 300 Trawler, Werkstatt- und Handelsschiffe verfügt, hofft mit Hilfe Libyens und der Polisario-Front, Marokko wirtschaftlich zu zermürben, um so schließlich doch noch zu einem Stützpunkt an der nordafrikanischen Westküste zu kommen. (SAD)



Von der Fabrikhalle über den Maschinenpark bis nach Sumatra: WestLB.

Nicht nur, daß wir Ihnen bei der Finanzierung einer Fabrikhalle den Rücken freihalten, zum Beispiel mit einem langfristigen Festzinskredit.

Nicht nur, daß wir helfen - so weit Geld das vermag -, Ihren Maschinenpark auf den konkurrenz-

fähigsten Stand der Technik zu bringen.

Nicht nur, daß wir beide Leistungen in einem Finanzierungsprojekt zusammenfassen können.

Nein, das ist nicht alles, was wir Ihnen zu bieten haben.

Wir als Landesbank und Spar-

kassen-Zentralinstitut von Nordrhein-Westfalen können auch helfen, Ihre Produkte zu verkaufen.

Ins Ausland zum Beispiel. Dazu steht Ihnen das breite Spektrum unserer Exportfinanzierungen und die Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs sowie des Doku-

mentengeschäfts zur Verfügung.

Und wenn Sie wissen möchten: Was tun, damit das Geld, das Sie dabei verdienen, noch ein bißchen außer der Reihe verdient?

Nun, auch da können wir Ihnen helfen.

Aber das ist ein Kapitel für sich. Westdeutsche Landesbank Girozentrale

WestLB Die Bank Ihrer Initiativen.

FUSSBALL

Jörg Berger zu Hannover

sid, Düsseldorf

Nur wenige Tage dauerte die Zeit der Arbeitslosigkeit und Ungewissheit. Knapp zwei Tage nach seiner Entlassung bei Hessen Kassel hat der Fußball-Trainer Jörg Berger (41) bereits einen neuen Arbeitsvertrag unterschrieben. In einer Blitzaktion wurde er vom Bundesligaverein Hannover 96 verpflichtet, wo er einen zunächst bis zum 30. Juni 1986 befristeten Vertrag erhielt. In Hannover tritt er die Nachfolge von Werner Biskup an, der wegen Alkoholproblemen entlassen worden war und vorübergehend durch Manager Jürgen Rynio ersetzt wurde. Unter der Leitung Rynios hat die Mannschaft jedoch in vier Spielen nur zwei Punkte geholt und befindet sich als 16. der Tabellen in akuter Abstiegsgefahr. Jörg Berger gibt es trotzdem optimistisch: „Ich übernehme kein Himmelstafel-Kommando. In erster Linie will ich eine gesunde Vertrauensbasis zur Mannschaft herstellen.“ Heute beginnt er seine Arbeit mit einem Trainingslager in der Sportschule Barsinghausen.

Zum Ende der Winterpause hat die Mehrzahl der Bundesliga-Vereine ein Trainingslager zur Vorbereitung auf die Rückrunde der Meisterschaft bezogen. Am Wochenende fanden die letzten Hallen-Turniere der Winterpause statt. Sieger des attraktivsten Turniers in Luzern wurde der Hamburger SV durch ein 3:0 über die ungarische Nationalmannschaft.

Als Riesen-Erfolg wertete der VfB Stuttgart sein 500.000 Mark teures Turnier, das bei 15.000 verkauften Karten einen Gewinn von rund 150.000 Mark einbrachte. Sieger wurde der SV Waldhof Mannheim mit 2:0 über Hajduk Split.

Sieben Fans wurden beim Turnier in Krefeld festgenommen, das Bayer Uerdingen durch ein 5:3 über Fortuna Köln gewann. In Münster siegte Schalke 04 durch ein 4:3 gegen die Amateure des ASC Schöppingen.

Mit einem Platzverweis wegen Meckerns für Nationalspieler Andreas Brehme mußte der 1. FC Kaiserslautern seinen Sieg beim Turnier auf Malta bezahlen. Beim Turnier auf Gran Canaria verlor der 1. FC Saarbrücken das Finale gegen IFK Göteborg mit 0:3. Im Spiel um Platz drei unterlag Bayer Leverkusen der sowjetischen Nationalelf mit 0:1.

SKI ALPIN / Deutsche Misere im Slalom bei Männern und Frauen – Lichtblick Regina Mösenlechner

Freund hilft, die Angst zu überwinden

sid/dpa/DW, Badgastein
Peter Endraß, der deutsche Slalom-Trainer der schwedischen Nationalmannschaft, hatte vor Weihnachten im Gespräch mit der WELT gesagt: „Jetzt setzen wir erst mal auf unseren Weltmeister Jonas Nilsson und natürlich auf Ingemar Stenmark. Doch im neuen Jahr kann auch der Johan Wallner einen Weltcup-Slalom gewinnen.“ Gesagt, getan: Nach den Siegen von Stenmark und Nilsson im alten Jahr gewann nun in Berchtesgaden der 21-jährige, zweimalige Junioren-Weltmeister (1982 und 1983) Johan Wallner seinen ersten Weltcup-Slalom vor dem Jugoslawen Bojan Krizaj und den Franzosen Daniel Mougel.

Bester Deutscher bei diesem Rennen war Florian Beck (Gunzesried), der nach dem neunten Rang im ersten Lauf im entscheidenden Durchgang auf Platz zwölf zurückfiel. Cheftrainer Klaus Mayr klagte: „Wir haben doch zur Zeit nur Florian Beck, der in die Weltklasse hineinfahren kann. Der Slalom wird für uns noch einige Jahre ein riesiges Problem sein.“

Was bei den deutschen Damen nicht anders ist. Außer Maria Epple-Beck, die beim Slalom in Badgastein ausfiel, gibt es keine deutsche Slalom-Weltklassenläuferin. In Badgastein, wo die Österreicherin Anni Kronbichler vor den beiden Schweizerinnen Erika Hess und Vreni Schneider gewann, war Abfahrts- und Riesentorlaufsspezialistin Michaela Gerg (Lenggries) als 18. beste Deutsche.

Michaela Gergs Vielseitigkeit und Regina Mösenlechners Kampfgeist – das bestach bei den drei Rennen am Wochenende in Badgastein. Am Samstag, bei einem Abfahrtsrennen in Nebel und Regen, belegte die Ingolzerin den vierten Platz hinter der Siegerin Maria Walliser und den Österreicherinnen Winkler und Gutensohn.

„Jetzt kann ich mich überwinden“, jubelte die 24-jährige Freundin des österreichischen Abfahrts-Stars Peter Wirsberger. Fast wäre Regina Mösenlechner allerdings im Krankenhaus statt auf dem vierten Rang gelandet. Sie hatte das Pech, kurz vor dem Sprung in den Zielhang in eine

Nebelbank hineinzufahren – und das bei einer Geschwindigkeit von rund 100 km/h. Sie sprang geistesgegenwärtig zwanzig Meter weit über die mit Tannenzweigen markierte Piste, fuhr zurück in den Zielhang und über die Ziellinie.

Was vor sich ging, schilderte sie so: „Plötzlich tauchte das letzte Tor vor mir auf. Ich fuhr direkt darauf zu. Ich dachte an die Schweizerin Ariane Ehrat, die am Vortag hier schwer stürzte und einen Handbruch erlitt, und schlug gerade noch einen Haken.“

Dabei trieb sie die Angst vor einem erneuten Sturz am Graukopf in Badgastein. An diesem Berg hatte es Regina Mösenlechner 1983 furchtbar erwischt. Damals mußte sie nach einem schweren Sturz mit ausgerenkter Hüfte ins Krankenhaus abtransportiert werden. Monatelang lag sie mit einem Gipskorsett im Krankenhaus und lernte in einem Rehabilitationszentrum in Endorf am Chiemsee mühsam wieder das Gehen. Das Trauma dieses furchtbaren Sturzes hemmte sie jahrelang, oft war sie drauf und dran, den Rennsport aufzugeben.

Wäre da nicht Peter Wirsberger gewesen. Regina Mösenlechner: „Von ihm habe ich die profihafte Einstellung und das Nie-Aufgeben gelernt.“ Am Freitagabend, vor dem Rennen, beobachtete Wirsberger gemeinsam mit ihr den Videofilm vom ersten Rennen in Badgastein, bei dem Regina Mösenlechner Siebte geworden war (Siegerin: Gutensohn, Österreich). Für das zweite Rennen gab er ihr den Tip: „Du brauchst nichts anders zu machen. Das wird schon gutgehen.“ Es ging gerade noch einmal gut.

Wetterumstürze, Föhn, Regen und Wind haben in den Alpen inzwischen so manche Piste dahinschmelzen lassen. Die für Freitag vorgesehene Weltcup-Abfahrt der Damen in Pfronten (Allgäu) muß wegen Schneemangels abgesagt werden. In Garmisch-Partenkirchen fiel am Samstag ein weiterer Programmpunkt dem Wetter zum Opfer: der Super-G-Slalom der Herren. Das Rennen soll heute nachgeholt und vom Ersten deutschen Fernsehen (ARD) ab 11.55 Uhr live übertragen werden.

HANDBALL / Europapokal der Frauen

Lützellinden überraschte: Neun Tore von Iona Nawa

dpa/sid, Gießen
Nach dem Erfolg der Frauen-Nationalmannschaft bei der Handball-B-Weltmeisterschaft im Dezember beweisen jetzt auch die Mannschaften aus der Bundesliga ihre Leistungsstärke im internationalen Vergleich. Gleich zwei Mannschaften schafften den Einzug ins Viertelfinale der europäischen Wettbewerbe. Im Europapokal der Pokalsieger bezwangen die Handballspielerinnen des VfL Engelskirchen den niederländischen Meister Swift Roermond mit 17:11 (Hinspiel 16:16) und im IHF-Pokal gewann der TV Lützellinden gegen die rumänische Mannschaft Chimistul Rimnicu Vilcea mit 34:18.

In Engelskirchen waren die Nationalspielerinnen Dagmar Stellberg und Corinna Kunze mit jeweils fünf Treffern maßgeblich am Sieg beteiligt. Schon Mitte der ersten Halbzeit hatte sich Engelskirchen nach einem

3:3 auf 7:3 abgesetzt, konnte allerdings nicht restlos überzeugen.

Vor 1500 Zuschauern in der Gießener Osthalle kämpfte der TV Lützellinden mit dem Mut der Verzweiflung um den Einzug ins Viertelfinale, das nach der 22:28-Hinspiel-Niederlage schon fast unerreichbar schien. Noch zur Halbzeit (12:13) hatte es so ausgesehen, als sei Vilcea erneut zu stark für die Frauen aus Hessen. Danach gelang es jedoch, die Wirkung der rumänischen Nationalspielerin Edith Török, die im Hinspiel 14 Treffer erzielt hatte, einzugrenzen. Gleichzeitig steigerte sich die ehemalige polnische Nationalspielerin Iona Nawa im Team des TV Lützellinden. Die 31-jährige warf insgesamt neun Tore, darunter das letzte und entscheidende drei Sekunden vor dem Abpfiff. Dank der höheren Anzahl der auswärts erzielten Tore qualifizierte sich Lützellinden für die nächste Runde.

SKI NORDISCH / Gunde Swan Seriensieger

Matty Nykänen meldet sich mit klarem Erfolg zurück

sid/dpa, Harachov
Weil er das öfteren zu viel Alkohol getrunken haben soll, hatte der finnische Ski-Verband Olympiasieger Matty Nykänen eine Zwangspause verordnet. Beim Weltcup-Springen in Harachov (CSSR) setzte sich Nykänen nun mit Weiten von 122 m und 116 m wieder souverän durch. In La Bresse (Frankreich) feierte der Schwede Gunde Swan beim 30-km-Weltcup-Rennen seinen 16. Saison-sieg in Folge. Oddvar Brä, der norwegische Ex-Weltmeister, „Es geht in diesem Winter wohl nur noch um den zweiten Platz hinter ihm.“

Bei der 34. deutsch-österreichischen Vier-Schanzen-Tournee (Sieger: Vettori, Österreich) durfte Nykänen nicht mitspielen. In Harachov bewies der Finne, daß er noch immer zu den besten Skispringern der Welt gehört. Nykänen bezwang Ernst Vettori (117 m/111 m) und verfehlte den

Schanzenrekord des Tschechoslowaken Pavel Ploc mit 123 m nur um einen Meter. Olympiasieger Jens Weißflog („DDR“) konnte noch immer nicht überzeugen. Der 21-jährige erhielt als 15. (111,5 m/99 m) gerade noch einen Weltcup-Punkt.

Einen Tag vor seinem 24. Geburtstag triumphierte Gunde Swan in der Schlussrunde des im klassischen Stil – nur an einigen wenigen Stellen war der Schlittschuh-Schritt erlaubt – ausgetragenen 30-km-Rennens von La Bresse auf. Im ständigen Regen machte der Schwede aus einem Rückstand von 25 Sekunden gegenüber dem Sowjetrussen Smirnow am Ende einen Vorsprung von über einer halben Minute. Swan: „Ich weiß nicht, wie ich das geschafft habe. Bei solchem Wetter bin ich noch nie gelaufen – und ich möchte es auch nie mehr tun.“

Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Tottenham – Nottingham 0:3, Birmingham – Ipswich 0:1, Chelsea – Luton 1:0, Coventry – Aston 3:3, Everton – Queens Park 4:3, Leicester – West Ham 0:1, Manchester City – Southampton 1:0, Oxford – Manchester United 1:3, Bromwich – Newcastle 1:1. Tabellenspitze: 1. Manchester United 55 Punkte, 2. Everton 50, 3. Chelsea 50.

BOXEN

Bundesliga, Amateur, 2. Kampftag, Gruppe Nord: Ahlen – Leverkusen 15:12, Mülheim – Flensburg 12:14, Gruppe Süd: Biehlstadt – Landstut 12:14, Frankfurt – Leonberg 12:13.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Bamberg – Köln 91:79, Charlottenburg – Oldenburg 62:50, TSV Hagen – Göttingen 83:41, Gießen – SSV Hagen 49:68, Langen – Osnabrück 80:75, Leverkusen – Bayreuth 87:85, Meisterschaftsfinale, Damen, 1. Spieltag: München – Düsseldorf 54:54, Bamberg – Osterfeld 91:08, Absteiger: Hildesheim – Porz/Hennef 58:62, Leverkusen – Köln 88:80.

EISHOCKEY

Bundesliga, 27. Spieltag, Düsseldorf: Bayreuth 12:1, Kaufbeuren – Riecksee 8:2, Mannheim – Landstut 14:1, Rosenheim – Isertal 5:2, Schwenningen – Köln 4:5.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Dankersen – Göttingen 30:15, Frausberg – Großwallstadt 23:25, Frauen, 8. Spieltag: Oldenburg – Nürnberg 22:14, Frankfurt – Berlin 8:15.

HOCKEY

Bundesliga, Herren (Halle), Gruppe Nord: Braunschweig – Hannover 6:5, Leverkusen – RW Köln 10:12, Krefeld – SW Köln 9:8, Gladbach – Berlin 11:9, Gruppe Süd: Mannheim – Mülheim 6:10, Stuttgart – Bad Dürkheim 9:5, Frankenthal – München 10:8, Limburg – Heidelberg 7:7, Damen, Gruppe Nord: Berlin – Hamburg 3:9, Brandenburg – Club an der Alster 15:8, HC Hannover – UfC Hannover 10:10, DHC Hannover – Braunschweig 1:3, Süd: Frankenthal – Frankfurt 5:3.

TENNIS

19. Deutsche Hallen-Meisterschaften in Mainz-Finthen, Endspiele, Damen: Graf (Heidelberg) – Pfaff (Königsheim) 6:1, 7:6, Doppel: Pfaff/Graf – Cueti/Keppler (Stuttgart/München) 6:2, 6:3, Herren, Doppel: Meinelcke/Osterhorn (Bamberg/Amberg) – Jelen/Kühnen (Neu-Kühhnen/24. 6:3, 6:4, Damenturnier in Washington, Viertelfinale: Kohde – Bunge (beide Deutschland) 6:4, 7:5, Navratilova – Garbin (beide USA) 6:1, 6:2, 15. WCT-Doppel-Weltmeisterschaft in London, Halbfinale: Amato/Novak (USA/Südafrika) – Lloyd/Fleming (England/USA) 6:1, 6:2, 6:3, Östlund/Crocoy (Schweden/Polen) 6:2, 6:3, Flach/Seguso (USA) 7:5, 6:3, 6:2, 2. Europacup der Damen, Qualifikation in Baden/Schweiz, Halbfinale: Deutschland – Österreich 2:1 – Betsner – Pollet 6:4, Schopp – Elstner 6:3, 4:6, 5:7, Betsner/Schopp – Huber/Pollet 3:3, 3:6, 6:4 – Schweiz – Frankreich 2:1.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen: Donauwörth – Kaiserberg 1:0, Frankfurt – Klee 2:1, Saarbrücken – Reinickendorf 2:4, Stuttgart – Kaiserberg 2:4, Groß-Linden – Klee 2:3, Bielefeld – Saarbrücken – Heusenstamm 3:0, Alzenau – Steinbergen 3:5, Hertha BSC – Reutlingen 2:0.

SKI ALPIN

4. Weltcup-Abfahrt, Damen in Badgastein: 1. Walliser (Schweiz), 2. Winkler, 3. Gutensohn (Österreich), 4. Mösenlechner (Deutschland), 5. Bader (Österreich), 6. Oertli (Schweiz), ... 12. Kiehl (Deutschland), – Stand im Gesamtweltcup: 1. Walliser 117 Punkte, 2. Hess (Schweiz) 112, 3. Kiehl 85, 4. Gerg 84, 5. Schneider 83, ... 12. Mösenlechner 45, 13. Eisecke (alle Deutschland) 40, – Weltcup-Slalom der Damen in Badgastein: 1. Kronbichler (Österreich) 1:36,53, 2. Hess 1:37,58, 3. Schneider (beide Schweiz) 1:38,45, 4. Ledatschew (Österreich) 1:38,68, 5. Charvatova (CSSR) 1:39,01, 6. Quaresima (Italien) 1:39,08, ... 18. Gerg (Deutschland) 1:41,73, – Weltcup-Slalom der Herren in Berchtesgaden: 1. Walliser (Schweden) 1:44,05, 2. Kitz (Jugoslawien) 1:44,06, 3. Mousiloff (Frankreich) 1:44,76, 4. McGrath (USA) 1:45,30, 5. Wenzel (Liechtenstein) 1:45,35, 6. Stenmark (Schweden) 1:45,50, ... 12. Beck 1:46,30, ... 18. Pistor (beide Deutschland) 1:47,34.

SKISPRINGEN

Weltcup in Harachov/CSSR, 90-m-Schanze, Nykänen (Finnland) 234, 2. Vettori (Österreich) 211,2, 3. Parna (CSSR) 206, 4. Ullag (Jugoslawien) 197,2, 5. Stjernen (Norwegen) 195,6, 6. Dinos (CSSR) 192,8, – Stand im Weltcup-Gesamtweltcup: 1. Vettori 100 Punkte, 2. Ullag 97, 3. Neukirchner (Österreich) 96, 4. Suorsa 83, 5. Opass (Norwegen) 72, 6. Nykänen 61.

SKI NORDISCH

18-km-Weltcuprennen (Freie Technik), Damen in La Salses: 1. Nestler, 2. Jacob, 3. Opitz (alle, DDR), 4. Felten (Österreich), 5. Beyer (Norwegen), – Stand im Weltcup: 1. Matikainen (Finnland) 46, 2. Pettersen 39, 3. Dahlmo (Finnland) 38, – 39 km Weltcuprennen, Herren (klassisch) in La Bresse/Frankreich: 1. Swan (Schweden) 1:30:57,8, 2. Smirnow (USSR) 1:31:21,8, 3. Östlund (Schweden) 1:31:37,7, ... 37. Beck 1:38:07,7, ... 20. Dettler 1:38:24,6, ... 44. Danner (alle Deutschland) 1:39:16,3.

EISKUNSTLAUF

Deutsche Meisterschaften in Mannheim, Damen, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (Mannheim) 5,4, – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Damen, Endstand: 1. A. und J. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wien) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 5,6, – Paare: 1. Kimmann/Pfengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirk/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4, – Eiskunstlauf, Herren, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 4,0, 3. Becker (M

Deutsche Meisterschaften mit altbekannten Namen: Fischer, Leistner, Pusch. Aber neue Aspekte im Tennis der Herren

Der siebte Streich des KSV Witten

sid/dpa, Speyer
Zum siebenten Mal gewann der KSV Witten 07 die deutsche Mannschaftsmeisterschaft im Ringen und rückte damit bis auf drei Titel an den mit zehn Siegen führenden deutschen Rekordmeister Heros Dortmund heran. Der 36 Jahre alte Hans-Joachim Klötzing - er bestritt wahrscheinlich seinen letzten großen Kampf - und der 28 Jahre alte Karl-Heinz Helbing entschieden das zweite Finale gegen den VfK Schifferstadt in Speyer zugunsten der Witterner.

Nach dem 22,5:12,5 Heimsieg verlor der KSV Witten den Auswärtskampf gegen den VfK Schifferstadt, der zuletzt vor zehn Jahren Meister war, zwar mit 17,5:19,5, wahrte aber eine Sieben-Punkte-Führung in der Gesamtwertung (40:53).

Danach wurde Hans-Joachim Klötzing von den etwa 500 mitgereisten Fans begeistert gefeiert. Als er endlich die Kabine seiner Mannschaft betreten konnte, war der Champagner schon fast alle. Helbing stand währenddessen ruhig in der hintersten Ecke und genoss seinen 15. Meistertitel ganz für sich allein - davon zehn im Einzelwettbewerb. Der 28-jährige hatte mit seinem sicheren 4:0-Punktsieg über den technisch noch unvollkommenen und einem solchen Nervenkampf offenbar noch nicht gewachsenen 20-jährigen Claudio Passarelli den Schlusspunkt unter den Witterner Erfolg gesetzt.

Für die Wende hatte zuvor schon Klötzing gesorgt, als er Ahmet Celik mit 3:1 Punkten bezwang. Der Mann aus Lüneburg, der sich 1974 in Witten an der Ruhr niederließ, wußte, um was es dabei ging: „Ich habe die Felle für unsere Mannschaft schon davon geschwommen, als Jan Falandys gegen Markus Scherer verlor. Ich wußte, daß danach alles an mir liegt, denn bei einer Niederlage wäre die Moral wohl kaputt gewesen.“ Mit Witten feierte Klötzing nun seinen fünften deutschen Meistertitel.

Weller: „Titel gestohlen“

sid, Randers
René Weller, schwer gezeichnet und schwer gereizt, sprach von Diebstahl: „Mir ist der Titel gestohlen worden.“ Jetzt soll dem 32 Jahre alten Berufssportler aus Pforzheim ein Protest zurückbringen, was er in Randers (Dänemark) gegen den acht Jahre jüngeren Bo Gert Jacobsen in der zweiten Runde der achten Runde verloren hatte: Den Titel des Europameisters im Leichtgewicht. Zu diesem Zeitpunkt blutete Weller stark aus einem Riß der rechten Augenbraue. Der englische Ringrichter Harry Gibbs brach den Kampf nach Rücksprache mit dem dänischen Ringarzt Leif Berner ab. Es war die erste Niederlage für Weller im 34. Profikampf.

Nach dem Abbruch fuhr auch Weller Manager Wilfried Sauerland schweres Geschütz auf. „Das war eine abgekartete Sache und Betrug an René. Er hätte weiterboxen können.“ Die Verletzung war bereits in der fünften Minute aufgetreten, als beide Boxer (Weller: „Das war keine Absicht“) mit den Köpfen zusammenstießen. Zum Zeitpunkt des Abbruchs hatte Weller lediglich beim französischen Punktrichter Boucher einen Vorsprung von einem Punkt, Ringrichter Gibbs und der Spanier Sanchez sahen den Dänen mit zwei Zählern vorne.

Dennoch kündigte Manager Sauerland gestern einen offiziellen Protest beim europäischen Verband an. Ringrichter und Arzt hätten die Verletzung vor dem Abbruch nicht mehr untersucht. Weller dachte derweil nicht mehr an Rücktritt. „So gehe ich nicht. Ich fühle mich nach wie vor als Europameister.“

Das Jahr 1986 ist ein wichtiges Jahr für den deutschen Sport. Zwei Jahre nach und zwei Jahre vor Olympischen Spielen muß sich entscheiden, ob die Athleten aus der Bundesrepublik weiter in der Lage sind, ihren insgesamt vierten Platz in der Welt hinter den USA, der Sowjetunion und der „DDR“ zu halten. Gleich zwei deutsche Meisterschaften gaben am Wochenende wichtige Hinweise. Das Fazit bei Eiskunstläufern und Fechttern: Die alten Stars sind immer noch die Hoffnungsträger der neuen Saison. Aber ob sie noch für Olympia 1988 zur Verfügung stehen, ist zweifelhaft.

Claudia Leistner nach einem langen Leidensweg doch wieder Weltklasse

UWE PRIESER, Mannheim
Die Aushängeschilder glänzten. Claudia Leistner, bei der deutschen Eiskunstlauf-Meisterschaft in Mannheim in Weltklasseform, und Heiko Fischer sind für die Europameisterschaft medallienreif. Im Eistanz mit dem Zwillingspartner Antonia und Ferdinand Becherer gibt es eine konkrete Hoffnung, trotz des Verlustes der EM-Dritten Born/Schönborn an die Revue international erstklassig zu bleiben, im Paarlauf heimt eine vage Hoffnung auf bessere Zeiten. Hinter dieser sportlichen Bilanz steht die Deutsche Eiskunstlauf-Union (DEU) als ein von Strukturschwächen (Trainerausbildung, Finanzen, Sportwissenschaft) geplagter Verband, der ungenügend und irritiert nach einem Konzept sucht, nach zehn erfolglosen Jahren ein drohendes Jahrzehnt der Erfolglosigkeit abzuwehren.

Claudia Leistner hat in Mannheim ihre Vergangenheit wieder eingeholt. „Jetzt ist es wieder so schön wie am Anfang“, sagt sie. Ihre Vorgängerin Dagmar Lurz, 1980 Olympia-Dritte, sagte laut, was die Siegerin trotz ihres Triumphes kaum zu denken wagte: „So kann Claudia auch Katarina Witt schlagen und Weltmeisterin werden.“ Diese Zukunft wurde der Mannheimerin schon vor drei Jahren vorhergesagt, als sie nach einem Blütsprung Zweite der Weltmeisterschaft geworden war. Dann raubten Verletzungen, Krankheiten und Konflikte mit dem Trainer ihr die Träume und das Selbstvertrauen und nötigten ihr im letzten März sogar einen Rücktritt auf, den sie im Sommer dann rückgängig machte.

„Ich fühle mich unheimlich wohl“, sagt sie heute. Zwei Jahre hindurch sah man nur eine gedrückte, nervöse, verunsicherte Claudia Leistner, deren Gefühle meistens zwischen Trotz und Traurigkeit schwankten, auf den Eisbahnen. Unter ihrem neuen Trainer, dem aus Ungarn eingewanderten Georg Haveland, hat Claudia Leistner das Lachen wiedergefunden. Und das Springen.

„Alexander der Große“ oder Zähmung eines Widerspenstigen

SCHIRMER, Tauberbischofsheim
Bundestrainer Emil Beck strahlte wie lange nicht mehr nach einem Sieg von Alexander Pusch. Es war nicht allein der siebte Streich, den der 30-jährige der deutschen Degenkonkurrenz bei den Meisterschaften in Tauberbischofsheim gespielt hatte, der das runde Gesicht von Emil Beck gleichsam in Lachfalten auflöste. Es war auch die große Freude über die Zähmung eines lange Zeit Widerspenstigen.

Das Gespann Pusch/Beck aus Tauberbischofsheim bildete einst ein fast unschlagbares Gespann, das durch internationale Erfolge - Olympiasieger 1976, zwei Weltmeistertitel und sechs Weltcup-Erfolge - bestätigt wurde. Spätestens seit dem WM-Gewinn 1978 aber hatte ein Entfremdungsprozess zwischen den beiden begonnen, der 1985, nur wenige Monate vor der WM in Barcelona, eskalierte. Damals

altbekannte Namen, drei Meister: Heiko Fischer und Claudia Leistner im Eiskunstlaufen, Alexander Pusch im Degenfechten. Was sie und den Blick in die Zukunft beides Disziplinen unterscheidet, ist einfach gesagt: Die beiden Eiskunstläufer sehen ihre letzte Chance offensichtlich in den internationalen Titelkämpfen dieses Jahres. Sie reden von Rücktritt und würden große Lücken in einem zerstörten Verband hinterlassen. Der 31 Jahre alte Pusch will weitermachen. Aber selbst wenn er es nicht tut, hinter ihm stehen immer Athleten, die ihn ersetzen können.

Vier von sechs möglichen verschiedenen Dreifachsprüngen - mehr hat keine andere Läuferin in der Welt zu bieten. Dazu eine Kün-Choreographie, in der sie sich so bewegt, wie sie sich auch in der Disco bewegt, und nicht wie in der Vergangenheit mit einstudierte Tanzfiguren und Arm-bewegungen, bei denen sie sich selber fremd war.

Dreimal 5,9 und 15mal 5,8 für Claudia Leistners Kür - das war die Hoffnung in Zahlen ausgedrückt. Für die Nächstplatzierten, Cornelia Tesch (Stuttgart), Susanne Becher (Mannheim) und Patricia Neake (Dortmund), ist diese Hoffnung blanke Utopie. „Ich weiß nicht, ob ich im nächsten Jahr noch laufen werde“, erklärte Claudia Leistner. Hinter ihr droht der Abstieg ins Mittelfeld.

„Ich weiß nicht, ob ich nächstes Jahr weiter laufen werde“, erklärte auch Heiko Fischer nach seinem vierten Titelgewinn. Der 25 Jahre alte Stuttgarter denkt zunehmend an sein Informatikstudium - an das Leben nach dem Eiskunstlauf. Seine Kürdarbietung nach dem Musical „West Side Story“, die ihm 1985 erstmals weltweit Achtung als künstlerischer Läufer verschaffte, soll in zwei Wochen bei der Europameisterschaft eine neue Fortsetzung erhalten und ihm vielleicht das Happy-End der Karriere bringen: den Platz auf dem Siegestreppchen. Fischer gelang es, seine solide, aber keineswegs überragende Kür zur Meisterschaft. Fünf verschiedene dreifache Sprünge waren in seinem Programm, nur beim Rittberger hatte er Probleme. Die Freisrichter betonten seine Leistung im technischen und künstlerischen Teil mit bis zu 5,8 Punkten. Fischer leidet unter Rückenbeschwerden, die ihn zur Einschränkung seines Trainings zwingen.

Für die Nächstplatzierten Richard Zander (Wien) und Joachim Edel (Frankfurt) sind die Olympischen Winterspiele 1988 in Calgary das erklärte Ziel.

Ohne Fischer und Leistner aber

Auch die deutschen Hallenmeisterschaften im Tennis waren eine Bestätigung dafür, wie die Erfolge eines einzigen Talentes eine ganze Sportart nach vorne treiben kann: Nicht nur Boris Becker hat die Alten überflügelt, Talente melden ihre Ansprüche an. Osterthun, Meinecke, Jelen oder Kühnen sind plötzlich Namen, die man sich merken muß. Die Konsequenz des 27 Jahre alten Andreas Maurer ist einsichtig, fair und sportlich. Er zieht sich erst einmal zurück aus dem deutschen Team und überläßt seinen Platz einem Jüngeren. Im Tennis scheint tatsächlich eine neue Ära zu beginnen.

stünde der deutsche Verband in Calgary ohne Medaillenkandidaten da. Eine Tatsache, die die DEU in nervöse Umbruchstimmung versetzt. Im Interessengezweig um eine neue Ausbildungsordnung mußten sich die Eiskunstläufer das böse Wort vom „ungeliebten Hilfsarbeiter“ anhören.

DEU-Vorstandsmittglied und Mannheimer Hausherr Eugen Romminger drohte dem Kölner Sportwissenschaftler und ehemaligen Weltklasseläufer Sepp Schönmetzler, ihn Polizei aus der Halle werfen zu lassen, nur weil der mit einem Team jene sportwissenschaftlichen Untersuchungen durchführen wollte, an denen es dem deutschen Eiskunstlauf so bitter mangelt. Die DEU hat zu wenig Geld in der Kasse, weil ihr keine internationale Meisterschaft mehr übertragen worden ist. Sie hat international viele Freunde verloren.

Sportdirektor Krick fühlte sich deshalb veranlaßt, die Siegerehrung der Damen einiger Sendeminuten wegen mit Blick auf die Bandenwerbung der Industrie aus Fernsehen zu verschoben. Höhepunkt der Verbandssitzung war ein „Donner-und-Blitz-Rücktritt“ von Romminger mit einem beleidigenden Rundumschlag gegen die deutsche Sportführung - und seinem Einlenken, nachdem der Direktor vom Bundesausschuß Leistungssport, Helmut Meyer, die DEU-Forderung nach Entgeltung des immensen Arbeitsaufwandes in den Eiskunstlaufzentren als niemals strittig hingestellt hatte. Es geht um 1000 Mark, was denn Helmut Meyer zu den Worten veranlaßte: „Was Romminger fordert, ist doch eigentlich eine Bagatellsumme. Wenn darüber ernsthaft diskutiert wird, was bis zum heutigen Tag nicht geschah, ist, wäre es längst zu einer finanziellen Regelung gekommen. Eine Lösung mit Eugen Romminger ist doch für uns viel besser als eine ohne ihn.“ Nur Sturm im Wasserglas und einmal mehr verletzte Eitelkeiten? (dpa)

Andreas Maurer macht Platz für Jüngeren frei

dpa, Mainz
Die zweite Garnitur nach Boris Becker meldet ihre Ansprüche an. Das ist die Bilanz der 19. deutschen Hallen-Meisterschaften im Tennis. Für Bundestrainer Niki Pilić standen am Ende des siebentägigen Turniers in Mainz die Nominierung des Einzel-Finalisten Eric Jelen als sechster Spieler und die von Ricki Osterthun als Doppelpartner von Boris Becker für die deutsche Davis-Cup-Mannschaft.

Ohne Becker, Westphal, Maurer und Schwaier fehlten zwar die Topstars, mit denen sich die knapp 10 000 Zuschauer hätten identifizieren können. Aber der überzeugende Auftritt von Steffi Graf aus Heidelberg gab dem Wettbewerb einen Hauch von Weltklasse. Turnirdirektor Peter Dimckels konnte den Etat von 425 000 Mark mit Hilfe von Sponsoren und der Beteiligung des Verbandes (70 000) abdecken und lag aufgrund des hohen Zuschauerinteresses „25 Prozent über der Kalkulation“. Die Konsequenz: Bis 1987 wird das Turnier weiter in Mainz ausgetragen.

Den beeindruckenden Siegeszug von Steffi Graf, die ohne Satzverlust das Finale im Damen-Einzel erreichte, konnte auch die 24 Jahre alte Königsteinerin Eva Pfaff nicht stoppen. Die ehemalige Hallenmeisterin (1980/82/83) gab sich nach 63 Minuten mit 1:6, 6:7 geschlagen. „Steffi war für mich einfach zu stark.“ In der Herrenkonkurrenz zählten die Namen der Altstars wie Gehring, Beutel oder des in der ersten Runde geschiedenen Titelverteidigers Pfannkuch nichts mehr. Das Finale mit dem 20 Jahre alten Jelen und dem ein Jahr älteren Christian Geyer (Hamburg) stand für den Wechsel: Nicht nur Boris Becker hat die älteren Spieler überholt.

Pilić hatte mit seiner frühzeitigen Nominierung des Davis-Cup-Teams gegen Mexiko mit Becker, Westphal, Schwaier, Maurer, Meinecke und Osterthun für die eigentliche Über-

schung in Mainz gesorgt. Der an Nummer eins gesetzte Hamburger Ricki Osterthun „ist einer“, so Pilić, „der in Zukunft den Platz neben Boris Becker einnehmen soll“. Beckers bisheriger Doppelpartner Maurer reagierte prompt, verzichtete auf seine Nominierung für den Kingscup Ende Januar in London gegen England und die CSSR und „steht auch für den Davis-Cup im März in Mexiko zur Verfügung“. Er sagt: „In der aktuellen Situation will ich meinen Platz einem Jüngeren zur Verfügung stellen.“

Für Maurer erhielt Jelen (Pilić: „Er hat einen hervorragenden Aufschlag und viel Gefühl“) drei Jahre nach seinem letzten Kingscup-Auftritt wieder eine Chance, nachdem er sich im Halbfinale gegen seinen Vereinskameraden Udo Riglewski durchgesetzt hatte. Pilić: „Ich habe vorher entschieden, daß der Sieger dieser Partie nominiert wird.“ Osterthun („Bisher hat mir das kein Offizieller bestätigt“) war von seiner Nominierung ebenso überrascht wie sein ehemaliger Vereinskamerad Meinecke.

Bei der Frage, ob er eine Zukunft für das Doppel sehe, wollte sich Osterthun nicht festlegen. „Ich will im Einzel unter die ersten 50 der Welt rangliste und im Doppel mit Meinecke im Sommer viele Turniere spielen“, sagte der 21-jährige, der aufgrund seines Doppel-Ranglistenplatzes in der Computer-Rangliste auf Grand-Priz-Turnieren keine Chance hätte, mit Becker in der Hauptrunde zu spielen und für den Davis-Cup dringend notwendige Praxis zu erwerben.

Osterthun/Meinecke - beide spielten zehn Jahre in Hamburg zusammen - gewannen das Doppel-Finale mit 2:6, 6:4, 6:4 und bestätigten ihre Nominierung von Mexiko. Aber mit ihren Kontrahenten Jelen und Kühnen, den Becker-Betreuer Bosch schon lange als großes Talent mit Zukunft preist, stand vielleicht schon die Doppelpaarung der Zukunft auf dem Platz.

Kohde „enorm konstant“

sid/dpa, Washington

Claudia Kohde aus Saarbrücken, Deutschlands Tennisspielerin Nummer eins, stellte ihre Klasse auch beim Turnier von Washington unter Beweis. Im Viertelfinale schlug sie die in Florida lebende Bettina Bunge 6:4, 7:5 und trifft nun auf Navratilova (USA). Bettina Bunge sagte: „Nach dem miserablen letzten Herbst war das schon ganz gut für mich. Wenn ich nochmals ganz nach vorn kommen will, dann muß es wohl in diesem Jahr passieren.“ Über Claudia Kohde sagte sie: „Sie ist enorm konstant geworden, sie lebt nicht mehr

allein vom Aufschlag und den Volleys, sondern hat sich auch in den Passierschlägen stark verbessert.“

In hervorragender Form für das morgen in New York beginnende Masters-Turnier präsentierte sich der Welttranglisten-Erste Ivan Lendl. In Atlanta schlug er den Amerikaner Jimmy Connors 6:2, 6:3.

Die Amerikaner Ken Flach/Robert Seguso konnten in London ihren Titel als Doppel-Weltmeister nicht verteidigen. Sie unterlagen in der Vorrundensrunde den Wimbledon-Siegern Günthardt/Tarascy (Schweiz/Un-garn) 5:7, 6:3, 3:6 und 6:7.

NACHRICHTEN

Start mit Platz vier

Carlsbad (GAB) - Bernhard Langer (Anhausen) begann die neue amerikanische Golf-Tour mit einem vierten Platz beim „Turnier der Sieger“ in Carlsbad/Kalifornien. Für seine 69+69+71+70=279 Schläge bei Par 72 kassierte er 22 000 Dollar. Den Sieg und 90 000 Dollar holte sich Calvin Peete mit 68+67+64+68=267 klar vor seinen US-Kollegen Mark O'Meara 74+65+67+71=273 und Phil Blackmar 74+68+66+69=227.

Diamond Way siegte klar

Düsseldorf (sid) - Mit deutlicher Mehrheit wurde „Diamond Way“, der Sieger des Deutschen Derbys, zum „Traber des Jahres 1985“ gewählt. 81,5 Prozent der Rennbahnbesucher des Jahres 1985 entschieden sich für den Hengst, dessen Anteilseigner Springreiter-Olympiasieger Alwin Schockemöhle ist. „Diamond Way“ ist mit 1 188 900 Mark der gewinnreichste deutsche Traber aller Zeiten.

Mainz erneut Meister

Mainz (sid) - Titelverteidiger TV Mainz-Zahlbach steht vorzeitig als deutscher Mannschafts-Meister im Badminton fest. Mainz siegte am vorletzten Spieltag der Bundesliga mit 5:3 bei Bayer Uerdingen und ist mit 25:1 Punkten von der Tabellenspitze nicht mehr zu verdrängen.

Vienna Wien will Kempes

Wien (sid) - Im österreichischen Fußball bahnt sich ein spektakulärer Wechsel an: Mario Kempes, 1978 mit Argentinien Weltmeister und Torschützenkönig, soll den Zweitligaklub Vienna Wien verstärken. Der 31 Jahre alte Kempes steht noch beim spanischen Erstligaverein Hercules Alicante unter Vertrag, könnte aber die Freigabe erhalten, wenn keine Abstiegsgefahr mehr besteht.

Nur im Finale verloren

Paris (sid) - Europameister Alexander von der Groeben aus Wolfsburg war der erfolgreichste unter fünf deutschen Teilnehmern beim internationalen Judo-Turnier in Paris. In der Klasse über 95 Kilogramm verlor er erst im Finale durch Kampfrichterentscheid gegen den Franzosen Christian Vachon.

Olga Nemes schied aus

Paris (sid) - Olga Nemes vom Deutschen Meister ATSV Saarbrücken ist im Einzel-Wettbewerb des Tschentens-Erdteilkampfes Europa - Asien in Paris im Viertelfinale nach einer 15:21 und 18:21-Niederlage gegen die chinesische Doppel-Weltmeisterin Dai Lili ausgeschieden.

Noch ein Motorrad-Unfall

Zürich (sid) - Nach dem tödlichen Unfall des japanischen Motorradfahrers Yasuo Kaneko ist erneut ein Teilnehmer der 8. Rallye Paris-Dakar schwer verunglückt. Der Franzose Jean-Michel Baron (Honda) liegt nach einem Sturz im Koma. Er war auf der Etappe von Agadem nach Zinder (Niger) bei rund 150 km/h von einem Loch in der geteerten Straßendecke überrascht worden und hatte die Gewalt über sein Fahrzeug verloren.

Deutlicher Auftakt-Sieg

Leningrad (sid) - Zum Auftakt des Granatidin-Fußball-Turniers in Leningrad (UdSSR) siegte die deutsche Fußball-Nationalmannschaft der Junioren (unter 18 Jahre) mit 4:0 über die USA und übernahm damit gleich die Tabellenführung im Feld der sechs Mannschaften. Der Kaiserslauterner Eichenauer erzielte zwei Tore, Möller (Frankfurt) und Laubinger (HSV) trafen je einmal.

Neuer Vertrag für Götz

Maspalomas/Gran Canaria (dpa) - Mittelfeldspieler Falko Götz (23) bleibt bis 1988 beim Fußball-Bundesligaklub Bayer Leverkusen. Der 1983 in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtete ehemalige Junioren-Auswaispieler der „DDR“ unterschrieb einen neuen Zwei-Jahres-Vertrag.



Delta fliegt nach über 100 USA-Städten.

Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegen Sie mit Delta durch die USA. Buchen Sie Deltas Nonstop-Flüge von Frankfurt nach Atlanta. Delta Air Lines startet auch ab Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth. Von dort aus haben Sie bequeme Anschlussflüge nach über 100 Städten in ganz USA. Und auch ab New York und Boston hat

Delta täglichen Service in fast alle Städte der USA. Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie unser Delta-Büro in Frankfurt an. Ruf: 069/ 256030. Telex: 416233. Deltas Ticket Office befindet sich in der Friedensstr. 7, 6000 Frankfurt/Main. Ab 28. April 1986 fliegt Delta ab München und Stuttgart nach Atlanta und ab 8. Mai ab Shannon.

Delta. The airline run by professionals.

Moskauer Bühne bringt Stück über Juden-Emigration

DW, Moskau

Das Thema der jüdischen Auswanderung aus der Sowjetunion ist in der UdSSR zum erstenmal in einem relativ vorurteilsfreien Stück bühnenreif geworden. Vor ausverkauftem Haus gibt das Moskauer Stanislavsky-Theater zur Zeit das Stück „Scholem Aleichem-Straße 40“ des einheimischen jüdischen Autors Arkady Stawitski. Schon der Titel ist symbolisch: Der in der Ukraine geborene Scholem Aleichem ist ein Klassiker der jiddischen Literatur.

„Scholem Aleichem-Straße 40“ zeigt eine jüdische Familie, deren beide Söhne – ein Chirurg und ein Wissenschaftler – und deren Tochter wegen beruflicher Unbill gegen den Willen der Eltern nach Israel auswandern und die Eltern mitnehmen wollen. Inszeniert wurde die Aufführung von Alexander Towstonogow, der sich bereits mit „Noe und seine Söhne“, einer beißenden Satire auf den verstorbenen Krenl-Chef Leonid Breschnew, hervorgetan hat.

Gleich anfangs proklamiert der Spielleiter, daß „in dieser unruhigen Welt das Theater keine Sorge und kein Leid außer acht lassen darf“ und der Inhalt des Stückes „sich bereits zugetragen hat und sich wiederholen kann“. Das Stück wimmelt nur so von kritischen Bemerkungen über das Leben in der Sowjetunion, wo „die Zeitungen nicht immer die Wahrheit sagen“ und „wo es schwierig ist, ein Dach reparieren zu lassen, als einen Sputnik zu starten“.

Auch die Lage der Juden wird bloßgelegt. Der Chirurg verlor seine Anstellung, nachdem er ein Ausreisevisum beantragt hatte. Er ist überzeugt, daß er es in seinem Beruf nicht weit brachte, weil ich nicht ganz blond bin“. Jenia, der Tochter des Wissenschaftlers, sind „zwei Dinge verhaßt: Aberglauben und Anti-Semiten“, womit ausgesprochen wird, daß in der Sowjetunion Anti-Semitismus kein leeres Wort ist. Die Nachbarn weigern sich, ein Buffet, von dem die Mutter sich schwer trennen kann, in Obhut zu nehmen, weil das Möbelstück „anti-sowjetisch ist“. Fjodor will Jenia an den Flughafen begleiten zum großen Kummer seines Vaters, der ihm zu bedenken gibt, daß dies seiner Karriere schaden kann, denn – so warnt der Vater – „vergiß nicht, daß Du ein Jude bist“.

Das Kabinett, SDI und der „Limonadenbeschluß“

P. SCHMALZ/DW, München/Bonn

In der CSU herrscht weiterhin Verwirrung über die Art und Weise, wie der Komplex um das amerikanische SDI-Programm von der Bundesregierung behandelt wird. Der bayerische Koalitionspartner sieht einseitig im FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann nicht den geeigneten Verhandlungsführer, nachdem er bei der CSU eher den Eindruck erweckt, zu SDI in Distanz zu stehen, zum anderen bemängelt die CSU den vom Kabinett vorgegebenen Verhandlungsauftrag als zu schwammig. Es wäre wünschenswert gewesen, so meinte CSU-Landesgruppenvorsitzender Theo Waigel vor der Presse, den Beschluß „etwas klarer und präziser“ zu fassen. Auf der Klausurtagung in Kreuth drückte sich Parteichef Franz Josef Strauß drastischer aus und nannte das Kabinettspapier einen „Limonadenbeschluß“. Im Deutschlandfunk kritisierte Strauß den Beschluß als „mangelhaft definiert und falsch formuliert“.

Die Vorbehalte gegen den freide-mokratischen Koalitionspartner spielte Waigel in der Öffentlichkeit mit der Bemerkung herunter, Bangemann habe klar erklärt, er werde sich an seinen Auftrag halten und er, Waigel, habe keinen Anlaß, an seiner Ehrlichkeit und Lauterkeit bei dieser Aussage zu zweifeln.

Abschluß noch vor Ostern

Die CSU drängt weiterhin auf Eile. Es sei Geschäftsgrundlage im Kabinett gewesen, meinte Waigel, daß noch vor Ostern ein substantielles Rahmenabkommen abgeschlossen wird. Sollte in dieser Zeit ein allgemeines Technologieabkommen mit den USA nicht möglich sein, dann müßten die SDI-Verhandlungen abgekoppelt und selbständig noch vor Ostern abgeschlossen werden. Waigel beruft sich dabei auf Äußerungen des Bundeskanzlers im Kabinett. Ein SDI-Sonderabkommen sollte Technologietransfer, Preisgestaltung und Geheimhaltungsregeln.

Strauß beschrieb als das notwendige Ziel deutsch-amerikanischer Verhandlungen über eine Raketenabwehr im Weltraum ein staatliches Rahmenabkommen. Dieses solle nicht nur die Interessen deutscher Firmen abdecken, sondern auch die deutschen Forschungsinteressen ein-

beziehen. Vor allem aber müßten die militärischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland in den Gesprächen berücksichtigt werden, sagte Strauß. Der CSU-Politiker: „Wir haben doch keinen Grund, unsere militärischen Interessen zu verschweigen.“ Die Deutschen müßten erkennen, „daß wir in eine größere nationale, kontinentale globale Verantwortung eintreten“ müßten. Je mehr die Bundesrepublik Front gegen das amerikanische SDI-Projekt mache, desto mehr würden die Sowjets ermuntert, neue Bedingungen zu stellen.

„Absurde Abtrennung“

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, nannte die künstliche Abtrennung von Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen „absurd“. Man könne nicht technologische Erfolge einheimen, „ohne die sicherheitspolitische Zecche zu zahlen“. Außerdem hätte die USA den Technologietransfer in jüngster Zeit in einer Weise beschränkt, daß „die wirtschaftlichen Sehnsüchte naiv“ seien.

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Joachim Langmann, hat die Befürchtung des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Franz Schoser, zurückgewiesen, eine SDI-Beteiligung könnte den Osthandel beeinträchtigen. „Es ist für mich unerfindlich, wie eine Rahmenvereinbarung mit den Amerikanern aus eigenem Antrieb und vollkommen privatwirtschaftlich handelnder deutscher Firmen die grundsätzliche Position der Bundesrepublik berühren oder das Ostgeschäft tangieren könnte“, sagte Langmann in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Er forderte die deutschen Unternehmen auf, eine Mitarbeit an SDI „ernsthaft“ zu erwägen. Langmann: „Durch Verweigerung können wir SDI nicht stoppen.“ Er sehe ein Interesse nicht nur bei Großunternehmen, „auch mittleren Unternehmen mit hoher technischer Spezialisierung bieten sich Chancen“.

Die Aufforderung der USA zur Mitwirkung an Teilprojekten sei „ein Beweis für die deutsche industrielle und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit“, sagte der BDI-Präsident.

Strauß rät Bonn zu Sanktionen

Rühe: USA sollten nachdenklich werden / „Gemäßigte im Nahen Osten nicht verprellen“

DW, Bonn

Anders als die Bundesregierung tritt der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß dafür ein, das Regime Khadafi in Libyen wegen der Unterstützung palästinensischer Terroraktivitäten mit einem Wirtschaftsboykott zu bestrafen. In einem Interview des Deutschlandfunks widersprach Strauß damit offen der erklärten Absicht der Bundesregierung, die von Präsident Reagan angekündigten Sanktionen nicht zu unterstützen. Die Bundesregierung hatte von einer Wirkungslosigkeit solcher Maßnahmen gesprochen und unter Anspielung auf die rund 1500 Deutschen in Libyen erklärt, es müßten auch die besonderen deutschen Interessen berücksichtigt werden.

Strauß im Deutschlandfunk: „In einem sollten wir die Amerikaner unterstützen, und zwar ohne Wenn und Aber: denen, die den Terrorismus mit Bomben an Menschen in Europa und in der ganzen Welt finanzieren, den Geldhahn zuzudrehen durch Nichtabnahme ihrer Produkte.“ Differenziert, aber nicht generell ablehnend äußerte sich der CSU-Chef zur Frage einer militärischen Aktion der USA. Er erinnerte an die „unglückliche Haltung“ der USA im Libanonkonflikt, und erklärte, er glaube nicht, daß die Amerikaner in Libyen

denselben Fehler machten. Wenn aber, dann müsse so etwas gründlicher vorbereitet sein.

Diese Äußerung von Strauß und eine andersgeartete Bemerkung des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rübe zeigen, daß sich die Union in der Bewertung der Reagan-Maßnahmen uneinig, zumindest unsicher ist. Rübe lehnte Wirtschaftssanktionen gegen Libyen entschieden ab. In einem Interview für „Sonntag Aktuell“, eine von früheren südwestdeutschen Verlagen herausgegebene Wochenendausgabe, schrieb der CDU-Politiker, es müsse die USA nachdenklich machen, daß sich arabische Regierungen, die ihnen im Prinzip sehr positiv gegenüber stünden, in die Solidarität mit Libyen begeben hätten. Anstelle von Strafmaßnahmen müßten sich Europäer und Amerikaner vielmehr darum bemühen, einen Differenzierungsprozeß im Nahen Osten einzuleiten. Rübe: „Wir müssen die USA davon überzeugen, wie wichtig eine politische Initiative im Nahen Osten ist, die sich an die besonnenen und gemäßigten arabischen Staaten wendet und sie nicht vor den Kopf stößt.“

Im Mittelpunkt der Debatte über die Maßnahmen gegen Libyen stand am Wochenende die Frage, was es für das amerikanisch-europäische Ver-

hältnis bedeuten würde, wenn die Europäer die Sanktionspolitik nicht mittragen sollten. In einem Interview mit fünf europäischen Zeitungen erklärte Reagan, eine Belastung wäre nicht zu erwarten. Amerikas Partner sollten aber daran denken, daß es sich um eine Frage der Moral handele. „Sehr überrascht“ zeigte sich der Präsident über die Bemerkung des Senators Mettenbaum, es sei zu überlegen, ob Khadafi nicht „eliminiert“ werden könne. Reagan: „Man begegnet einem Khadafi nicht auf seiner Ebene. Man kann nicht Terrorismus mit Terror beantworten.“

Unter den europäischen Regierungen hat sich bisher lediglich Italien, zu einem Waffenlieferungsstopp gegen Libyen bereit gefunden. Kanada kündigte eine Reihe von Maßnahmen an, die kanadische Firmen künftig darin hindern, mit Libyen Geschäfte zu machen. Der christdemokratische niederländische Regierungschef Lubbers gab bekannt, sein Land wolle sich auf einer von Frankreich, Griechenland und Italien beantragten Sondersitzung der EG-Außenminister, die voraussichtlich am 21. Januar in Den Haag stattfinden soll, für eine Unterstützung des italienischen Embargos stark machen. Die Niederlande haben derzeit den EG-Vorsitz inne.

Der Papst warnt vor Vergeltung

In der Völkergemeinschaft kein Platz für Staaten, die sich „mit dem Terrorismus einlassen“

DW, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat die Auffassung vertreten, die Vereinten Nationen sollten Staaten, die sich „mit dem Terrorismus einlassen“, nicht als UNO-Mitglieder dulden. Sie setzten sich über die Prinzipien und Regeln der UNO-Charta hinweg, sagte der Papst in seiner Jahresansprache zur Außenpolitik vor dem im Vatikan akkreditierten diplomatischen Korps.

Gleichzeitig sprach sich Johannes Paul gegen Vergeltungsschläge nach Massakern an unschuldigen Opfern aus. Repressalien würden „erneut Unschuldige treffen“ und die Spirale der Gewalt fortsetzen. Vergeltungsakte, so der Papst, vermittelten nur die Illusion einer Problemlösung und verhinderten eine moralische Bloßstellung der Terroristen.

Das Oberhaupt der katholischen Kirche prangerte nachdrücklich den „Terrorismus innerhalb der Länder und den internationalen Terrorismus“ an. Er führte aus, heute habe man es mit einem „furchterregenden Netz von Leuten“ zu tun, die nicht zögerten, eine große Zahl Unschuldiger zu töten, um Panik zu szen und auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Häufig treffe der Terrorismus Länder, die nicht in diese Probleme verwickelt seien, sagte Johannes Paul in Anspielung auf die jüngsten Anschläge von Rom und Wien. Solche Taten verdienten „absolute und einstimmige Verurteilung“, ebenso wie das „barbarische Vorgehen“ der Geiselnahme und Erpressung. Alle seien „Verbrechen gegen die Menschheit“.

Zur Lage im Nahen Osten sagte der Papst, man stelle immer neue Ver-

handlungshypothesen auf, ohne daß je der „entscheidende Punkt“ erreicht werde, an dem die „Rechte aller betroffenen Völker wirklich anerkannt werden“.

Der Papst verurteilte darüber hinaus eine „andere Form des systematischen Terrors“. Dieser stütze sich auf ein „ganzes geheimpolizeiliches System“ und mache die Freiheit und Bürgerrechte für Millionen von Menschen zunichte. Sie würden als „schuldige“ betrachtet, weil sie sich der herrschenden Ideologie nicht unterwerfen wollten.

In diesem Zusammenhang erklärte der Papst, die in Jalta beschlossene Spaltung Europas in Ost und West sei nicht akzeptierbar. Der Geist von Helsinki müsse weiterentwickelt werden.

Kabul wandelt Geheimpolizei in Ministerium um

rt, Islamabad

Die afghanische Regierung hat ihre Geheimpolizei Khad zum Ministerium für Staatssicherheit umgewandelt. Nach einer Meldung von Radio Kabul wurde ein entsprechender Er-läß des Präsidiums des Revolutionsrates auf einer Versammlung anläßlich des sechsten Gründungstages des Geheimdienstes in Kabul verlesen. Der Khad ist eine der wichtigsten Waffen der afghanischen Behörden im Kampf gegen den Widerstand. Seit der sowjetischen Invasion im Jahre 1979 ist die afghanische Geheimpolizei erheblich verstärkt worden. Zu ihren Aufgaben gehört mittlerweile auch die Unterwanderung moslemischer Widerstandsgruppen in Afghanistan.

Walesa: Warschau kann nur zerstören

AFP/AP, Warschau

Das Mitglied der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc“ (TKK), Bogdan Barusiewicz, ist in Danzig von der Polizei verhaftet worden. Barusiewicz, der die TKK in Danzig leitet, wurde nach Angaben der polnischen Nachrichtenagentur PAP wegen seiner „gegen die vitalen Staatsinteressen gerichteten Aktivitäten“ festgenommen. Die Verhaftung Barusiewiczs ist ein Schlag für die regionale Organisation der verbotenen Gewerkschaft in Danzig. Barusiewicz hatte dort die Leitung von „Solidarnosc“ übernommen, nachdem Bogdan Lis, der zuvor die regionale Gewerkschaftsführung innehatte, 1984 ebenfalls verhaftet und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war.

Arbeiterführer Lech Walesa bezeichnete in einem Telefongespräch Barusiewicz als außergewöhnlichen Kämpfer für die Menschenrechte. Walesa sagte, die Geschichte Polens sei für mehr als ein Jahrhundert vom Kampf der besten Söhne des Landes geprägt, doch drohe ihnen nur Gefängnis oder in jüngerer Zeit sogar der Tod. Nach seinen Worten sei die Führung jedoch weder gesellschaftlichen Rückhalt noch ein Programm, um das Land aus der Krise zu führen. „Sie können zerstören, aber nicht aufbauen“, sagte der Friedensnobelpreisträger.

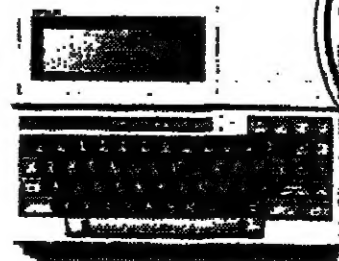
DANKE. **Wir machen weiter!**

1985: Der EPSON PX-4 ist Hand-Held Computer des Jahres.

1983: Der EPSON HX-20 wird Hand-Held Computer des Jahres.

1982: EPSON bringt den ersten Hand-Held Computer auf den Markt, den EPSON HX-20.

Die Entscheidung ist gefallen. Die siebenköpfige Jury, Fach-Journalisten aus sechs europäischen Ländern und den USA, wählte den EPSON PX-4 zum Hand-Held Computer des Jahres. Die logische Fortsetzung bester EPSON-Tradition. Und eine Herausforderung: Wir machen weiter!



Auf Erfolgskurs. Nicht nur mit dem größten – und jetzt auch meistprämiierten – Angebot an Hand-Helds, sondern auch mit der umfangreichen Software dazu.

EPSON Drucker + Computer.



EPSON

Technologie, die Zeichen setzt.

هكذا من الأهل

Kabul war
heimat
Ministerie

Verwirrspiel bei Saarstahl

I.G. - Man prüfe die Vorteile, aber ein Konzept sei noch nicht da. Auf so dilatorisches Beschränken sich jetzt vor der Presse Thyssens Edelstahlchef zu der Frage, ob die fünf großen deutschen Stahlkonzerne eine Beteiligung an Arbed Saarstahl betreiben. Nur auf den ersten Blick paßt das zu der nun im Saarland kursierenden Ansicht, solches Interesse habe sich inzwischen verflüchtigt. Zur Anlehnung der kranken Firma an einen industriellen Partner, den von Frankreichs verstaatlichter Stahlindustrie majorisierten Nachbarn Dillinger Hütte, gebe es keine Alternative.

In Wahrheit sind die „zu prüfen“ auf öffentlicher Bühne ein Verwirrspiel ab, während in der Kulisserie intensiv um eine „deutsche Lösung“ für den Saarstahl-Kurs gerungen wird. Denn zumal das Konzern-Quintett hat gute Gründe, den Westwärts-Drift dieses großen Profitaltproduzenten zu fürchten.

Es gehe darum, heißt es in der Kulisserie, den bislang dank haushälterischer Subventionen bis an die Grenze der Barverluste preisaggressiven Konkurrenten einzufügen. Als Dependence von Frankreichs verstaatlichtem Saarstahl könnte er zu Lasten von Ruhr-Arbeitsplätzen sein Hasardspiel fortsetzen. Doch erst nach Vorlage eines stringenten Saarstahl-Sanierungskonzepts

(Entschuldigung und Personalabbau) will sich die Ruhr an der Saar engagieren. Vorher wäre es ein Freibrief für Nichtstun in einer auch an der Saar noch auf Kapazitätsabbau angewiesenen Stahlwelt.

Autokonkurrenz

J. Sch. - Frankreich brachte der ausländischen Automobilindustrie auch letztes Jahr durchweg gute Geschäfte. Obwohl die Pkw-Zulassungen gegenüber 1984 um insgesamt 0,5 Prozent zurückgingen, legten die Importwagen 2,5 Prozent zu. Ihr Marktanteil erhöhte sich dadurch von 35,9 auf 36,6 Prozent und erreichte einen neuen Rekord. Der Einfuhrboom setzte sich also trotz der schlechten Konjunktur weiter fort. Dies ist zum Teil die Folge der auf drei Prozent der Gesamtzulassungen beschränkten Importe aus Japan. Der französische Autarkt ist damit weltweit der einzige geblieben, auf dem es praktisch keine japanische Konkurrenz gibt. Dieser französische Protektionismus erweist sich nicht zuletzt für die deutsche Automobilindustrie als segensreich. Die monatlichen Verluste von über eine Milliarde Franc beim staatlichen Renault-Konzern sind sicherlich ein Grund für diesen Protektionismus. Der private inwärtige weitgehend sanierte Peugeot-Konzern konnte zwar 5,2 Prozent zulegen. Aber das reichte nicht aus, um die Ausländer in Schach zu halten. Ohne den japanischen Hecht im französischen Karpenfeld dürfte das so bleiben.

Auf langsamer Fahrt

Von ERWIN SCHNEIDER

Alle Prognosen für die Entwicklung des deutschen Güterverkehrs bis zur Jahrtausendwende haben eine optimistische Grundtendenz - die Wachstumsraten sollen die des realen Bruttoinlandsprodukts überschreiten und werden mit 30 Prozent angesetzt. Der Schwerpunkt liegt im internationalen Verkehr. Nur für die Binnenschifffahrt ist im nächsten Jahrzehnt Stagnation bis sehr moderates Wachstum vorausgesehen.

Dies geschieht vor dem Hintergrund des Verfalls von Ladung und Schiffsraum in den letzten beiden Jahrzehnten. Der Höhepunkt der deutschen Binnenschifffahrt datiert aus den siebziger Jahren, als über 250 Millionen Tonnen Güter befördert wurden. Dann ging es bergab. Zwar wurde der Trend mit dem allgemeinen konjunkturellen Aufschwung 1984 noch einmal gestoppt, aber schon für das letzte Jahr wurde kein Wachstum registriert, so daß das Ladungsaufkommen unter 240 Millionen Tonnen blieb.

Allerdings bei sinkendem Frachtraumangebot. Lag die Kapazität der deutschen Binnenschifffahrt Anfang der sechziger Jahre noch über fünf Millionen Tonnen, so ist sie mittlerweile auf nur noch 3,4 Millionen Tonnen zusammengeschrunken. Der Frachteinbruch fand beim Massengutverkehr statt, das noch weiter an Bedeutung verlor. Andererseits nimmt in der modernen Industriegesellschaft der Anteil an hochwertigen Transportgütern zu, die immer schneller zum Empfänger befördert werden müssen. Um sich an diesem Markt zu profilieren, werden auch in der Binnenschifffahrt die modernen Verkehrstechnologien wie der Container oder RoRo (Roll on/Roll off) forciert.

Aber das Problem der Menge ist gegenüber den Ertragsprognosen der noch knapp 1800 deutschen Unternehmen von geringerer Bedeutung. Nur im Binnenmarkt sind die Frachten noch auskömmlich. Aber auch hier drohen dem festen Tarifgefüge Probleme, weil nicht nur die deutschen Seehäfen im Hafenhinterlandverkehr auf freie Frachthandlung drängen.

Im grenzüberschreitenden Binnenverkehr dagegen ist durch die Überkapazität - vor allem der hochsubventionierten niederländischen

Flotte, die nach dem Motto: „Einheitlichkeit, Freiheit, Gleichbehandlung“ der Mannheimer Akte von 1886 freien Zugang zum Rhein hat - die Ertragslage alles andere als rosig. Der Ertragsverfall hat in der traditionell vorwiegend mittelständisch strukturierten Branche ein duales System erzwingen. Auf dem Rhein, der wichtigsten europäischen Wasserstraße, dominieren die großen Verbände der vielfach in Konzernen aufgeführten Reedereien mit mittlerweile Sechser-Schulereinheiten, die in diesem Jahr erprobt werden. Die noch gut 1000 Partikuläre, die Einschnittbetriebe, füllen die Marktlücken oder fahren in festem Reederauftrag.

Hoffnung setzen die deutschen Binnenschiffer auf den Zwang zur Liberalisierung in Europa nach dem Auftrag der Europäischen Kommission. Bis 1992 soll sie verwirklicht sein. Die Deutschen bieten dafür die Mannheimer Akte, die den Rhein zum einzigen freiheitlichen Verkehrsraum in Europa gemacht hat, als Vorbild an.

Diese einseitige Freiheit auf dem Rhein hat allerdings den ruidosen Wettbewerb noch verstärkt, weil die Bedingungen jenseits der Grenzen nicht mit denen der Bundesrepublik konform gehen. Bundesverkehrsminister Dollinger will deshalb eine Verknüpfung von Liberalisierung und Harmonisierung in Kürze durchsetzen.

Das bedeutet aber, daß eine der Hauptforderungen der deutschen Branche erfüllt werden muß: keine Störung des Marktes von außen, wie zum Beispiel durch den staatlichen Einfluß in den Niederlanden, wo der Neubau von Frachtschiffen mit Prämien zwischen 12 und 18 Prozent der Investitionssumme gefördert wird. Das hat zur Folge, daß in der Bundesrepublik Jahr für Jahr Tonnage abgewrackt wird und bei den Nachbarn die Kapazität in den letzten sechs Jahren noch um eine Million auf mittlerweile fast fünf Millionen Tonnen aufgestockt wurde.

Mit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals drohen neue Gefahren. Dann führt in den neunziger Jahren die rote Flotte des Ostblocks bis zum Rhein durch. Das Unbehagen der deutschen Binnenschiffer ist mit der Aussicht auf neue Konkurrenz natürlich sehr groß.

KONJUNKTUR / Sparkassenpräsident Geiger zeigt sich ungewöhnlich optimistisch

Auch die Bauwirtschaft dürfte die Talsohle bald durchschritten haben

Ungewöhnlich optimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr ist der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger. Er rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 bis vier Prozent, also gut einem Prozentpunkt mehr als die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und der Sachverständigenrat. Nach seiner Meinung hat selbst die Bauwirtschaft ihr Tief durchschritten. Dabei warnt er davor, sich von der Steuerreform zuviel zu versprechen.

„Ich glaube, daß das Wirtschaftsjahr 1988 gut laufen wird, weil die deutsche Wirtschaft ihre Situation im Export gefestigt hat, weil auch im Inland das Vertrauen der Verbraucher wieder zunimmt und weil die Gesamtsituation im Augenblick recht günstig ist.“ Das erklärte Helmut Geiger in einem Interview mit dem Sender Freies Berlin. Seine Erwartung eines Wirtschaftswachstums zwischen 3,5 und vier Prozent begründet er damit, daß der Export weiter gut laufe, daß die privaten Verbraucher wieder etwas mehr Mut gegen die Längerefristige Abschwächung hätten und daß es in der Bauwirtschaft etwas beraufgebe.

Allerdings bleibe es bei erheblichen regionalen Differenzierungen in der Bundesrepublik. Berlin, wo sich zukunfts- und exportorientierte Industrien verstärkt niedergelassen hätten, werde mindestens im Bundesdurchschnitt liegen.

Die eigenen Prognosen der Bauwirtschaft hält Geiger für „einen Schlag zu pessimistisch“. Da er Einblick in die Planungen der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise habe, könne er feststellen, „daß die Investi-

tionsfreudigkeit bei den kommunalen Körperschaften wieder zunimmt“. Da die Wirtschaft verstärkt Erweiterungsinvestitionen vornimmt, müßten auch neue Gebäude erstellt werden.

Die Zinsen, die im mehrjährigen Vergleich relativ niedrig sind, seien für die Investoren und Hausbauer relativ günstig. Wenn sich diese Erkenntnis weiter herumsprechen sollte, dann könnte die Bauwirtschaft „aus dem Tief wenigstens langsam wieder herausklettern“. Jedenfalls müsse in diesem Sektor nicht mehr mit Minuszahlen gerechnet werden, die im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Entwicklung nach unten gezogen hätten.

Potentiellen Bauherren rät Geiger, „möglichst rasch zuzugreifen“, weil es günstiger für ihn kaum noch werden dürfte. Die Baulandpreise hätten sich auf einem verminderten Niveau stabilisiert, seien zurückgegangen. Die Baupreise seien relativ stabil, die Zinsen niedrig.

Gefahren im Inland sieht Geiger, falls wieder Arbeitskämpfe ausbrechen würden. Allerdings rechnet er gegenwärtig nicht mit schwerwiegenden

den Konflikten. Im Ausland sei die Lage nach wie vor außerordentlich unsicher, da nicht feststehe, welche Politik die USA weiter verfolgen werden, wie sie ihre großen Haushalts- und Außenhandelsdefizite unter Kontrolle bringen wollten.

Den gegenwärtigen Sparerfreibetrag von 800 Mark bezeichnete Geiger als zu niedrig. Er müsse bei der nächsten Steuerreform so erhöht werden, daß die Masse der Sparer nicht besteuert werde. „Was dann also mit dem Rest gemacht wird, mit den Leuten, die eben höhere Kapitaleinkünfte haben, das muß im politischen Raum nochmals verhandelt werden.“ Geiger hält von einer Quellensteuer, also von der Abführung der Steuern wie bei der Lohnsteuer durch die Kreditinstitute, nichts, weil ausländische Erfahrungen zeigten, daß dadurch die Kapitalflucht angeregt würde.

Für die Steuerreform in den 90er Jahren begt Geiger drei Erwartungen: Zum einen müsse der Eintritt der Besteuerung später, also jenseits des Existenzminimums beginnen. Weiter müßte der Tarif, dessen Progression trotz der jetzt vorgenommenen Korrekturen gerade bei mittleren Einkommen nach wie vor zu steil verlaufe, durch einen durchgehend progressiven Tarif ersetzt werden. Drittens müsse der Spitzensteuersatz gesenkt werden. Denn die steuerliche Belastung vor allem der mittelständischen Unternehmen, die bei 65 bis 70 Prozent liege, sei zu hoch.

US-AKTIENMÄRKTE

Leichte Nachbeben zeigen: Eruption ist überstanden

H.A. SIEBERT, Washington
Die US-Aktienmärkte haben eine aufregende Woche hinter sich. Am Dienstag stellte das Edelmetallbarometer, der Dow-Jones-Industrie-Index, mit 1565,71 Punkten einen neuen Rekord auf. Am Mittwoch fiel er wie ein Stein um 39,10 Punkte - in absoluten Zahlen das höchste Minus seit dem „Großen Krach“ 1929. Kein Wunder, daß entervie Kleinanleger ebenfalls ausstiegen, was dann zu Kursstürzen auch bei zweitklassigen Papieren führte.

Zieht man Bilanz, dann ist der populäre „Dow“ im Wochenverlauf um 35,67 (Freitag: minus 4,70) auf 1513,53, der Standard & Poor's 500 um 4,92 (minus 0,15) auf 205,96 und der umfassende Nyse-Index um 2,68 (minus 0,05) auf 118,82 Punkte gesunken. Die Einbrüche vollzogen sich mithin auf breiter Front, wobei sogar IBM wieder unter die vorher durchstoßene Schallgrenze von 150 (Freitag: 148,5) Dollar sackte. Aus den leichten Nachbeben ist jedoch zu schließen, daß die eigentliche Eruption erst einmal überstanden ist.

Ein Vergleich mit Oktober 1929 ist aus vielerlei Gründen nicht angebracht. Damals betrug das „Dow“-Niveau 298,97 Punkte. Der Fall auf 260,64 Punkte entsprach 12,8 Prozent, verglichen mit 3,3 Prozent bis einschließlich Freitag. Hinzu kommt, daß Amerikas Bruttoinlandsprodukt mit 4000 Mrd. Dollar 39mal so groß ist wie vor 57 Jahren, der „Dow“ sich aber nur etwa verflünft hat. Au-

Serdem entfällt der damalige Auslöser, Aktienkäufe auf Kredite sind heute beschränkt. Legt man die verfügbaren geldpolitischen Instrumente zugrunde, dann ist ein echter Krach nicht mehr vorstellbar.

Vielmehr hat die Börse nach der nun 42 Monate dauernden Hausse ganz normal reagiert. Innerhalb gab es in den letzten 14 Wochen, als der „Dow“ um insgesamt 230 Punkte anstieg, keine nennenswerte Konsolidierung. Zu vergessen ist auch nicht, daß der „Dow“ am 25. Oktober 1982 mehr als 35 Punkte einbüßte, danach aber stramm nach vorn marschierte. Was die Nervosität erzeugt, ist das ungewöhnlich hohe Kursniveau, bei dem jeder Einsatz viel Geld kosten kann.

Blickt man nach vorn, dann hat sich die Qualität des Börsenklimas in den USA insofern geändert, als die Spekulation als Unsicherheitsfaktor hinzugekommen ist. Ins Haus stehen also wilde Kursschwankungen. Die Konjunktur- und Zinsszene hat sich indes nicht geändert: Amerikas Wirtschaftswachstum bleibt moderat, die US-Notenbank wird ihre unterstützende Geldpolitik mit Sicherheit fortsetzen. Zweifello ist es auch das Ziel der Konferenz der Finanzminister der „Großen Fünf“ am 18. und 19. Januar in London, weltweit die Zinsen zu drücken. In Bewegung bleibt Washingtons Defizitabbau.

Auf der Empfehlungsliste von Selom Brothers stehen u.a. Alcan, Hewlett-Packard, Motorola und Digital Equipment.

AUF EIN WORT



Die internationale Tendenz, staatliche Unternehmen und Einrichtungen zu privatisieren, ist zu begrüßen. Privatisierung ist ein wirksames Mittel, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen zu beseitigen, die Staatshaushalte spürbar zu entlasten und langfristig neue produktive Arbeitsplätze zu schaffen.

Dr. Henning von Boehmer, Generalsekretär Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer. FOTO: DIE WELT

Teurer Yen brems Kapitalzufluß

dpa/VWD, Tokio
Die im Vergleich zur D-Mark überproportionale Verteuerung des japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar hat den Zufluß ausländischen Kapitals an Japans Aktienbörsen 1985 stark abgebrems. „Kauforders aus dem Ausland werden bei uns Mangelware“, meinte ein Tokioter Börsenmakler. Trotzdem hat das Jahr 1985 die Tokioter Börse in neuem internationalen Glanz erstrahlen lassen. Deutsche Banken sind dabei, sich im Tokioter Aktiengeschäft zu etablieren.

TEXACO-PENNZOIL

New Yorker Richter kritisiert scharf die Houstoner Instanz

Sbt, Washington
Nicht zu hoch hängen darf die Texaco Inc. ihren Sieg vor dem Bundesdistriktrichter in White Plains, New York. Gegen das Urteil des Einzelrichters Charles L. Bryant, der die Sicherheitsleistung in der Berufung von 12 auf rund 1 Mrd. Dollar verringerte, hat die Pennzoil Co. sofort Einspruch eingelegt. Sie bestreitet nicht nur die Zuständigkeit der Bundesinstanz, sondern verlangt auch die Rückweisung an das Gericht in Houston, Texas, das dem Unternehmen im Streit um die Getty Oil Co. den höchsten Schadenersatz in der US-Geschichte zugesprochen hatte.

Freuen kann sich Amerikas größter Mineralölkonzern jedoch über die Atempause, da die Strategie neu überdacht werden muß. Gescheitert sind die Verhandlungen über einen außergerichtlichen Vergleich;

völlig zerstritten haben sich die Parteien über Pennzoils enorme Forderungen. Man spricht von etwa 6 Mrd. Dollar. Der offensichtliche Versuch einer freundlichen Übernahme ging ebenfalls daneben. Falls das Urteil nicht revidiert wird, hat Texaco vermutlich die Schlicht, ob ein Versprechen mit einem schriftlichen Kaufvertrag gleichzusetzen ist, zur Hälfte gewonnen.

Eine Sicherheitsleistung in ursprünglicher Höhe würde Texaco zur Einleitung eines Konkursverfahrens zwingen. Dagegen sind 1 Mrd. Dollar ohne Schwierigkeiten zu verkaufen. Eher wahrscheinlich ist dann auch ein relativ billiger Vergleich. Bundesrichter Bryant hat das texanische Gericht heftig kritisiert. Er veranschlagte Pennzoils Schadenersatzanspruch auf höchstens 800 Mill. Dollar.

EXISTENZGRÜNDUNGEN

Immer mehr junge Leute zieht es in die Selbständigkeit

Stt, Bonn
Das vergangene Jahr brachte nach Feststellungen und Hochrechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn einen neuen Gründungsrekord für die Bundesrepublik. Danach haben 318 000 neue Unternehmer den Schritt in die Selbständigkeit gewagt, 29 000 mehr als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig erreichte 1985 aber auch die Zahl der Firmenstilllegungen mit rund 290 000 einen Höchststand, so daß der Saldo aus Gründungen und Schließungen zwar weiterhin positiv, mit 28 000 aber geringer ausfällt als in den letzten Jahren.

Der Auswertung liegen die Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen zugrunde, soweit sie von den Bundesländern erfaßt werden, bereinigt um unechte Gründungen und Stilllegungen. Die Hochrechnungsbasis für 1985 (bis September liegen Daten vor)

deckt rund die Hälfte aller deutschen Unternehmen ab.

Auf breiterer Basis beruht eine Untersuchung des Instituts für die Jahre 1980 bis 1984 (Clemens/Friede: Existenzgründungen in der Bundesrepublik Deutschland). Danach besteht „ein deutlicher Nachholbedarf“ an Gründungen in der Industrie. Stark vertreten seien dagegen Handel, Dienstleistungen und das Handwerk. Im untersten Zeitraum nach dem Krieg lag die Zahl der Gründungen durchschnittlich um elf Prozent im Jahr zu.

Die Autoren heben hervor, daß die Selbständigkeit gerade für junge Leute mehr und mehr zur beruflichen Alternative werde. Der Anteil der unter 25jährigen an der Gesamtzahl der Existenzgründer stieg von drei Prozent 1980 auf 14,4 Prozent im Jahr 1984. Unverändert blieb der Anteil der weiblichen Gründer: Jedes dritte neue Unternehmen leitet eine Frau.

WETTBEWERB

SPD befürchtet Umkehr in der Ordnungspolitik

hg, Bonn
Eine Abkehr von bewährten ordnungspolitischen Grundsätzen in der Wettbewerbspolitik befürchtet der SPD-Abgeordnete Uwe Jens. Wirtschaftsexperte seiner Partei, Bedenken habe er vor allem bei Änderungen aus dem Bundeskartellamt, „daß ein bischen Konzentration ja nicht schadet“. Jens wiederholte jetzt in Bonn seine Forderung nach einer schärferen Fusionskontrolle.

Dazu gehöre eine Herabsetzung der 25-Prozent-Schwelle, von der an ein Zusammenschlußvorhaben vom Kartellamt überhaupt erst geprüft werde, auf zehn Prozent. Außerdem sollte eine absolute Umsatzgrenze installiert werden, oberhalb derer Fusionen nicht mehr möglich seien, unabhängig von den Märkten, auf den die betreffenden Unternehmen tätig sind. Schließlich möchte Jens auch

den Versicherungen, die kartellrechtlich ein Ausnahmebereich sind, mehr Wettbewerb verbieten.

Während Großunternehmen „nahezu vor dem Konkurs gefeit sind“, sei das Risiko für kleine und mittlere Unternehmen außerordentlich groß, sagte Jens weiter. Um dieses Risiko zu vermindern, müsse für den Mittelstand mehr getan werden; so müsse dem Reorganisationsverfahren bei der Konkursrechtsreform höchste Priorität zukommen.

Jens wiederholte in diesem Zusammenhang die alte mittelstandspolitische Forderung nach einer steuerständigen Investitionsrichtlinie; außerdem müßten Eigenkapital und Fremdkapital steuerlich gleich behandelt werden. Darüber hinaus sei es erforderlich, die Beratungshilfen für Existenzgründer zu verbessern.

TOURISMUS / Konjunkturbarometer steht auch in diesem Jahr auf Schönwetter

Der Urlauber wird heftiger umworben

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Für den Tourismus steht auch im Jahre 1986 das Konjunkturbarometer auf Schönwetter, wofür nicht zuletzt die insgesamt günstigen wirtschaftlichen Perspektiven den Rahmen liefern. Kein Wunder, daß der deutsche Urlauber von allen Seiten heftig umworben wird. Die ausländischen Ferienregionen rechnen im kommenden Sommer mit mindestens fünf Prozent mehr deutschen Touristen als in 1985, meinte Claudio Bonvecchio, Präsident des Corps Touristique, bei der Eröffnung der CMT '86 in Stuttgart. Diese Internationale Ausstellung für Caravan, Motor und Touristik (11. bis 19. Januar), auf der sich 54 Länder und 150 Feriengebiete präsentieren, ist schon von der Tourismusbranche her eine Art Pilotveranstaltung für die ganze Tourismusbranche.

Daß man hierzulande gewillt ist, sich nicht die Butter vom Brot neh-

men zu lassen, machte der baden-württembergische Wirtschaftsminister Martin Herzog, der zugleich Präsident des Landesfremdenverkehrsverbandes im Südwesten ist, deutlich. Seiner Meinung nach kann der deutsche Fremdenverkehr vom zweifelloso vorhandenen Trend zum Auslandsurlaub ebenfalls profitieren, wenn er sich verstärkt um ausländische Gäste bemüht. In den vergangenen Jahren hätten die Hochkonjunktur in den USA, der hohe Dollarkurs und die sinkenden Flugpreise auf der Nordatlantik-Route die Akquisition vor allem amerikanischer Gäste leichtgemacht.

Wolle man an die Erfolge anknüpfen, so seien zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Die deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) müßte finanziell besser ausgestattet werden. Ferner müßten die deutschen Anbieter touristischer Leistungen und die deutschen Fremdenverkehrsorganisatio-

nen in Zusammenarbeit mit der DZT auf den ausländischen Märkten noch aktiver werden. Herzog ist zuversichtlich, daß die deutschen Feriengebiete ihren Anteil an den Urlaubsreisen der Deutschen durch ein verbessertes Marketing und den Aufbau eines modernen Vertriebs stabilisieren können. Er hält es aber auch für höchste Zeit, daß man zu einer gemeinsamen getragenen Werbung für den Urlaub in Deutschland kommt.

Hatten in 1980 noch 69 Prozent der Bundesbürger bei ihren Haupturlaubsaufreisen ein Reiseziel im Inland gewählt, so schrumpfte dieser Anteil 1970 auf 46 Prozent und dürfte 1985 auf weniger als ein Drittel zurückgegangen sein. Dennoch hält Herzog Pessimismus für nicht angebracht. Denn schließlich ziehe es nicht nur die Deutschen im Urlaub ins Ausland. Auch außerhalb der Bundesrepublik gebe man immer mehr dem Auslandsurlaub den Vorzug.

Neuer Generaldirektor

Bonn (rtr) - Neuer Airbus-Generaldirektor und damit zweiter Mann des europäischen Luftfahrt-Konsortiums soll der bisherige Manager der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) Heribert Frosdorf werden. Darauf haben sich nach Angaben aus Kreisen der deutschen Luftfahrtindustrie die Airbus-Konsortien Aerospatiale aus Frankreich, Deutsche Airbus, British Aerospace und Casa aus Spanien im Beisein des Airbus-Aufsichtsratsvorsitzenden, des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, geeinigt. Ein Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ darüber wurde damit von den Industriekreisen am Sonntag in München bestätigt.

Informationsaustausch

Peking (dpa/VWD) - China möchte mit der Bundesrepublik auf Expertenebene einen engen Meinungs- und Informationsaustausch über Methoden der wirtschaftlichen Globalsteuerung und andere Probleme der wirtschaftlichen Strukturformen in der Volksrepublik führen. Das regte Mi-

Erdbebenhilfe für Mexiko

Washington (dpa) - Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Mexiko rund 520 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, um die Devisenlage des hochverschuldeten Landes nach den beiden schweren Erdbeben im September 1985 zu erleichtern. Mexiko ist mit rund 96 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet.

Streit um Fischfangquoten

Tokio (dpa/VWD) - Japans Forderungen nach erweiterten Fischereirechten im Nordpazifik stoßen sowohl in Moskau als auch in Washington auf taube Ohren. Mit der UdSSR handeln die Japaner alljährlich abwechselnd in Tokio und Moskau neue Fischfangquoten innerhalb der Höhen vorgelagerten sowjetischen Zweihundertmeilenzone aus. Die Quoten für 1986 werden in Moskau festgelegt. Die Sowjets verlangen von den Japanern für Fänge von über 200 000 Jahrestonnen ein sogenanntes Kooperationsgeld in Höhe von zehn Millionen Yen (etwa 122 Millionen Mark). Am 20. Januar wollen beide Seiten nach einer Unterbrechung weiterverhandeln.

AUTOMARKT

Hersteller bieten günstige Kredite

VWD, Hamburg

Mit subventionierten Kreditangeboten bis hinunter zu 0,99 Prozent effektiver Jahreszins wetteifern derzeit – und verstärkt seit Jahresbeginn – Autobauer und -importeure um Kunden. Daneben gibt es verkaufsfördernde Leasing-Angebote, die sich oft nur im Namen von Kaffinanzierungen unterscheiden. Einige Hersteller unterstützen mit Billigzinsen auch den Gebrauchtwagenverkauf ihrer Händler ohne Rücksicht auf die Marke, um die Gebrauchtwagenlager für die im Neuwagengeschäft des Frühjahr durch Inzahlungnahme hereinkommenden Fahrzeuge zu entlasten. Der günstige Kredit wird meist nicht in Höhe des gesamten Kaufbetrages angeboten, sondern die Kunden müssen eine kräftige Anzahlung von bis zu 40 Prozent leisten.

Der Hersteller ersetzt der Herstellerabhängigen oder – im Fall der meisten Importeure – unabhängigen Bank ihren Zinsverlust. Die Fiat Kredit Bank bietet Kredit zu 3,9 Prozent effektiver Jahreszins für Neu- oder Vorführwagen bis 36 Monate Laufzeit ohne Anzahlung an, bei 37 bis 48 Monaten Laufzeit mit 30 Prozent Anzahlung. Gebrauchtwagen vom Fiat-Händler werden bei bis zu 30monatiger Laufzeit und 25 Prozent Anzahlung ebenfalls zu 3,9 Prozent kreditiert. Bei VW/Audi hat die V.A.G. Kredit Bank nur für Scirocco-Modelle (außer 16-Ventiler) ein Sonderangebot zu 3,9 Prozent Effektivzins bei 30 Prozent Anzahlung und 12, 24 oder 36 Monaten Laufzeit. Die Renault Credit Bank finanziert Gebrauchtwagenkäufe bis 47 Monate zu 3,9 Prozent bei 25 Prozent Anzahlung.

Ford-Händler werben mit Ford-Credit-Bank-Darlehen für Gebrauchtwagen ohne Anzahlung zu 4,9 Prozent bis 47 Monate Laufzeit. Auch BMW fördert über die BMW Kredit Bank Gebrauchtwagenverkäufe mit einem Sonderzins von effektiv 3,9 Prozent p. a. bei 36, 42 oder 47 Monaten Laufzeit. Bei Vorführwagen werden 33, bei Gebrauchtwagen 25 Prozent Anzahlung verlangt. Opel bietet derzeit keine Sonderkonditionen. Die meisten Importeure ohne eigene Bank arbeiten mit der Absatzkreditbank (AKB), Hamburg, zusammen. Toyota bietet über die AKB einen Zins für Neuwagenkredite zu effektiv 3,33 Prozent bei 33 Prozent Anzahlung und 12, 24 oder 33 Monaten Laufzeit an.

GROSSBRITANNIEN / Lord Hanson erregt immer wieder durch seine aggressiven Übernahmeangebote Aufsehen

Zigarettenkonzern Imperial das nächste Opfer

WILHELM FURLER, London

In Großbritannien steht ein Unternehmer im Blickpunkt der Öffentlichkeit, der sein Imperium mit einer aggressiven Übernahme-Strategie zusammengekauft hat: Lord Hanson (63), von Hanson Trust plc, Chef einer der größten Mischkonzerne Großbritanniens. In dem im vergangenen September zu Ende gegangenen Geschäftsjahr konnte Hanson den Gewinn vor Steuern um immerhin 50 Prozent auf 233 Mill. Pfund (knapp 920 Mill. DM) bei einer Umsatzsteigerung um zwölf Prozent auf 2,67 Mrd. Pfund (9,7 Mrd. DM) erhöhen.

Kurz vor Weihnachten wurde die Geschäftspolitik des Hauses unter Führung von Lord Hanson einmal mehr deutlich: Hanson Trust unterbreitete das bislang höchste Übernahmeangebot in der britischen Unternehmensgeschichte.

Für 1,9 Mrd. Pfund will der Industriekonzern, der dem Umsatz nach zu den 20 größten britischen Unternehmen zählt, den Zigaretten- und Brauereiekonzern Imperial Group plc (John Player, Courage-Bier) übernehmen. Das sind gut 13 Mrd. DM. Das

besondere an der Situation ist, daß Hanson den Imperial-Konzern zu einem Zeitpunkt schlucken will, als der selbst gerade den Versuch unternimmt, für 1,22 Mrd. Pfund United Biscuits, einen der größten Hersteller von Süßwaren und Partygebäck der Welt, zu übernehmen.

Imperial hat das Übernahmeangebot von Hanson Trust als völlig unzureichend und höchst unwillkommen zurückgewiesen. Doch das sieht Lord Hanson nicht an. Er hat schon so manche Übernahmeeschlacht erfolgreich geschlagen, seit er 1948 mit weniger als 3 Mill. Dollar seine Unternehmer-Karriere begann. Das Geld stammte damals aus der Verstaatlichung des Fuhrunternehmens seines Vaters.

Seine großen Schachzüge in der jüngeren Vergangenheit schloß die Übernahme der United Drapery Stores und im Zusammenhang damit die Eröffnung der Warenhauskette Alders, die erste Neugründung einer Warenhaus-Unternehmung in Großbritannien nach 40 Jahren, ebenso ein wie den Kauf der Batterie-Gruppe Ever Ready im Jahre 1982 und die

Übernahme des Ziegelei-Großunternehmens London Brick im vergangenen Jahr. Alle seine Übernahmen zog Hanson trotz erbitterten Widerstandes der gekauften Unternehmen durch. In der Londoner City gibt es nur ganz wenige, die ihr Geld für eine Hanson-Lösung im Kampf um die Imperial Group verwetten würden.

Geheuer führt der Mischkonzern auch in den USA ein Übernahmefeld, nämlich um das New Yorker Chemie-, Schreibmaschinen- und Nähmaschinen-Unternehmen SCM, das Hanson für 900 Mill. Dollar (2,85 Mrd. DM) kaufen will.

Bereits jetzt liegt er mit einem Börsenwert von rund 3 Mrd. Pfund auf Platz zehn der entsprechenden Financial-Times-Tabelle. Broker-Schätzungen in London gehen davon aus, daß sein Vorsteuergewinn bis zum Geschäftsjahr 1987 auf 600 Mill. Pfund geklettert sein wird. Die Zahl der Aktionäre von Hanson Trust hat sich gegenüber dem Vorjahr von 55 000 auf 85 000 erhöht.

Die Geschäftsinteressen von Hanson Trust deuten sich jenseits des Atlantiks als nahezu gleich verteilt.

Der Vorsteuergewinn (vor Zinsen und außerordentlichen Aufwendungen) in Höhe von 28,4 Mill. Pfund stieg in Großbritannien von 121,1 auf 149,5 Mill. Pfund, in den USA von 102,7 auf 131,7 Mill. Pfund.

Das Großbritannien-Geschäft erstreckt sich von der Batterie-Herstellung für Verbraucher und Industrie (British Ever Ready ist die Nummer eins unter den Batterie-Produzenten des Landes) über Warenhaushandelsbetriebe, Duty-free-Läden, Baumaschinen, Energiebezogene Produkte und Tankstellen bis hin zum größten Geschäftszweig, Baueisen- und Baumaterial (London Brick).

In den USA liegen die Schwerpunkte in den Bereichen Beleuchtung, USI Lighting ist die dritte größte Beleuchtungsfirma der Welt, Verbraucherprodukte, Textilien, Möbel und Büroausstattung, Öl- und Maschinenindustrie sowie Baumaterialien.

Für Hanson mit stellt die Imperial Group ein geradezu klassisches Übernahmobjekt dar. Bestens mit Aktiva ausgestattet und in gute Märkte eingebettet.

FRANKREICH / Unternehmer zur Arbeitslosigkeit

Kurieren an Symptomen

J. Sch. Paris

Die französische Regierung hat bisher weniger die Ursachen als die Folgen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen versucht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des „Unternehmensinstituts“, die unter der Leitung von IBM-France-Präsident Jacques Lemonnier erstellt worden ist. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit könnte durch die Reform der Berufsausbildung, „nach deutschem Vorbild“ überwunden werden.

In dieser Beziehung sind die französischen Verhältnisse besonders kritisch: Von den 2,44 Millionen Arbeitslosen (September 1985) waren 0,97 Millionen oder 40 Prozent jünger als 25 Jahre. Demgegenüber erreicht die deutsche Jugendarbeitslosigkeit dank des dualistischen Ausbildungssystems (Lehrzeit/Berufsschule) nur 10 Prozent.

Das Haupthindernis für die Einstellung von Jugendlichen ist nach Ansicht des Instituts der für alle Alterskategorien und Berufsgruppen von der Regierung einheitlich festgesetzte garantierte Mindestlohn (Smic). Er müßte künftig – wie in der Bundesrepublik – in jedem Unternehmen, wenn nicht sogar in jedem

einzelnen Betrieb entsprechende Entwicklung und der Kompetenz der Jugendlichen vertraglich vereinbart werden, während die strikten Entlassungsschutzbestimmungen entsprechend den EG-Regeln durch Sozialverträge abzuweichen seien, heißt es in dem Bericht.

Das zweite große Sonderproblem ist die Dauer der Arbeitslosigkeit. Von allen französischen Erwerbslosen waren im letzten Jahr 42 Prozent länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Das Institut wendet sich gegen die einheitliche Reduzierung der Arbeitszeit, die 1982 mit der 39-Stunden-Woche (statt 40 Stunden) bei vollem Lohnausgleich begonnen worden war. Und durch die soziale Behandlung (vorzeitige Pensionierung und so weiter) wurde das Arbeitslosenproblem nur in sehr kostspieliger Weise hinausgeschoben.

Daß der technische Fortschritt, das Wachstum der Bevölkerung, die angebliche Sättigung der Märkte und die Ölkrise für die Arbeitslosigkeit hauptverantwortlich seien, wird von dem Institut bestritten. Viel stärker schlagen die Starrheit des französischen Arbeitsmarktes und die hohen Lohnnebenkosten zu Buche.

MAILÄNDER BÖRSE / Im letzten Jahr ist der Kurszettel länger geworden – Ausländisches Interesse gestiegen

Weiter aufwärts – aber mit vermindertem Tempo

GÜNTHER DEPAS, Mailand

An der Mailänder Wertpapierbörse wird damit gerechnet, daß der Aufwärtstrend auch im neuen Jahr anhalten wird. Experten erwarten, daß die im vergangenen Jahr erreichten Positionen überwiegend konsolidiert werden dürften, wobei eine weitere Zunahme von 20 bis 30 Prozent als wahrscheinlich gilt. 1985 stieg der Kurs-Index der Mailänder Börse um etwas über 100 Prozent.

Außer der Aktivität der seit Mitte 1984 zugelassenen italienischen Investmentfonds trug dazu vor allem auch das wiedererwachte Interesse ausländischer institutioneller Anleger bei. Grundlage für das während des ganzen Jahres andauernde Kaufieber waren die auf der ganzen Linie verbesserten Ertragsergebnisse der Unternehmen. Infolge gezielter Rationalisierungsmaßnahmen gelang es nicht nur den großen Konzernen, sondern auch der Mehrzahl der mittleren Börsengesellschaften, ihren Cash-flow zu erhöhen und ihre Aktionäre

mit entsprechenden Dividenden-Ausschüttungen zu bedienen.

Dank dieser Entwicklung konnten während des vergangenen Jahres mehr als 60 Kapitaloperationen erfolgreich abgewickelt werden, während eine Reihe von Gesellschaften erstmals zur Börsennotiz angemeldet wurden. Auf diese Weise kamen 6500 Mrd. Lire an frischen Aktien auf den Markt, 76 Prozent mehr als im Jahr vorher. Gleichzeitig wurde etwa ein Dutzend neuer Unternehmen zur Börsennotiz zugelassen.

Die lebhaftere Emissionstätigkeit und die Kurszunahme auf breiter Front ließen die Börsenkapitalisierung innerhalb von zwölf Monaten von 49 800 auf beinahe 100 000 Mrd. Lire hochschnellen. Damit erreichte die Mailänder Börse, die in den Jahren vorher unter den europäischen Börsen eher ein Schattendasein fristete, erstmals ein internationales Position der italienischen Wirtschaft angemessenes Volumen.

Im laufenden Jahr erwarten Bör-

senexperten eine weiter nach oben gerichtete Kurs- und Umsatzentwicklung, wenn auch nicht mehr mit den gleichen Steigerungsraten wie im vorigen Jahr. Übereinstimmung herrscht darüber, daß die Geschäftstätigkeit noch stärker als in den letzten Monaten des vergangenen Jahres durch eine ausgeprägte Selektivität gekennzeichnet sein wird. Börsennotizen werden diesen Erwartungen zufolge nur Unternehmen, die eine solide Ertragsbasis aufweisen. Diese Voraussetzungen erfüllen vor allem die großen Industrieunternehmen, die allgemein eine weitere Ertragszunahme erwarten.

Dazu gehören nicht zuletzt der Fiat-Konzern und das Informatik-Unternehmen Olivetti, die 1985 zusammen mehr als 50 Prozent der 2643 Mrd. Lire verdient haben, die sämtliche italienischen Börsengesellschaften 1984 als Gewinn auswiesen.

Den allgemeinen Erwartungen zufolge werden starke Impulse auch im laufenden Jahr von den in- und aus-

ländischen Investment- und Rentenfonds ausgehen. Bezeichnend ist hierbei, daß im Ausland erstmals Investmentfonds entstehen, die in italienischen Aktien anlegen.

Dieser Trend zur Aktie stützt sich nicht nur auf die weiter positive Ertragsentwicklung der italienischen Wirtschaft, sondern auch auf die im Gange befindliche Verbesserung der technischen Institutionen der Börse. Als sehr effektiv erweist sich die amtliche Börsenaufsichtskommission. Sie hat damit demonstriert, daß sie zur Transparenz und zum ordnungsgemäßen Funktionieren des Marktes jetzt immer besser beitragen kann.

Korrektoren zeichnen sich auch bei der größten Schwäche der Mailänder Börse ab, ihrer Marktentzogenheit mit nur 150 notierten Titeln. Zur Stunde sind es bereits über ein Dutzend Gesellschaften, die eine Börsennotiz planen, beziehungsweise Antrag dazu gestellt haben. Mehr als 30 bereits notierte Unternehmen haben Kapitalaufstockungen beschlossen.

RENTENMARKT / Leichter Zinsrückgang

Der Trend ist nicht klar

Der Rentenmarkt macht seit einigen Tagen einen etwas richtungslosen Eindruck. Zinsenkende Einflüsse, die von Auslandskäufen (Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung im EWS) ausgehen, wechseln sich in der letzten Woche mit der Ausbuchtung des Wiederanstiegs der Zinsen in den USA ab. Per Saldo sind die

deutschen Kapitalmarktzinsen zwar geringfügig gesunken, aber die bis zum Mittwoch aufgelaufenen Kursgewinne haben sich später nicht ganz behauptet. Zeitweilig wurde auf eine Senkung von Diskont und Lombardsatz spekuliert, was ebenso umfandiert ist wie die Mark-Aufwertungspekulation. (cd.)

Emissionen	10.1.85	3.1.85	30.12.85	26.12.85	30.12.84
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,63	5,68	5,91	6,86	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,19	6,23	6,34	6,73	7,72
Sonderanleihen von Sonderinstitutionen	5,83	5,97	5,98	6,56	7,83
Sonderanleihen der Industrie	6,30	6,33	6,31	6,94	8,29
Kreditanstalten u. Körperschaften	5,98	6,03	6,04	6,85	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,58	5,62	5,84	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,70	5,73	5,73	7,14	7,30
Mindestliche Emissionen insgesamt	5,97	6,02	6,03	6,84	7,88
DM-Auslandsanleihen	6,75	6,78	6,82	7,20	8,08

Dr. Andreas W. Dreyhaupt

* 30. Juni 1945

† 28. Dezember 1985

Ein Leben voller Hilfsbereitschaft ist zu Ende gegangen. Sein Leben war Güte und Kampf.

Wir trauern um ihn in Liebe.

Lena Dreyhaupt
geb. Aström
502 Park Avenue
New York, N. Y. 10022, USA

Dr. med. Günther Dreyhaupt
und Frau Margarete
Strombergstraße 10
7030 Böblingen

Die Beisetzung erfolgte im engsten Familienkreis.

Ein Gedenkgottesdienst findet am Samstag, dem 25. Januar 1986, um 11.30 Uhr in der Heiliggeistkirche in Frankfurt am Main, Dominikanergasse 5-7, statt.

Es wäre im Sinne des Verstorbenen, wenn die Med. Universitäts-Poliklinik Heidelberg, Professor Dr. W. Hunstein, in Verbindung mit Beileidsbekundungen unterstützt würde.

(Sonderkonto „Forschungsprojekt Knochenmark-Transplantation“, Konto-Nr. 020 6519 002 bei der Citibank AG, BLZ 502 109 00, Frankfurt am Main.)

Der Tod ist groß.
Wir sind die Seinen
lachenden Munde.
Wenn wir uns mitten im Leben meinen,
wagt er zu weinen
mitten in uns.

Rilke

Dr. rer. pol.

Karl-Ernst Hasenkämper

Wirtschaftsprüfer

* 3. 8. 1929 Velbert † 4. 1. 1986 Mössingen

Dr. Inge Hasenkämper
Helga Kittelberger geb. Hasenkämper und
Dr. Gerhard Kittelberger mit
Antje, Katrin und Mareike
Curt Schmitt

7406 Mössingen, Altblickstraße 5
7404 Ofterdingen, Heimgartenstraße 3

Die Trauerfeier zur Einäscherung sowie die Urnenbeisetzung finden im engsten Familienkreis in Reutlingen und Velbert statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch
oder fernschriftlich
durchgegeben werden

Telefon:

Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
oder -42 30

Berlin

(0 30) 25 91-29 31

Kettwig

(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:

Hamburg

2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Land Niedersachsen

6 1/2 % Anleihe von 1986 (1998)

- Wertpapier-Kenn-Nr. 159 031 -

Verkaufsangebot

Das Land Niedersachsen begibt auf Grund haushaltsgesetzlicher Ermächtigung eine Anleihe im Gesamtbetrag von DM 400.000.000,- von der

DM 300.000.000,-

durch das unten genannte Konsortium freibleibend zum Verkauf gestellt werden.

Verzinsung: 6,50% jährlich, zahlbar nachträglich am 18.1. eines jeden Jahres, erstmals am 18.1.1987.
Die Verzinsung endet mit dem Ablauf des dem Fälligkeitstag vorhergehenden Tages. Das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB bewirkt wird.

Ausgabekurs: 99%, speisen- und börsennotizsteuerfrei, unter Verrechnung von Stückzinsen.

Laufzeit: 12 Jahre.
Eine vorzeitige Kündigung ist ausgeschlossen.

Rückzahlung: Am 18.1.1998 zum Nennbetrag.

Rendite: 6,62%

Nennbeträge: DM 100,- oder ein Mehrfaches davon.

Lieferung: Vor Verkaufsbeginn wird eine Sammelschuldenscheinanforderung im Gesamtbetrag der Anleihe für die Niedersächsische Kassenverein Aktiengesellschaft, Hannover, in das Schuldbuch des Landes Niedersachsen eingetragen. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen.
Die Erwerber erhalten in Höhe der gekauften Beträge einen Anteil an einem Sammeldepot bei einer Wertpapiersammelbank über ein Kreditinstitut; die Eintragung von Einzelschuldenscheinanforderungen ist nicht vorgesehen.

Zahlung von Zinsen und Kapital: Die fälligen Zinsen und Rückzahlungsbeträge werden durch die depotführende Bank gutgeschrieben.

Börsennotierung: Zum amtlichen Handel an den Wertpapierbörsen zu Hannover, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, München und Stuttgart.

Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit: Nach § 1807 Abs. 1 Nr. 2 BGB mündelsicher und nach § 54a Abs. 2 Ziff. 4 VAG deckungsstockfähig.

Lombardfähigkeit: Lombardfähig nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank.

Verkauf: Ab 13.1.1986 freibleibend durch die nachstehend aufgeführten Kreditinstitute und deren Niederlassungen sowie durch Vermittlung aller anderen Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Im Januar 1986

NORDEUTSCHE LANDESBANK

GIROZENTRALE

BREMER LANDESBANK

KREDITANSTALT OLDENBURG

- GIROZENTRALE -

ADCA-BANK

AKTIEGESELLSCHAFT

ALLGEMEINE DEUTSCHE

CREDIT-ANSTALT

BAYERISCHE VEREINSBANK

AKTIEGESELLSCHAFT

BERLINER HANDELS-

UND FRANKFURTER BANK

DG BANK

DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT

AKTIEGESELLSCHAFT

JOH. BERENBERG, GOSSLER & CO.

COMMERZBANK

AKTIEGESELLSCHAFT

zugleich für

BERLINER COMMERZBANK

AKTIEGESELLSCHAFT

DEUTSCHE GIROZENTRALE

- DEUTSCHE KOMMUNALBANK -

BAYERISCHE HYPOTHEKEN-

UND WECHSEL-BANK

AKTIEGESELLSCHAFT

BERLINER BANK

AKTIEGESELLSCHAFT

DEUTSCHE BANK

AKTIEGESELLSCHAFT

zugleich für

DEUTSCHE BANK BERLIN

AKTIEGESELLSCHAFT

DRESNER BANK

AKTIEGESELLSCHAFT

zugleich für

BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE

AKTIEGESELLSCHAFT

LANDESBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN

GIROZENTRALE

OLDENBURGISCHE

LANDESBANK AG

TRINKAUS & BURKHARDT KG & A

WESTFÄLISCHE BANK

AKTIEGESELLSCHAFT

HALLBAUM, MAIER & CO. AG

- LANDKREDITBANK -

BANKHAUS

LÖBBECKE & CO.

SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.

VEREINS- UND WESTBANK

AKTIEGESELLSCHAFT

HAMBURGISCHE LANDESBANK

- GIROZENTRALE -

NORDEUTSCHE

GENOSSENSCHAFTSBANK AG

STAATSPARKASSE HANNOVER

WESTDEUTSCHE LANDESBANK

GIROZENTRALE

Spielfilm-Trilogie aus Sri Lanka: „Dorf im Wandel“

Ferne Familien-Saga

Selten bietet sich für Filmemacher aus Sri Lanka die Möglichkeit, international bekannt zu werden. Erschwerend ist dabei, daß Nachbarländer wie Indien oder Hongkong massenweise billige Produktionen auf den Markt bringen und zudem die technischen Voraussetzungen in Sri Lanka schwer konkurrenzfähig sind.

Trotzdem schaffen Filmemacher wie Peries oder Jayatilake es immer wieder, international auf sich aufmerksam zu machen. 1982 sendete die ARD drei Filme von Peries. In diesem Jahr hat der Zuschauer das Glück, sich an einer Trilogie, „Dorf im Wandel“ (Gampelaliya) dieses Filmemachers zu erfreuen.

Der erste Teil der Trilogie, „Die schöne Nanda“ erzählt vom Schicksal der schönen Tochter eines Großgrundbesitzers in einem Dorf auf Sri Lanka, dem früheren Ceylon. Diese Episode endet damit, daß Nanda (Punya Heendaniya) nach dem Tod ihres ersten Ehemannes Jinadasa (Gamin Fonseka) eine zweite Ehe eingeht mit Piyal (Henry Jayasena), ihrem Hauslehrer, in den sie schon früher verliebt gewesen ist.

Der zweite Teil der Trilogie, „Der Rebell“ (Kaliyugaya), enthält Rückblenden als variierte Sequenzen des ersten Teils. Die bunten und stillen Szenen des ersten Teils weichen nach und nach den sachlicheren, wie sie vom Regisseur eindrucksvoll im zweiten Teil inszeniert wurden.

Hier wird Nanda als selbstzufriedene Frau dargestellt, die mit Piyal, dem jetzt einflussreichen Geschäftsmann, verheiratet ist. Beide führen ein Leben, das ihnen eigentlich fremd ist, orientiert an dem Vorbild der britischen Kolonialherren. Die vorherrschende Sprache in der Familie ist nicht mehr die Muttersprache, sondern Englisch. Die Kinder werden auf ein Leben hin erzogen, in dem Leistung und Karriere im Mittelpunkt stehen sollen.

So bringt diese zweite Ehe Nanda zwar endlich den lange erhofften materiellen Wohlstand: die einstige Dorfschönheit kann jetzt auch mit dem Besitz ihres Mannes glänzen. Aber der Preis dafür hoch: Die selbstzufriedene Frau kann ihre Kinder nur kaltherzig ins „Glück“ bringen. Ihre Erziehung scheitert, erreicht das Ge-

gentell. Zwischen Kindern und Eltern bleibt nur eine große Entfremdung.

Dies kritisiert später ihr Sohn Alan, der in London studiert und erst nach dem Tod seiner Frau brieflich wieder Kontakt mit seinen Eltern aufnimmt. Er wirft ihnen vor, alle Untugenden der Kolonialherren übernommen und die Tugenden des eigenen Volkes vergessen zu haben. Diese Vorwürfe treffen die Eltern - besonders Nanda - tief. Alan kehrt nach Sri Lanka zurück. Bald sitzt er auf demselben Stuhl wie sein Vater. Er beginnt das elterliche Leben zu verstehen. Seine damalige Beurteilung der Eltern empfindet er nicht mehr als gerechtfertigt. Die gefühlsmäßigen Verletzungen der Eltern sind jedoch nicht wiedergutzumachen.

Der dritte Teil, „Der Streik“ (Yugantaya), spielt in den Anfängen der Unabhängigkeit Sri Lankas. Alan ist inzwischen ein einflussreicher Fabrik- und Plantagenbesitzer. Genau wie er in seiner Jugend, studiert nun sein Sohn Simon in London und wird zu einem Marxisten. Nach Hause zurückgekehrt, engagiert er sich verstärkt für die Arbeiterklasse. Selbst in der Fabrik seines Vaters organisiert er einen Streik, um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Der 67jährige Lester James Peries stellt in seinem „Dorf im Wandel“ die Höhen und Tiefen im Leben dreier Generationen auf Sri Lanka dar, die durch kolonialherrenhaftliche Einflüsse verstärkt hervortreten. Peries weist mit seinem Film auch auf die Gefahr hin, daß durch das Sich-Verlieren in extremem Verhalten - Anpassung an die Engländer einerseits, revolutionäre Haltung andererseits - letztlich auch die singhalesischen kulturellen Werte aus dem Spiel gesetzt werden. Der Regisseur versteht es meisterhaft, die Erzählung der Trilogie in eine Form zu bringen, die den Zuschauer von Anfang bis Ende nicht nur neugierig macht, sondern auch mitfühlen läßt.

Lester ist als Sri Lankas Pionier in der Filmwelt anerkannt. Er wurde oft verglichen mit Ray Bresson und Ozu. Genau wie beim ersten und zweiten Teil verbindet er auch den dritten mit dem zweiten Teil durch Rückblenden und unterstreicht so die Kontinuität des Geschehens, gibt dem Ganzen eine spannungsvolle Grundstruktur.

LALITH GANHEWA
„Der Rebell“ am 13. 1. und „Der Streik“ am 20. 1. jeweils um 23.00 Uhr im Ersten Programm.

KRITIK

Tod eines Dauer-Helden

Erwin Köster ist tot, es lebe Siegfried Lowitz! Da haben es die Männer aus dem Mainzer Kanal wirklich fertig bekommen, eine Figur sterben zu lassen, die seit genau einhundert Besuchen bei uns Hausrecht in Anspruch nehmen konnte. Der pummelige Kripomensch, der so anheimelnd raunzen konnte, Köster war sein Name und Lowitz der seines Darstellers, der „Alte“ wurde in der Jubiläumssfolge schwer angeschossen, aber erst nachdem er den letzten Fall gelöst hatte, erfuhr seine Gemeinde auf und vor dem Schirm: Nun weilt er nicht mehr unter uns. Er weilt jetzt dort, wohin er so oft seine Klientel zur Identifikation begleitet hatte, der Hauptkommissar Erwin K. Es ist also wirklich die letzte Folge, unwiderruflich wie der Tod. Sein Nachfolger im Amt wird Herr Schimpf werden, er selber, wenn schon nicht mehr „Der Alte“, so doch der alte Lowitz, wird

Theater spielen, wie er voller Freude hofft: nach Lust und Laune. Wie schön muß es sein für einen so feingespinnenen Komödianten, nunmehr auf eigene intellektuelle Rechnung spinnen zu dürfen, mal himmelhoch jauchzend, mal zu Tode betrübt, wie der deutsche Dichter es so richtig sagt. Nicht mehr nur als lauer Moderator zwischen Schuld und Sühne sich höchstens zu einem wehen Lächeln steigern zu dürfen, das ist doch was? Die letzte „Alte“-Folge mit Lowitz gab ihm denn auch zum ersten Mal das Spiel frei, zog ihm die engen Dekorationen zur Seite, daß man sich mit ihm an der Entfaltung mitfreuen konnte, wemgleich mit dem kleinen Rauner: Warum nicht gleich so? Diese jüngste Folge von „Der Alte“ hieß Zwei Leben (ZDF). Also: Auf das zweite Leben dieses unwiderruflichen Herrn Lowitz!

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Die Bertelsmann AG, Deutschlands größter Medienkonzern, will sich, wie jetzt mitgeteilt wurde, an der Produktion eines überregionalen Radioprogramms für kindliche lokale Rundfunkstationen beteiligen. „Dabei wird derzeit zusammen mit Radio Luxemburg ernsthaft nachgedacht“, versichert der Chef des Unternehmens, Mark Wössner, am Wochenende in einem Gespräch in Gütersloh. Erste Informationen dazu waren in der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht worden.

Vorgesehen sei - ähnlich wie bei Zeitungskooperationen - eine Art „Mantelprogramm“ für Radiosender, die von Verlagen „vor Ort“ betrieben werden würden.

Bei ihnen würde naturgemäß Beschaffung und Produktion von Sendungen aus dem In- und Ausland mit großer Sicherheit auf erhebliche finanzielle und personelle Probleme stoßen. Hier nun setzen die Überlegungen bei Bertelsmann ein, eine Konzeption zu schaffen, die diese Lücke in dezentralen Hörpunkten schließen könnte.

Der Vorstandsvorsitzende verwies darauf, daß sich Bertelsmann schon seit längerer Zeit über „RTL-plus“ am privaten Fernsehen beteilige. Im-

merhin habe Bertelsmann auch zwölf Monate lang in München ein selbstständiges Radioprogramm betrieben. Angestrebt werde jedoch kein Alleingang, sondern auf jeden Fall eine Kooperation mit den Zeitungsverlagen in der Bundesrepublik Deutschland.

Federführend für die Programmproduktion wird die Bertelsmann-Tochter UFA Film- und Fernseh-GmbH Hamburg sein. Sie werde den regionalen Sendern Mantelprogramme anbieten, die auf die Bedürfnisse der Lokalsender zugeschnitten seien, unterstrich Manfred Harnischfeger, Chef der Gesellschaft, in einem Gespräch mit dpa. Er berichtete auch, daß Chefredakteurin Barbara Dickmann, früher Tagesthematen-Moderatorin und Stern-TV-Mitarbeiterin, derzeit bereits erste Gespräche über Mantel- und Spezialteile der künftigen Produktion führe.

Der „Mantel“ für jene Zeiten, die die Stationen nicht aus eigenen Beiträgen ausfüllen können, reiche von Berichten und Interviews aus allen Bereichen der deutschen Politik bis hin zu Magazintiteln und zu einer allwöchentlichen Hit-Liste.

Die speziellen Produktionen seien so offen, daß sie die örtlichen Sendungen beispielsweise durch Umfragen oder aktuelle Stellungnahmen zu „heißen“ Themen unterstützen und jederzeit lokal „angereichert“ werden könnten.

dpa



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Retgeber	18.55 Wenn schon, denn schon
10.00 heute	Amouröser Schwank
10.05 Die Schwarzwaldklinik	12.55 Presseschau
Der Wert des Lebens	13.00 heute
14.00 Tagesschau	14.00 heute
14.10 Unglücklich - aber auch wahr?	14.00 Biotechnologie
Reportagen und Gespräche über	2. Folge: Delikatess - vom Fie-
Legenden und Talsachen	brand!
Aminius, ein cheruskischer Fürst,	14.55 Die Musikanten
hat an der Spitze germanischer	Neue Serie mit Musik und Poesie
Truppen die römischen Legionen	17.00 heute / Aus dem Ländern
des Feldherrn Varus im Jahr 9 nach	17.15 Tele-Minierte
Christus vernichtet geschlagen.	17.30 Ein Colt für alle Fälle
Später haben ihn die Deutschen in	19.00 heute
Hermann umgeworfen und ihn als	19.30 Der oder Ich
Befreier Deutschlands gefeiert.	Fernsehfilm um Radradsport und
Toten sie das zu Recht?	Liebe
17.30 Das Tier	Buch, Regie: Hans Henning Borg-
Elefantenjagd	geit
17.50 Tagesschau	21.00 Tagesschau
Dort. Regionalprogramme	Skorpion
20.00 Tagesschau	21.15 WISO
20.15 Engel & Co. Concertos	Wirtschaft & Soziales
2. Folge: Ohne Auftrag	Themen u. a.: Verdienen Zahn-
21.15 Zeit	ärzte, was sie „verdienen“? /
Freizeit für Nelson Mandela	Lohnsteuer-Jahresausgleich für
Ankündigung an einen Mythos	Vorruheständler
Film von Elio Deamant	Moderation: Hans-Ulrich Spree
22.00 Die Mitternacht klärt Schiffs	21.45 heute-journal
Agnesgeschichte mit Hans Jo-	22.00 Die Deutschen sterben aus
achim Kulenkampf	Eine nicht unwahrscheinliche
7. Folge: Die Schwiegertochter	Reportage von Thomas Bellut,
Auf Martin Olden kommt in Bo-	Wolfgang Fondrich, Heinz Hem-
dum eine neue Aufgabe zu, denn	ming und Volker Herres
er hat sich von Eisa Matschies	Die Wissenschaftler des Statisti-
überreden lassen, für einen er-	schen Bundesamtes haben es aus-
krankten Kollegen vorüberge-	gerechnet: In 45 Jahren werden 15
hend Reisegruppen zu betreuen.	Millionen weniger Deutsche auf
22.30 Tagesschau	dem Gebiet der Bundesrepublik
22.50 Das Nacht-Studio	leben, wenn der Trend anhält?
Dorf im Wandel	Der Trend: Das sind seit Jahren
Spielfilm aus Sri Lanka (1982)	sinkende Geburtenzahlen.
2. Teil: Der Rebell	22.50 Kampfflug
23.00 Tagesschau	Fernsehfilm von Manfred Grunert
23.30 Nachtgedanken	Mit Josef Bierbichler, Monika
Späte Einsichten mit Hans Joachim	Baumgartner u. a.
Kulenkampf	0.45 heute



18.00 Kinke, der weiße Löwe	ren des Menschen aus dem All
18.30 Lesse	kommen und hier übersehene
18.40 Meckler	Spuren hinterlassen.
19.00 Ute	21.00 AFF Blick
Tödliche Träume	21.15 WM - Das Wirtschaftsmagazin
19.00 Westlich von Santa Fe	22.00 Jockox Extra
oder Regionalprogramme	Der Drache
19.30 AFF Blick	22.00 Das Heueste
Nachrichten und Quiz	23.00 AFF Blick
19.45 Extrablatt	Letzte Nachrichten
Ein kunterbuntes Unterhaltungs-	
magazin mit Prominenten und	
Belägen aus aller Welt	
Moderation: Christiane Krüger	
und Uli Promann	
19.45 Erinnerungen an die Zukunft	
Deutscher Dokumentar-Film (1969)	
nach dem gleichnamigen Bestel-	
ler von Erich von Däniken	
Regie: Harald Reinl	
Eindrucksvolle Dokumentar-	
nahmen aus Mittel- und Südame-	
rika, Nordafrika und Vorderasien	
illustrieren die kühnen Thesen des	
umstrittenen Autors, der zu be-	
weisen versucht, daß die Vorfä-	



18.00 Mini-ZB	ren des Menschen aus dem All
19.00 heute	kommen und hier übersehene
19.30 SAT-Studio	Spuren hinterlassen.
19.30 Me, sonnen	21.00 AFF Blick
Musik und Gäste bei Thomas Got-	21.15 WM - Das Wirtschaftsmagazin
tschick	22.00 Jockox Extra
20.15 Sport-Zeit	Der Drache
21.15 Zeit im Bild 2	22.00 Das Heueste
21.35 Kulturjournal	23.00 AFF Blick
21.45 Montagsklub	Letzte Nachrichten
Der Kommissar und sein Lockvo-	

III.

WEST	20.00 Tagesschau
20.15 Indesstraße	6. Folge: Die Heimkehrer
20.45 Auslandschau	Diamant aus Venedig
22.15 Bessie-Zeit	Der Bildhauer Bernhard Kleinhaus
22.45 Thema des Monats	Joelka Fischer
Anschl. Letzte Nachrichten	
NORD	20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthem	
21.00 Hobbytalk	
21.45 Das Internationale TV-Kochbuch	
22.00 Aspektthemen	Amerikanischer Spielfilm (1958)
23.15 Nachrichten	
HESSSEN	20.00 Heißer zum Leben!
Landkommunen in den 20er Jahren	
20.45 Die Sprachstraße	Die Seele des Neugeborenen
21.30 Diebstahl	
21.45 Memento	22.30 Aus einem interessanten Leben
22.50 Sandströmen	
19.30 Sonntags	
20.15 Das Verbrechen der Wälder	Erinnerungen an einen europä-
Erleben Lebensraum	
21.00 Killeben	
21.45 Die Buben von Catalhö	oder: Boxen als Lebenshilfe
22.30 Jazz am Montagabend	
23.45 Nachrichten	
BAYERN	20.45 Körpergeruch - Die vergessene
Sprache	
21.30 Rauschen	
21.45 Rückblick Sport	
22.45 Z. E. N.	
22.50 Meta Hall (2)	
23.50 Rauschen	



18.00 Kinke, der weiße Löwe	ren des Menschen aus dem All
18.30 Lesse	kommen und hier übersehene
18.40 Meckler	Spuren hinterlassen.
19.00 Ute	21.00 AFF Blick
Tödliche Träume	21.15 WM - Das Wirtschaftsmagazin
19.00 Westlich von Santa Fe	22.00 Jockox Extra
oder Regionalprogramme	Der Drache
19.30 AFF Blick	22.00 Das Heueste
Nachrichten und Quiz	23.00 AFF Blick
19.45 Extrablatt	Letzte Nachrichten
Ein kunterbuntes Unterhaltungs-	
magazin mit Prominenten und	
Belägen aus aller Welt	
Moderation: Christiane Krüger	
und Uli Promann	
19.45 Erinnerungen an die Zukunft	
Deutscher Dokumentar-Film (1969)	
nach dem gleichnamigen Bestel-	
ler von Erich von Däniken	
Regie: Harald Reinl	
Eindrucksvolle Dokumentar-	
nahmen aus Mittel- und Südame-	
rika, Nordafrika und Vorderasien	
illustrieren die kühnen Thesen des	
umstrittenen Autors, der zu be-	
weisen versucht, daß die Vorfä-	



18.00 Mini-ZB	ren des Menschen aus dem All
19.00 heute	kommen und hier übersehene
19.30 SAT-Studio	Spuren hinterlassen.
19.30 Me, sonnen	21.00 AFF Blick
Musik und Gäste bei Thomas Got-	21.15 WM - Das Wirtschaftsmagazin
tschick	22.00 Jockox Extra
20.15 Sport-Zeit	Der Drache
21.15 Zeit im Bild 2	22.00 Das Heueste
21.35 Kulturjournal	23.00 AFF Blick
21.45 Montagsklub	Letzte Nachrichten
Der Kommissar und sein Lockvo-	

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

Brennstoffe und Wald

„Auf ein Wort“; WELT vom 3. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, in der WELT stellt der Bayerische Staatsminister Alfred Dick in der Kolumne „Auf ein Wort“ einen Zusammenhang her zwischen den Waldschäden und der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle und Öl. Seine Aussage wirft zwei Fragen auf:

Weiß der Minister wirklich, daß die Waldschäden auf die Emissionen zurückzuführen sind, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen?

In Ihrer Zeitung und in anderen seriösen Publikationen kann man immer wieder lesen, daß die Ursachen für die Waldschäden noch nicht aufgedeckt sind.

Wenn der Minister die Zweifel über die wirklichen Ursachen der Waldschäden beiseite schiebt und die Verbrennung fossiler Energieträger für ursächlich erklärt, weshalb nennt er dann nur Kohle und Öl und nicht auch Erdgas?

Will er die Gasheizung fördern, indem er die Kohle- und Ölheizung in einem Zuge nennt und beide - auch die in Wirklichkeit umweltfreundliche Ölheizung - schlechtmacht?

Wenn wirklich Stoffe für das Waldsterben verantwortlich sind, die bei der Verbrennung fossiler Energieträ-

ger ausgeworfen werden, dann sind es die Stickoxide. Stickoxidemissionen aber werden in erster Linie vom Kraftfahrzeugverkehr mit einem Spitzenanteil von 45 Prozent produziert, gefolgt von den Kraftwerken und der Fernheizung (!) mit zusammen 31 Prozent und den Industrie- und Kleinfeuerungen mit 19 Prozent. Auf Hausbrand und Kleinverbraucher - dazu zählen die privaten Öl- und Gasheizungen - entfallen dagegen nur fünf Prozent.

Denkt man wie der Minister Dick an den Schutz der Wälder, so tragen die Öl- und Gasheizungen also relativ wenig zur Belastung bei; sie wirken sich aufgrund niedriger Kamine wenn überhaupt nur sehr lokal aus. Da die Höhe der Stickoxidemissionen auch von der Verbrennungstemperatur abhängt, liegen die Stickoxid-Abschwerte der Ölheizung sogar noch unter denen der Gasheizung.

Unter diesen Umständen ist die Äußerung des Ministers irreführend und unrichtig. Sie wird nicht dadurch richtig, daß sie von einem Minister stammt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wilhelm Isenburg,
Breckersfeld

Vorwand für Bürgerkrieg?

„Polizei räumt Bittendorf“; WELT vom 1. Januar

Sehr geehrte Herren, Grüne, Alternative und Chaoten haben sich in Wackersdorf wieder zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengefunden. Bäume werden gefällt, um als Baumaterial für ein „Umweltschutzdorf“ zu dienen.

Geht es eigentlich hier wirklich um Umweltschutz? Die „Umweltschützer“ geben sich große Mühe, die Realisierung des Entsorgungskonzepts in Gorbien und in Wackersdorf zu verhindern, damit man weiter behaupten kann, die Entsorgung sei ja noch nicht gelöst.

Interessanterweise haben die Franzosen auf dem Gebiet der Kernenergie heute einen Vorsprung von rund zehn Jahren, nachdem sie sieben den Nachfolgetyp des bei uns immer noch umstrittenen Schnellen Bräters in Betrieb genommen haben.

Es gibt da keine Probleme mit der Entsorgung, obwohl Frankreich keine Salzstöcke besitzt, die für die Lagerung der radioaktiven Abfälle opti-

Anerkennung

Sehr geehrte Damen und Herren, es muß einmal gesagt werden: Allen, die an den wöchentlichen Beilagen Geistige WELT und „Kleines Welttheater“ arbeiten und so zu ihrem Gelingen beitragen, gebührt höchstes Lob, Dank und Anerkennung, wobei ich besonders an die Es-systen und an die Karikatursisten denke.

Was hier an Humor dargeboten wird, ist meist so unwertend herzlich, daß einen ganze Lachsalven überfallen.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Schneider,
Ebstorf

Ein Monopol

„Bei Ihnen hat noch kein Minister vom Umwelt-WELT vom 28. Dezember“

Sehr geehrte Herren, eine clevere Lobby hat sich einen Naturpark geschaffen, in dem sie frei von den Zwängen des Wettbewerbs die Mitbürger dezent zur Kasse bitten. Über die dabei erbrachte Leistung kann man streiten. Eine Leiter und den Kehrbeut wird man bei den schwarzen Herren nicht mehr finden, sie sind auf Kosten der Hausbesitzer vegetationslosiert worden. Ein Schulkarton muß ihn oft ersetzen, und auch der Gang zum Müllimer ist nicht mehr unbegriffen.

Mit der Übernahme der Emissionsmessung ist ihnen ein Meisterstück gelückt. Hier haben sie eine Geldquelle angebohrt, die dank der Pump-tätigkeit des Staates mühselos sprudelt. Warum allerdings der schwarze Geselle zuverlässiger sein soll als der Monteur von der Heizungsfirma, ist nicht recht einzusehen. Wann kippt die Bundesregierung das Schornsteinregimentmonopol?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. Stern,
Königsbrunn

Teilschuld

„Bericht: Kriminalität in Deutschland“

Die Aufsatzreihe von Professor Schreiber enthält so viele Wahrheiten, daß sie in einem Leserbrief gar nicht alle unterstreichen oder gar wiederholt werden können. Der WELT sei Dank, daß sie sie gebracht hat, wie auch kürzlich „Die lautlose Katastrophe“.

Die gezielte Form von Staats- und Obrigkeitserziehung hat ein unerträgliches Ausmaß angenommen, der Normenzerfall sich seuchenhaft ausgebreitet. Aber was nützt die Er-

kennnis? Schulterklappen und sagen „recht hat der Mann“ bringt nichts, und daß einige wenige diese Wahrheiten teilen, veranlaßt weder Medien noch Erzieher zur Änderung ihrer unheilvollen Wühlarbeit.

Liegt nicht mindestens eine Teilschuld bei denen, die deren Tätigkeit unter dem Mantel des „rechten Demokratieverständnisses“ jahrelang geduldet haben, nur ängstlich bemüht, nicht in den Verdacht der Intoleranz zu kommen?

Mit dem Spruch „Wehret den Anfängen“ ist man sofort bei der Hand, wenn irgendein Halbidiot Bakenkreuze an Hauswände schmiert. Den Anfängen des Anarchismus hat aber leider niemand wirksam gewehrt, trotz der Erkenntnisse Einzelner, wie jetzt von Professor Schreiber. Ist unsere Demokratie vielleicht doch nicht so kämpferisch, wie sie sich gern hinstellen läßt, daß sie ihren eigenen Selbstmord verhindern kann?

Man kann nur hoffen, daß Professor Schreiber Forderung sich endlich durchsetzt. Wer Freiheiten aktiv kämpferisch benutzt, um Freiheiten anderer abzuschaffen, muß dann gehindert werden.“

Mit freundlichen Grüßen
Berthold Kriebel,
Groß Grönau

Völkermord

Sehr geehrte Redaktion, mit massiver sowjetischer Unterstützung führt Vietnam, welches den Sowjets den ehemaligen US-Stützpunkt Cam Ranh übergeben hatte, einen brutalen Krieg gegen die Bevölkerung von Laos und Kambodscha. Durch die brutale „Vietnamisierungspolitik“ soll vor allem der Bevölkerung von Kambodscha die nationale Identität genommen werden. Banals Aggressionskrieg zur Errichtung seiner Indochina-Föderation geht bereits ins achte Jahr.

Hanoi kann aber den Widerstand des kampucheanischen Volkes unter der Führung der Koalitionsregierung nicht brechen, wie die fehlschlagende Trockenzeitoffensiven gezeigt haben.

Wir dürfen diesen Krieg in Indochina genau so wenig vergessen wie den von der expansionistischen Sowjetunion am Hindu Kush praktizierten Völkermord. Für ein nicht-kommunistisches, unabhängiges, freies, block-freies Kambodscha und Laos!

Mit freundlichen Grüßen
Gerd Wedemeyer,
Wiesbaden

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Erzbischof Guido Del Mestri, Diplomat im Dienste des Papstes und zuletzt Apostolischer Nuntius in Bonn, wird heute 75 Jahre alt. Der Sohn eines italienischen Adligen und einer österreichischen Gräfin, für den Deutsch die zweite Muttersprache ist, sammelte seine ersten Deutschlandserfahrungen zwischen 1953 und 1959 an der Nuntiatur in Bad Godesberg. Nach seiner Ernennung zum Erzbischof 1961 wurde Del Mestri Apostolischer Pro-Nuntius in Nairobi/Kenia. Weitere Stationen seines diplomatischen Weges waren die Nuntiaturen in Mexiko und Kanada. Als Nachfolger des heute emeritierten Kardinals Carlo Baffie erwarb sich Del Mestri in den acht Jahren seiner Amtszeit als Apostolischer Nuntius und Doyen des Diplomatischen Korps den Ruf eines unauffälligen, zurückhaltenden und vorsichtigen Diplomaten. Für die katholische Kirche und die Bischofskonferenz war er ein ausgezeichnete Vermittler zum Vatikan. Nur ungern ließen Staat und Kirche den allseits beliebten Nuntius im Herbst 1984 ziehen, als Guido Del Mestri mittelte, der Papst habe sein aus Gesundheitsgründen eingereichtes Rücktrittsgesuch angenommen.

EHRUNGEN

Der Insipizient Wehrpharmazie der Bundeswehr, Generalapotheker Hanns Heidemanns, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Heidemanns - 1927 in Aachen geboren - trat 1958 in die Bundeswehr ein. Er war maßgeblich beteiligt am Auf- und Ausbau der Sanitätsmaterialversorgung im Bereich des Heeres, war von 1969 bis 1977 Referent im Bundesministerium der Verteidigung und anschließend Leiter der Apotheke des Bundeswehrzentralkrankenhauses in Koblenz. Hier leistete er Pionierarbeit bei der Herstellung von Arzneimitteln für die Bundeswehr und bei der Einführung eines EDV-Systems für Bundeswehrkrankenhausa-potheken. Heidemanns ist Herausgeber des „Handbuch für Sanitätsmaterial der Bundeswehr“.

Für seine besonderen Verdienste um den Dialog zwischen Christen und Juden wird er an der Gesamthochschule Duisburg lehrende evangelische Theologieprofessor Heinz Kremers mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet. Die Verleihung der Auszeichnung erfolgt bei der Eröffnungsfest der

„Woche der Brüderlichkeit“ am 2. März in Duisburg. Die Laudatio wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau halten. Mit der Buber-Rosenzweig-Medaille würdigt der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit seit 1968 Verdienste um die christlich-jüdische Verständigung. Die Auszeichnung ist nach Martin Buber und Franz Rosenzweig benannt, die gemeinsam die Heilige Schrift ins Deutsche übertragen haben. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderen Bischof Karl Seifert, Eugen Kogon, Friedrich Dürrenmatt, Helmut Gollwitzer, Friedrich Heer, Schalom Ben-Chorin und Isaac Bashevis Singer.

Dr. Hanns Jürgen Küsters, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, wurde für eine Reihe zeitgeschichtlicher Fragestellungen über Leben und politische Wirken Jean Monnets, des Gründervaters der Europäischen Gemeinschaft, mit der Jean-Monnet-Medaille ausgezeichnet. Die von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe (Lausanne) und der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Stiftung (Basel) verliehene Auszeichnung wurde Dr. Küsters im Rahmen der Veranstaltung zur Verleihung des Jean-Monnet-Preises vom Präsidenten des französischen Senats, Alain Poher, überreicht. Durch zahlreiche Interviews, die der Wissenschaftler in den beiden letzten Jahren mit bekannten Bonner Politikern wie Professor Karl Carstens,

Pankraz, M. Kundera und die neuen Medien

Nun hat sich auch der tschechische Exil-Schriftsteller Milan Kundera unter die Generalkritiker an den modernen Medien eingereiht. Im Januarheft von „Westermanns Monatsheften“ reißt er eine furiose Attacke gegen das „System des Vergessens“, das durch diese Medien etabliert worden sei. Als unheilvollen Motor des Systems macht er die „Aktualitätssucht“ aus. Indem die Medien wie verrückt die Aktualität hinterherlaufen, erleide, wie wichtig oder unwichtig sie sei, fragmentierten und zerhackten sie den ursprünglich einheitlichen kulturellen Zusammenhang, lieferten ihm insgesamt dem Vergessen aus.

Kundera konstruiert eine regelrechte „Dichotomie“, einen prinzipiellen, alle Facetten trennenden Abgrund zwischen Medien und Kultur. Die Medien seien individualistisch, die Kultur bane Komplexität auf; die Medien beuten Komplexität ab; der Hauptmodus der Kultur sei die Frage, der Hauptmodus der Medien die (leicht gemachte) Antwort; die Kultur sei schließlich der Freund der Künstler und Dichter, die Medien ihr Feind.

So verführerisch solche Kontrapunkte klingen – Pankraz möchte dringlich vor ihnen warnen. Bei aller Wertschätzung für Kundera kann er ihm den Vorwurf nicht ersparen, von der rhetorischen Wirkung willen selber kräftig zu vereinfachen, Komplexität abzubauen. Kundera nennt die Kultur eine „Hüterin der Erinnerung“. Aber wie wird Erinnerung denn transportiert, wenn nicht durch die Medien? Liefern die modernen Medien mit ihrem ewigen „Wahrnehmen“ von Gedanktagen nicht schon seit längerem gerade zu viel Erinnerung, werden durch das Übermaß von Erinnerung und Musealisierung nicht allmählich die Kanäle verstopft, so daß innovative Unternehmungen gar nicht mehr ihre Adressaten erreichen?

Die neuen Medien eröffnen gewaltige, bis vor kurzem noch kaum für möglich gehaltene Chancen der Datenspeicherung und des Datenabrufs, die vielen bereits wieder viel zu weit gehen, so daß der Ruf nach der „Gnade des Vergessens“ erschallt. Was macht es da schon, wenn Boulevardzeitungen die „allerletzte Neuigkeit“ hinausposaunen und das Fernsehen allabendlich einen Rebus aus Ereigniskürzeln und Symbolbildern als Aktualitätsschau anbietet? Die Archive werden dadurch weder kleiner noch unwichtiger, im Gegenteil. Und was das so finstern beschworene Zerhacken des kulturellen Zusammenhangs betrifft, so wäre zu nächst einmal festzuhalten, daß auch die Erinnerungstrecke der Medien selbst ein kompliziertes Einander von Kontinuität und Diskontinuität darstellt, das nur in homöopathischen Dosen respektiert werden kann.

Pankraz kann sich des Verdachts nicht erwehren, als ziele Kundera mit seiner Philippika auf etwas ganz anderes als auf Zerhacken und Vergessen, als wünsche er sich heimlich, was er beklagt: nämlich die Anwesenheit von Journalismus, Aktualität und Diskontinuität innerhalb von Literatur und Kunst. Er kommt ja aus dem kommunistischen Osten, wo der Journalismus

von Partei wegen zu einem Schatz- und Verlautbarungsdasein verdammt ist und die Regierung bestimmt, ob ein aktueller Vorgang, beispielsweise ein Flugzeugabsturz oder ein Erdbeben, in die Zeitung kommt oder nicht. Journalismus und Aktualität wandern dort, soweit es möglich ist, in die Belletristik ab, das heißt: die Dichter kommen in die stolze Lage, gleichzeitig Hüter der Erinnerung wie Verteiler von Aktualität zu sein.

Diese Lage wird, wie man weiß, bitter erkaufte, mit überdimensionaler Aufmerksamkeit seitens der staatlichen Organe, mit gesellschaftlicher Diskriminierung, Druckverbot und Schlimmerem. Aber es ist dennoch eine privilegierte Lage. Sie macht etwa aus einem Romancier zusätzlich noch einen Kommentator aktueller politischer Ereignisse, einen konkurrenzlosen Artikulierer oppositioneller Unterströme. Scheinbar „zeitlos“ angelegte Texte schillern in vielfältiger Bedeutung, die Kunst der Anspielung blüht, die Sklavensprache offenbart ungeheute semantische Möglichkeiten.

Wer als Meister solcher Sklavensprache in den Westen kommt, der ist meistens zuerst einmal tief schockiert von der hier üblichen Offenheit und brutalen Direktheit der politischen Auseinandersetzung. Er trifft auf ganze Horden gewiefter Politikkommentatoren von der unterschiedlichsten Couleur, die jedem politisierenden Romancier allein schon durch ihre Schnelligkeit und mediale Reichweite weit überlegen sind. Alle nur irgendwie bemerkenswerten Ereignisse werden sofort registriert und konsequent vermarktet. Der Belletrist sieht sich auf das Grundsätzliche und Private zurückgeworfen. Er hat das Gefühl, daß ihm etwas weggenommen oder kaputt gemacht wird.

In der persönlichen Perspektive mag es sich dann so annehmen, als wären Kultur und Medien, Dauer und Aktualität, Dichtung und Journalismus grundsätzlich Feinde und Kontrahenten. In Wirklichkeit durchdringen sie sich gegenseitig, beeinflussen sich, wechseln manchmal zu weit gehen, so daß der Ruf nach der „Gnade des Vergessens“ erschallt. Was macht es da schon, wenn Boulevardzeitungen die „allerletzte Neuigkeit“ hinausposaunen und das Fernsehen allabendlich einen Rebus aus Ereigniskürzeln und Symbolbildern als Aktualitätsschau anbietet? Die Archive werden dadurch weder kleiner noch unwichtiger, im Gegenteil. Und was das so finstern beschworene Zerhacken des kulturellen Zusammenhangs betrifft, so wäre zu nächst einmal festzuhalten, daß auch die Erinnerungstrecke der Medien selbst ein kompliziertes Einander von Kontinuität und Diskontinuität darstellt, das nur in homöopathischen Dosen respektiert werden kann.

Das Verhältnis ist also nicht spannungsgelad und nicht ohne Risiken. Aber es ist kein Verhältnis der Erbfeindschaft. Und es kann auch keine Rede davon sein, daß das Übel ausschließlich in der Modernisierung der Medien liegt. Das elektronische Tempo, der Zug zur bildhaften Abkürzung sind unser aller Schicksal. Vielleicht sollten die Kulturwarte, statt sich ostentativ von diesem allgemeinen Zug abzukoppeln, einmal darüber nachdenken, was vom Standpunkt der Belletristik aus getan werden kann, um eine eventuelle Entgleisung zu verhindern.

Pankraz



Verlust der ewigen Jugend: Szenen aus Roland Petis' „Der Blaue Engel“ (links) und aus Pina Bausch's „Nelken“

FOTOS: VERLAGE

Die schwere Kunst, einen Goldfisch zu zähmen

Wer hat Angst vor alten Tänzern? fragt Horst Kogler in der Einleitung zu „Ballett 1985 – Chronik und Bilanz des Ballettjahres“ (Orell Füssli + Friedrich, 128 S., 29,80 Mark) und schneidet damit das zentrale Thema des Annulls an: die allmähliche ästhetische Verschiebung vom Tanz als einer Kunst der ewigen (wenigstens vorgetäuschten) Jugend zu einer Charakterkunst, die nicht einfach auf ganze Generationen von Ausdrucksfähigkeit verzichten kann.

Ob John Neumeier und Marcia Hayde in den „Stühlen“ nach Ionesco, ob Roland Petit als Professor Un-

rat in Berlins „Blauen Engel“, Hans van Manen als Falstaff in Basel: die Bühne hat sich angefreundet mit solchen Persönlichkeiten, bei denen das Nachlassen körperlicher Fertigkeiten keinen Verlust von künstlerischen Fähigkeiten bedeutet. Von den Jungen als Perspektive, von den Alten im Rückblick, von Tanzlehrern und Sportmedizinern wird dieses Thema in allen seinen Facetten beleuchtet – auf bedenkenswerte Art.

Den Fehlbedarf an deutscher Tanzliteratur, die sich nicht bloß auf Hochglanzfotos beschränkt, baut seit einiger Zeit der Kölner Verlag „Ballett international“ ab. „International“ ist

keine Makulatur: Fast alle Publikationen erscheinen zweisprachig, so auch die monatliche Zeitschrift „Ballett international“, die dazu noch regelmäßig Zusammenfassungen in französischer Sprache beilegt.

Die Redaktion hat nun auch ein Jahresspekt vorgelegt: „zeitgeist hand-book '86“ (20 Mark), ein Titel, der weniger verspricht, als er hält. Denn hier greift der Tanz noch weiter aus, über das Theater hinaus. Das Heft versucht, in den Tanz-Produktionen jenes neue, illiterarische Denken wiederzufinden, das von der Literatur zwangsläufig kaum formuliert werden kann, oder auch jene neue Ästhe-

tik, die von der zeitgenössischen Kunst vorgeprägt wird.

Den beiden Galfionsfiguren eines solchen Tanz-Verständnisses, Kurt Jooss und Pina Bausch, hat man zwei hervorragende Separat-Publikationen angedeihen lassen: „Jooss“ (38 Mark), eine von den Erben Anna und Hermann Markard herausgegebene Dokumentation des Choreographen und seiner Compagnie, sowie von Norbert Servos und Gert Weigelt. „Pina Bausch Wuppertal Dance Theatre“ oder „The Art of Taming a Goldfish“ (263 S., 60 Mark), das die Stücke der Bausch seit dem „Sacre“ in Texten und Fotos nachzeichnet. ebl

Was darf, was muß verboten werden? Biotechnologie, Recht und Ethik bei den 16. Bitburger Gesprächen

Man kann keine Völker verschrotten

Was ist möglich auf dem Gebiet der „Biotechnologie“, und wo kann und soll man es rechtlich einschränken? Bei den 16. Bitburger Gesprächen, mit dieser Frage vom Spiritus rector der Gesellschaft für Rechtspolitik, dem früheren Mainzer Justizminister Otto Theisen, eröffnet, gelangte ein illustrierter Gelehrtenkreis nicht überall zu Konsens.

Zusammen behandelt wurde sowohl die Möglichkeit der Genmanipulation durch „Herausschneiden“ und Ersetzen von Erbkodierten im DNS-Strang mittels Enzymen als auch die entfernt verwandte Frage der künstlichen Befruchtung. Professor Hansgeorg Garsch, stellvertretendes Hochtendentsmitglied, beschrieb den Stand der Wissenschaft und hob hervor, daß die etwa für die Herstellung von Insulin oder Interferon oder andere Zwecke veränderten Mikroorganismen in keinem Fall außerhalb der Laboreinrichtungen überleben könnten, also auch ein Unfall bislang keine Gefahr einer Verbreitung neuer Lebewesen bedeute.

Garsch's Schlussfolgerung: „Der Mensch hat die Möglichkeit, in die Erbinformation gezielt und nach seinem Willen einzugreifen. Vielleicht darf man sagen, er hat sich mit diesem Schritt wirklich die Welt untertan gemacht.“ Verbote, meinte er, könnten nicht durchgesetzt werden; es bleibe nichts übrig, als immer wieder die Verantwortung der Wissenschaftler zu betonen und den Konsens omnium zu suchen. Eingriffe in die Keimbahn lehnte er aber grundsätzlich ab: „Wir können keine genetischen Versuche am Menschen machen.“

Damit waren die zentralen Fragen bereits angesprochen. Verantwortung vor wem? Bundesverfassungsrichter Professor Helmut Steinberger und andere hoben hervor, daß schließlich nur die Verantwortung vor Gott bleibe. Von der Kirche, sagte der frühere Verfassungsgerichtspräsident Ernst Benda, sei zu diesen Problemen nicht allzuviel bestritten worden. CDU-Generalsekretär Geißler bemerkte in seinem Schlusswort: „Ich halte es für wichtig, daß in der Politik wieder über Gott gesprochen wird – und daß in der Kirche wieder über Gott gesprochen wird.“

Zwar herrschte Einigkeit, daß man nicht versuchen dürfe, einen „neuen“, „besseren“ Menschen zu schaffen. Und Benda warnte, daß Eingriffe in die Keimbahn unumkehrbar seien: „Man kann nicht Personen zurück ins Werk liefern oder Bevölkerungen verschrotten.“ Aber der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Roman Herzog, warf nach Erfahrungen seiner Frau – sie arbeitet für eine Gruppe todgeweihter junger Menschen – die Frage auf, ob man wirklich nicht versuchen dürfe, schwere Erbkrankheiten zu beseitigen.

Der Streit um die In-vitro-Fertilisation (Befruchtung außerhalb des Mutterleibes) führte einerseits zu der Frage, ob man die „überzähligen“ befruchteten Embryonen einfach töten dürfe, und andererseits, welche Rechtsprobleme sich für Kinder ergäben, die mit nur einem Elternteil oder aber mit gar vier Elternteilen geschaffen würden. „Klonen“, warnte Professor Albin Eser vom Max-Planck-Institut (Straßburg), ist heute schon inso-

fern möglich, als man ein befruchtetes Ei beliebig spalten und, wenn man mit dem so erzeugten Kind „zufrieden“ ist, mehrere andere Kinder derselben Anlage entwickeln kann.

Ungelöst blieb, wie Versuche am eigenen dazu erzeugten Embryo im Licht der Kant-Regel zu beurteilen sind, daß der Mensch nicht zum Objekt des Menschen werden dürfe. Und: Soll die Anonymität der Samenspender wirklich unterbunden und ein „künstlich“ gezeugtes Kind, wie gefordert, mit dem 16. Lebensjahr erfahren, wer sein Erzeuger ist (seine Erzeuger sind)? Was ergibt sich daraus an Unterhaltansprüchen des Kindes gegen den genetischen Vater (Väter) – und welche ergeben sich umgekehrt?

Sarkastisch merkte Professor Josef Isensee (Bonn) unter Hinweis auf die erleichterte Abtreibung an, wie einerseits der „konventionell erzeugte Embryo“ den heutigen Hedonismus störe und andererseits der „technisch erzeugte Embryo“ in unserer industriellen Gesellschaft hervorragend geeignet sei für „gefährlose Aktivierung von Ethik“.

Der allgemeinen Sorge setzte der Berliner Senator Professor Rupert Scholz eine „grundsätzlich etwas andere“, optimistischere Einschätzung entgegen: Man solle weniger auf Skepsis und Verbote setzen und mehr darauf, was die neuen Technologien an Positivem böten. Zum Gegensatz zwischen Forschungsfreiheit und Risiken warnte Scholz vor einer „gefälligen Anpassung an eine mehr oder weniger verwirrte Öffentlichkeit“. Regelungspflichten seien nur bei „evidenten“ Verstößen gegeben.

Auch Professor Eser empfahl strafrechtliche Zurückhaltung, bis man jenseits genauer wisse, womit man es zu tun habe. Immerhin wies Professor Rühlers (Konstanz) auf eine Wende in der wissenschaftlichen Arbeit hin: Früher habe man Forscher machen lassen und gewartet, ob das Ergebnis nützlich sei; heute könnte schon die Forschung gefährlich werden und Kontrolle erfordern.

In einer vielapplaudierten Untersuchung zivilrechtlicher Aspekte der Gentechnologie stellte Professor Dagmar Coester-Waltjen (Hamburg) zu Klagen über „die Frau als Gebärmutter“ klar, daß die Frauen zur Selbstbestimmung über den eigenen Körper durchaus fähig seien: „Die Frau muß nicht vor sich selbst geschützt werden.“ Die In-vitro-Fertilisation sei nicht sittenwidrig; wohl aber hält Frau Coester-Waltjen hier jede „Kommerzialisierung“ für sittenwidrig und daher Verträge über Bezahlung von Ersatzmutterchaft usw. für nichtig.

Unklar blieb, ob, wo kein internationaler Konsens erzielt werden kann, nationale Regelungsvorschriften sinnvoll seien oder nur dazu führen, daß Versuche in anderen Ländern ausgeführt würden. Nicht einmal im Patentrecht herrscht Klarheit, welche Gentechniken schließlich geschützt werden können und welche nicht, wie Professor Friedrich Karl Beier vom Max-Planck-Institut (Urbach) erläuterte. Die Gesellschaft für Rechtspolitik wird, wie Theisen angekündigt, der Gentechnologie noch einmal in einem Symposium im September nachgehen.

ENNO von LOEWENSTERN

JOURNAL

Davies wird endgültig Chefdirigent in Bonn

Inw, Bonn
Gegen den Willen des Orchesters wird Dennis Russell Davies von August 1987 an bis 1992 neuer Generalmusikdirektor in Bonn. Er habe nach dem Gespräch mit der Findungskommission, keinerlei Zweifel mehr daran, sagte Davies in Bonn. Offiziell fällt der Stadtrat die Entscheidung am 5. Februar. Die Fraktionen, vor allem die mit Mehrheit regierende CDU, signalisierten nach der Sitzung bereits ihre Zustimmung. Zum Konflikt mit dem Orchester, dessen Vorstand aus Protest zurückgetreten war, meinte Davies, er sei sicher, die Bedenken durch klare Gespräche und vor allem durch fruchtbare gemeinsame Arbeit auszuräumen zu können. Als „sehr deprimierend“ bezeichnete dagegen Bernd von Scheel, Sprecher des Orchestervorstands, die Entscheidung. In einem Gespräch mit dem Vorstand habe Davies „die Bedenken des Orchesters nicht akzeptiert“.

Rekordpreis für neuen Roman von Clavell

dpa, New York
Für den Rekordpreis von fünf Millionen Dollar haben die amerikanischen Verlage William Morrow und Avon Books die nordamerikanischen Rechte für den neuen Roman von James Clavell, „Whirlwind“ (Wirbelwind), erworben. Das Buch, das zur Zeit des Falls des Schah-Regimes im Iran spielt, soll im Herbst erscheinen.

Thyssens Abkommen mit sowjetischen Museen

AFP, Moskau
Baron Hans-Heinrich von Thyssen-Bornemisza hat mit dem sowjetischen Kulturminister Fjodor Demishev zwei Abkommen über einen Kunstaustausch mit den Museen von Moskau und Leningrad unterzeichnet. Wie Thyssen mitteilte, werden über 150 Kunstgegenstände aus seiner Sammlung vom 1. Juli bis 20. November dieses Jahres in Leningrad und anschließend in Moskau ausgestellt werden. Parallel sind in der „Villa Favorita“ in Lugano Leihgaben aus den sowjetischen Museen zu Gast. Ein zweiter Austausch ist für 1987 geplant.

Michel de Certeau

AFP, Paris
Der französische Philosoph und Historiker Michel de Certeau ist in Paris nach langer Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Certeau war Jesuit. Er machte sich vor allem auf dem Gebiet der Erkenntnistheorie einen Namen. Als Historiker erforschte er die Mystik und als Anthropologe das Alltagsleben.

Lucia Chase gestorben

AFP, New York
Die amerikanische Tänzerin und Choreographin Lucia Chase, Mitbegründerin des „American Ballet Theatre“, ist in New York im Alter von 78 Jahren gestorben. Lucia Chase wurde 1940 Mitbegründerin des ABT, das sie bis 1979 leitete und zum wichtigsten Gegenpol des New York City Ballet machte, indem sie einerseits das klassische Repertoire pflegte, andererseits junge Choreographen förderte.

Sächsische Intimität: Zur Ausstellung „Dresden heute“ im Ulmer Kunstverein

Symbolische Akte des Weiterlebens

Schritte in der geographischen Größenordnung Dresdens haben, in Ost und West, heute je an die tausend organisierte Künstler. Stefan George würde sagen: „Schon ihre Zahl ist Frevel.“ Die Ausstellung „Dresden heute“ im Kunstverein Ulm begnügt sich mit Malerei, Zeichnung und Druckgraphik von 15 Künstlern und Künstlerinnen. Die Plastik bleibt ausgespart. Es ist die mittlere und die jüngere Generation, vom 57-jährigen Gerhard Kettner – dem Inspirator der Veranstaltung – bis zur 29-jährigen Gudrun Trendafflow, Generationen, die beide zusammen an Stelle der alten, heute fast ausgestorbenen getreten sind und das ausmachen, was Dresden „heute“ ist.

Von den Alten leben nur noch Glöckner, Rosenhauber, Heuer (der letzte der Kokoschka-Schüler), Gussy Hippold-Ahnert (wohl die letzte Dix-Schülerin) und vielleicht noch der eine oder andere, der nicht mehr hervortreten mag. Im letzten Jahr starben Helmut Schmidt-Kirstein und Willy Wolff. Beide wurden von den Jungen sehr beachtet, aber vielleicht fühlen jene sich – so bitter das ist – erst jetzt eigentlich „frei“, fühlen die Verantwortung, Dresden zu „sein“.

Gudrun Trendafflow, eine neue Expressionistin, arbeitet heute im einstigen Atelier Schmidt-Kirsteins – ein fast symbolischer Akt des Weiterlebens.

halten; dazu beider Gegenteil, die Sensibilisten, die von der sprichwörtlichen Dresdner Malkultur herkommen: Helmut Gebhardt, der mit seinen farbigen Linolschnitten ein willkommene Pendant zu Werner Wittig's japanistischen Holzdrucken bildet, und Klaus Denhardt, der mit seinen Papierfaltungen eine Synthese aus Dresdner Peinture und Glöckners Konstruktivismus pflegt. Denhardt mußte bedauerlicherweise wegfallen – weil er einen Ausreise-Antrag laufen hat.

Der mit vielen Farbtönen bestückte Katalog enthält ohnehin mehr, als die vier Wände des Ulmer Kunstvereins aufnehmen konnten. Die Ausstellung zeigte jedoch zum einen, wie bewundernswert Tradition fortgeführt wird, zum anderen, welche neuen expressiven Tendenzen sich Bahn brechen, die aber, sieht man genauer hin, durchaus auch ihre spezifisch dresdnerischen Wurzeln haben. Denn hier hatten nicht nur die Expressionisten der „Brücke“ von 1905, nicht nur der Apokalyptiker Ludwig Meidner, sondern um 1919 auch die jungen Wildlinge Dix und Feilbühler gewirkt, und Kokoschka hat Dresden erst 1924 verlassen.

Am ungebärgtesten ist die 29-jährige Angela Hampel, die eigentliche Entdeckung der Ausstellung; sie malt und zeichnet ihre bunte Typen, beruft sich unilaterisch auf Literatur, „Die Schöne und das Tier“ der Madame Leprince de Beaumont und Christa Wolfs „Kassandra“.

Der Radius der Ausstellung ist groß: vom kantigen Expressionismus Stefan Plankers, seinen leeren, zugigen Kammern, bis zum „weichen

Stil“ Peter Grafts, der die zerlaufenen Dinge Salvador Dalis ins Dresdnerische zu übersetzen scheint, überhaupt etwas „Spanisches“ hat, geheimkultisch, totenwachhaft.

Auf der 11. Bezirks-Kunstausstellung im Herbst vorigen Jahres stellte Wolfgang Sny (in Ulm nicht dabei) einen Siebdruck in der Strichmännchen-Manier Pencks aus – Penck selbst aber hatte vor ein paar Jahren seine Heimat verlassen müssen.

Hubertus Giebel ließ in einem Privatdruck, der Radierungen zu Texten der Weltliteratur enthält, ein Gedicht des einst verpönten Gottfried Benn erscheinen, ein Gedicht übrigens, das von Reise-Sehnsucht, von Treiberei und von griechischem Glück spricht.

„Expressivität heute“ war letztes Jahr eine Ausstellung im Ostberliner Alten Museum benannt, daran waren auch einige junge Dresdner beteiligt, die wir hier wiedersehen. „Dresdner Kunst heute“ hieß 1977 eine Ausstellung in dem rührigen kleinen Dresdner Leonhardi-Museum. Seit 1977 hat sich in der Kunstwelt einiges verändert; es war das Jahr, da die Leipziger zum erstenmal in die Kaseler „documenta“ einbezogen wurden – ein folgenreicher Vorgang. Seit da wird Leipzig, von Penck abgesehen, gern von der Kritik gegen Dresden ausgespielt. Die Dresdner sind mit ihrer Schmähung Leipzigs an der Umkehrung freilich nicht unschuldig. Leipzig hat sächsisches Pathos, Dresden sächsische Intimität; Leipzig führt im Figurenbild, im monumentalen Format, Dresden bescheidet sich.

So ist auch der Dresdner Max Uhlig im kleinen Format eigentlicher als



Gudrun Trendafflow: „Akt Ausstrahlung“, aus der Ulmer Ausstellung

FOTO: KATALOG

im großen. Kettner, der sich ohnehin auf Format und Medium der Zeichnung beschränkt, verweist in einem Katalogtext auf den Schweizer Otto Meyer-Amden, einen Miniaturisten auch des Seelenlebens, einen Robert Walser der bildenden Kunst. Kettner gibt auch ein Wort seines Lehrers Hans Theo Richter wieder, es käme darauf an, mit fünfzig noch Talent zu haben!

Wie sich die neue Wildheit in West und Ost bewähren wird, muß sich zeigen. Es gab in Dresden nach dem Kriege einen jungen Wilden, Walter Prescher, der von den Augen der Malkultur beargwöhnt wurde; er schuf eruptiv, vernichtete alle acht Tage seine letzten Arbeiten – und war mit Ende dreißig ausgebrannt, ließ nichts mehr von sich hören. Die Jugend in „Dresden heute“ hat wohl mehr Selbstvertrauen.

DIETER HOFFMANN

Bis 19. Jan.; Singsen: 4. bis 20. April; Ravensburg: 9. Mai bis 4. Juli; Gelsenkirchen: 12. Juli bis Ende August; Katalog: 20 Mark.

Ein Kolloquium über den Dichter Paul Celan an der Universität von Haifa

Tigersprung in die Vergangenheit

Im Turm der Universität Haifa versammelten sich deutsche und israelische Literaturwissenschaftler, um über den Dichter Paul Celan zu diskutieren. Daß es kein Reden im Elfenbeinturm wurde, dafür sorgte die geschichtliche Realität, die in Gestalt von Jugendfreunden und Leidensgefährten des Dichters gleichsam mitanwesend war.

Die von Chaim Shoham (Haifa) und Bernd Witte (Aachen) geleitete Tagung mit den Schwerpunkten: Sprachform, Spätwerk und Übersetzungsproblematik knüpfte an das letzte Symposium in Seattle an, zum Beispiel in der Frage, ob das Celan'sche Frühwerk das Schreckliche in eine Aura des Schönen hüllte. Theo Bucks neue Interpretation der „Todesfuge“ gipfelte in der Feststellung, daß diese raffinierte „Wortklang-Partitur“ den „Schein des Schönen gleichsam von innen heraus sprengt“.

Es sei gerade kein Gedicht über Auschwitz, sondern eine Fuge des Erinnerns. Der Erinnerungsvorgang gelinge im gleichen Maße, wie die dichterische Form gelingt. Die Ansicht, daß Lyrik dieser Art dennoch eine unerträgliche Ästhetisierung des Grauens darstelle und hier „mit Entsetzen Sprache getrieben“ werde, vertrat Tuvia Ribner (Merchavia) in seinem Gegenreferat. Die sich anschließende Diskussion ergab, daß Celans Gedichte auch als „Prozess einer Sprachreinigung vom Hitlerfaschismus“ verstanden werden können.

Als ästhetische Zäsur erschien die „Todesfuge“ Manfred Winkler (Jerusalem) in seinem Vortrag über die „dichterische Wandlung Celans“. Entgegen der Forschungsmeinung

sieht er im Spätwerk keine Steigerung, sondern eher eine Verhärtung und Vermummung des dichterischen Sprechens. Mit Winkler kam zugleich ein Übersetzer zu Wort, der auf ganz praktische und aufschlußreiche Übertragungsprobleme hinwies.

In die kühlere Luft der Theorie führte dagegen Winfried Menninghaus (Berlin) mit seinem Referat zum „Anspielungs- und Beziehungswahn bei Celan und seinen Interpreten“. Celans gegenwärtige Zitation von Kirchenliedern wie die aktuelle Forschung zum Spätwerk wurden einer Kritik aus neostrukturalistischer Perspektive unterzogen. Während Menninghaus eine „Zerstreuung des Celan-Gedichts in disparate Textelemente“ behauptete, ging Israel Chalaten – wie andere auch – von einer Sinn-Einheit des Gedichts aus. Chalaten betrachtete das Gedicht „einmal“ aus der Sicht von Platons Überlegungen zur Sprache. Der Vers „Licht war Rettung“ sei lesbar als „Hinwendung aus dem Dunkel der unfreien Dingen zum Hellwerden des Bewußtseins“.

Gegensätzliche Methoden der Gedichtinterpretation führten Thomas Sparr (Hamburg) mit linguistischem, Barbara Klose (Gießen) mit hermeneutisch-semantischem Ansatz vor, während zwei zentrale Prosatexte Celans von Karin Lorenz-Lindemann und Esther Camron (Jerusalem) untersucht wurden: Lorenz-Lindemann las das „Gespräch im Gebirg“ viel leicht allzu eindeutig als „Palimpsest“, als „Übermalung“ von Büchners Lenz-Erzählung, Camron deutete in einem konfessionalen Beitrag „Das Dunkle und das Helle der

Meridian-Rede“. Ruth Dinesen aus Kopenhagen war die kompetente Interpretin der ästhetischen Beziehung von Nelly Sachs und Paul Celan. Anhand bisher unbekannter Briefe rekonstruierte sie die mehr als zehnjährige Freundschaft. Nelly Sachs' Identifikation mit dem „Dichter-Bruder“ entspricht Celans „Poetische Transfiguration“ von Themen der Lyrik: „Schließlich sei im „Du“ des Zyklus „Atemkristall“ Nelly Sachs sogar selbst zu identifizieren.

Dem Übersetzungsproblem widmeten sich die beiden letzten Vorträge. Fred Lönker (Göttingen) suchte den „Ort der Übersetzungen in Celans Poetik“ auszumachen. Das Gedicht „Nachmittag mit Zitadelle“ nenne nicht nur den russischen Dichter Mandelstam, sondern sei selbst, was es vorführt: ein Tigersprung in die Vergangenheit.

Mit seiner Deutung von Celans Baudelaire-Übertragung „Der Tod der Armen“ lenkte Bernd Witte noch einmal auf die Anfangsdiskussion zurück: Baudelaire's Poem stehe gleichsam „vor dem Tod“, während Celans Nachdichtung das Faktum des millionfachen Mordes trage. Dennoch bleibe, wie ein Blick auf das Gesamtwerk lehre, der Triumph des Todes in Celans Schaffen nicht unangefochten, ja es könne als sein eigentlicher Überwindungsprozess gelesen werden. Die besondere Bedeutung dieses Kolloquiums lag in der Teilnahme überwiegender jüngerer Celan-Forscher sowie in der Tatsache, daß es das erste Symposium in Israel war, das einen deutschen Nachkriegsautor behandelte.

HANS-MICHAEL SPEIER

